



HESSISCHER LANDTAG

10. 12. 2002

125. Sitzung

Wiesbaden, den 10. Dezember 2002

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	8727	Frage 759 – Abg. Boris Rhein	8734
<i>Entgegengenommen</i>	8729	Verfolgung von Mehrfach- und Intensivstraftätern	
Präsident Klaus Peter Möller	8727, 8729	Boris Rhein	8734
Frank-Peter Kaufmann	8729	Minister Dr. Christean Wagner	8734
Dorothea Henzler	8729		
1. a) Fragestunde		Frage 760 – Abg. Heike Habermann	8734
– Drucks. 15/4643 –	8729	Abbruch des ehemaligen Hospitalgebäudes in Offenbach	
<i>Abgehalten</i>	8734	Heike Habermann	8734
Präsident Klaus Peter Möller	8734	Ministerin Ruth Wagner	8734
Frage 752 – Abg. Reinhard Kahl	8729	b) Regierungsbefragung	8735
Landesbank Hessen-Thüringen		<i>Abgehalten</i>	8740
Reinhard Kahl	8729	Dr. Walter Lübcke	8735
Minister Dieter Posch	8729, 8730	Ministerin Karin Wolff	8735
Frage 753 – Abg. Brigitte Hofmeyer	8730	Mark Weinmeister	8735
Fahrtkosten für Vorlaufdeutschkurse		Ministerin Karin Wolff	8735
Brigitte Hofmeyer	8730	Angelika Scholz	8735
Ministerin Karin Wolff	8730	Minister Dieter Posch	8735
Uwe Frankenberger	8730	Dr. Peter Lennert	8736
Frage 754 – Abg. Barbara Stolterfoht	8730	Ministerin Silke Lautenschläger	8736
<i>von der Fragestellerin zurückgezogen</i>		Peter Beuth	8736
Frage 755 – Abg. Eva Kühne-Hörmann	8730	Minister Dr. Christean Wagner	8736
Forschungsanstalt Geisenheim		Barbara Stolterfoht	8736, 8737
Eva Kühne-Hörmann	8730	Ministerin Silke Lautenschläger	8737
Ministerin Ruth Wagner	8730	Sarah Sorge	8737
Frage 756 – Abg. Ursula Hammann	8731	Ministerin Ruth Wagner	8737
Verwendung der Ausgleichsabgabe		Tarek Al-Wazir	8737
Ursula Hammann	8731, 8732	Ministerpräsident Roland Koch	8737, 8738
Minister Wilhelm Dietzel	8731, 8732	Volker Hoff	8738
Frage 757 – Abg. Sieghard Pawlik	8732	Minister Volker Bouffier	8738
Landesbeteiligung an der Nassauischen Heimstätte		Andrea Ypsilanti	8738
Sieghard Pawlik	8732	Minister Volker Bouffier	8738
Minister Karlheinz Weimar	8732	Dr. Walter Arnold	8739
Alfons Gerling	8732	Minister Wilhelm Dietzel	8739
Frage 758 – Abg. Manfred Schaub	8733	Frank-Peter Kaufmann	8739
Bewilligungen aus dem Dorferneuerungsprogramm		Ministerin Silke Lautenschläger	8739
Manfred Schaub	8733	Aloys Zumbrägel	8739
Minister Dieter Posch	8733	Ministerin Silke Lautenschläger	8739
Silvia Hillenbrand	8733	Rüdiger Hermanns	8739
Brigitte Hofmeyer	8733	Minister Volker Bouffier	8739
		Eva Ludwig	8740
		Ministerin Silke Lautenschläger	8740
		Präsident Klaus Peter Möller	8740

	Seite		Seite
60. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Aussagen von Innenminister Bouffier zum Einsatz von Nervengas		5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Hessen über die Errichtung der Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen	
– Drucks. 15/4765 –	8740	– Drucks. 15/4727 –	8769
<i>Abgelehnt</i>	8743	<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss (federführend) und dem Sozialpolitischen Ausschuss (beteiligt) überwiesen</i>	8769
Tarek Al-Wazir	8727, 8740	Ministerin Silke Lautenschläger	8769
Stefan Grüttner	8728	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	8769
Minister Volker Bouffier	8740		
Armin Klein	8741		
Dieter Franz	8742		
Jörg-Uwe Hahn	8742		
Präsident Klaus Peter Möller	8743		
7. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2002 (Nachtragshaushaltsgesetz 2002)		8. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (HAG/GSiG)	
– Drucks. 15/4745 zu Drucks. 15/4635 –	8743	– Drucks. 15/4766 zu Drucks. 15/4323 –	8769
<i>In zweiter Lesung angenommen; dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen</i>	8766	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Sieghard Pawlik	8743	<i>Gesetz beschlossen</i>	8769
Gerhard Bökel	8743	Evelin Schönhut-Keil	8769
Ministerpräsident Roland Koch	8747	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	8769
Frank-Peter Kaufmann	8753		
Jörg-Uwe Hahn	8758		
Norbert Kartmann	8762		
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	8765		
4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein		9. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag und zur Änderung anderer Gesetze	
– Drucks. 15/4726 –	8766	– Drucks. 15/4668 zu Drucks. 15/4371 –	8769
<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss (federführend) und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (beteiligt) überwiesen</i>	8769	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Ministerin Ruth Wagner	8766	<i>Gesetz beschlossen</i>	8770
Christel Hoffmann	8767	Hildegard Klär	8769
Michael Denzin	8767	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	8770
Sarah Sorge	8768		
Eva Kühne-Hörmann	8768		
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	8769		
		10. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze	
		– Drucks. 15/4742 und zu Drucks. 15/4558 –	8770
		<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
		<i>Gesetz beschlossen</i>	8770
		Renate Meixner-Römer	8770
		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	8770

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Dr. Karl Johannes Beermann
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Herbert Landau
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet
Staatssekretär Frank E. Portz
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach
Staatssekretär Frank Gotthardt
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Abwesende Abgeordnete:

Hildegard Pfaff

(Beginn: 14.03 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Ich eröffne die 125. Plenarsitzung dieser Legislaturperiode und begrüße Sie alle.

Ich darf Sie und auch die Zuhörerinnen und Zuhörer bitten, sich zum Gedenken an einen verstorbenen Abgeordnetenkollegen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

An dem Tag, an dem er seinen 82. Geburtstag hätte feiern können, wurde der frühere Landtagsabgeordnete Wolfgang Kühle in Wetzlar zu Grabe getragen.

Wolfgang Kühle war, wie die meisten seiner Generation, Kriegsteilnehmer. Im Zweiten Weltkrieg war er Offizier. Durch die schrecklichen Ereignisse dieses Krieges geprägt, gehörte er zu der Generation, die dieses Land aus Trümmern wieder aufgebaut hat.

Soweit ich das mitbekommen habe, hatte er drei Prinzipien. Erstens. Nie wieder Diktatur, aber Freiheit des Geistes, Freiheit des Handelns – auch des wirtschaftlichen Handelns – und Freiheit für Andersdenkende. Zweitens. Es ist alles zu tun, um Kriege, wo auch immer, zu verhindern. Drittens. Es ist ein ganz konsequenter Weg der Versöhnung mit Israel zu gehen. Letzteres war für ihn die Aufgabe, der er sich in Wetzlar mit besonderem Nachdruck verschrieben und die er mit einem großen israelischen Freundeskreis umgesetzt hat.

Wolfgang Kühle war sehr engagiert in der Wetzlarer Kommunalpolitik, unter anderem als Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Lahn – einer Stadt lange zurückliegenden Angedenkens. Er war souverän und gerecht. Ich konnte ihn in dieser Versammlung oft genug erleben und durfte in Gießen seine Nachfolge antreten, als es die Stadt Lahn nicht mehr gab.

Insbesondere dieses kommunalpolitische Engagement, das mit einem großen Mäzenatentum verbunden war – Wolfgang Kühle war, glaube ich, Vorsitzender von mehr als 20 Vereinen und Verbänden, die alle gemeinnützig waren –, führte dazu, dass er beispielsweise das, was man früher die Industriefestspiele Wetzlar, heute die Festspiele Wetzlar nennt, zu großer Blüte gebracht hat. Deswegen ist Wolfgang Kühle zu Recht im letzten Jahr Ehrenbürger der Stadt Wetzlar geworden.

Im Landtag hat ihn der eine oder andere von uns noch als Grandseigneur im Innenausschuss des Landtags erlebt. Er hat zwölf Jahre lang diesem Haus angehört. Einige Kollegen – auch ich – konnten an seiner Trauerfeier teilnehmen. Wir werden Wolfgang Kühle in gutem Gedenken halten. – Herzlichen Dank.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Ich darf feststellen, dass das Haus beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung teile ich Folgendes mit. Die Tagesordnung vom 3. Dezember – mit einem Nachtrag vom heutigen Tag – hat mittlerweile die stattliche Zahl von 54 Punkten erreicht, sodass ich sicher richtig liege, wenn ich annehme, dass wir wiederum 60 Tagesordnungspunkte erreichen werden.

Sie können dem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen, dass es drei Anträge – Tagesordnungspunkte 44 bis 46 – auf Aktuelle Stunden gibt. Traditionell wird die Aktuelle Stunde am Donnerstag um 9 Uhr abgehalten. – Dem

widerspricht niemand. Dann ist das vom Plenum so beschlossen. Das bedeutet, für jede der drei Aktuellen Stunden beträgt die Redezeit fünf Minuten pro Fraktion.

Noch eingegangen sind fünf Dringliche Anträge der Fraktionen der CDU und der FDP Drucks. 15/4760 bis 15/4764. Gibt es Einwendungen gegen die dringliche Behandlung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Dringlichkeit bejaht.

Tagesordnungspunkt 55 – Dringlicher Entschließungsantrag betreffend Wiedereinführung der Vermögensteuer – könnte im Anschluss an die Aktuelle Stunde im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 45 aufgerufen werden. – Dem wird nicht widersprochen. Wir machen es so.

Tagesordnungspunkt 56 könnte zusammen mit den Tagesordnungspunkten 20 und 16 aufgerufen werden. – Auch das ist okay.

Außerdem ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Aussagen von Innenminister Bouffier zum Einsatz von Nervengas, Drucks. 15/4765, eingegangen. Bestehen Einwände gegen die Dringlichkeit? – Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Al-Wazir, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, dass der Dringliche Antrag betreffend Aussagen von Innenminister Bouffier zum Einsatz von Nervengas heute nach der Fragestunde als erster Punkt behandelt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind der Auffassung, dass dies ein sehr dringlicher Punkt ist, dessen Behandlung keinerlei Aufschub duldet, weil wir den Innenminister in diesem Antrag auffordern, vor dem Landtag darzulegen, ob die ihm gestern in Agenturmeldungen zugeschriebenen Äußerungen zum Einsatz von Nervengas zutreffend sind.

Das muss deshalb klargestellt werden, bevor wir in der normalen Tagesordnung weitermachen, weil der Innenminister dahin gehend wiedergegeben wird, dass er in der Frage, ob das von den russischen Behörden bei der Geiselbefreiung in einem Moskauer Musicaltheater verwendete Gas auch in Deutschland in ähnlichen Fällen eingesetzt werden könnte, „in keiner Weise festgelegt sei“. Das halten wir für eine so unglaubliche Äußerung, dass sie hier sofort thematisiert werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Als der Hamburg Innensenator Ronald Schill der Meinung war, im Kreise der Innenministerkonferenz solche Themen ansprechen und ernsthaft den Vorschlag machen zu müssen, dass sich Hamburg ein Gas beschaffen soll, bei dessen Einsatz 129 Geiseln ums Leben gekommen sind – ich erinnere an den Zusammenhang, in dem der Einsatz dieses Gases eine Rolle gespielt hat –, hat zu Recht jeder, der in der Bundesrepublik in der Innenpolitik Verantwortung trägt, gesagt, dass ein solcher Vorschlag eine Unglaublichkeit ist und dass der Innensenator von Hamburg

nicht mehr alle Tassen im Schrank hat. Anders kann man es nicht ausdrücken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Es gibt noch einen Einzigen, der bei der Innenministerkonferenz dabei war und der sich dazu nicht nur nicht geäußert hat – das wäre eigentlich schon ein Fehler gewesen –, sondern der am Ende gesagt hat, er sei in keiner Weise festgelegt, und man solle das Ganze prüfen. Das ist ausgerechnet Volker Bouffier. Das ist eine Unglaublichkeit. Wir wollen hier und heute diskutieren, wie lange wir uns einen solchen Innenminister noch leisten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn sich der Innenminister als Einziger nicht etwa über den Vorschlag von Herrn Schill empört, sondern darüber empört, dass das, was dort geäußert wurde, öffentlich geworden ist,

(Zurufe von der CDU)

dann ist das wirklich ein Punkt, den man sofort, bevor man in die Beratung von Staatsverträgen und Haushalt geht, in diesem Plenum thematisieren muss,

Präsident Klaus Peter Möller:

Das war ein schöner Schlusssatz, denn die Redezeit ist zu Ende.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

weil ich glaube, dass wir uns mit der Frage, was wir uns von diesem Innenminister in dieser Funktion alles noch anhören müssen, sehr dringend beschäftigen müssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Grüttner, CDU.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der ist auch erkältet, aber nicht so laut!)

Stefan Grüttner (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage mich, wie Herr Kollege Al-Wazir den Antrag, wenn wir unmittelbar nach der Fragestunde darüber debattieren und auch entscheiden werden nach der Geschäftsordnungsdebatte, die er geführt hat, noch begründet.

(Beifall bei der CDU)

Es tut mir Leid, dass Sie immer wieder im Grunde genommen mit Halbsätzen, mit Informationen, die nur Halbwahrheiten beinhalten, versuchen, hier einen Popanz aufzubauen, der in der Sache insgesamt nicht gerechtfertigt ist.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist unglaublich!)

Da hat nach der Begründung in Ihrem Antrag fast noch gefehlt, dass Sie ihn mündlich ergänzt und die sofortige

Entlassung des Innenministers beantragt hätten. Das wäre in der Folge dessen, was Sie eben gesagt haben, das Richtige gewesen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann noch kommen! Es kommt darauf an, was er sagt!)

– Das kann aber noch kommen. – Wir wollen allerdings, dass Sie den Sachverhalt und alles, was damit zusammenhängt, dargestellt bekommen, auch die Fragestellung, die natürlich eine spannende ist und die man bei all den Diskussionen berücksichtigen muss, die man darum führt, welche Erkenntnisse man anfordert und welche Erfahrungen gemacht worden sind, beispielsweise bei dem Geiseldrama in dem Musical in Moskau, und wie im Grunde genommen der Einsatz abgelaufen ist. Dass das in die normale Arbeit einer Innenministerkonferenz hineingehört, halte ich für selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe davon aus, dass der Innenminister Ihnen das – sobald wir diesen Punkt debattieren – auch detailliert darlegen wird. Insofern stimmen wir Ihrem Antrag zu, diesen Antrag unmittelbar nach der Fragestunde zu behandeln. Wir glauben, dass fünf Minuten Redezeit ausreichend sind, und können dann darüber diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich halte den Verfahrensvorschlag für gut. Fünf Minuten reichen auch. Wenn er „Nein“ sagt, sind wir ganz schnell fertig. Also: Nach der Fragestunde nebst Regierungsbefragung – davon gehe ich aus – machen wir das. – Es geht weiter.

Mit Schreiben vom heutigen Tag teilt Herr Staatsminister Riebel mit, dass entgegen der Erwartung der Staatsvertrag mit Bayern über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen Ingenieure des Landes Hessen zur bayerischen Versorgung – Bau – noch nicht zustande gekommen ist. Der Gesetzentwurf soll deshalb in der letzten Plenarsitzung vom 10. bis 17. Dezember 2002 nicht behandelt werden. Es gibt sicher keine Einwendungen, wenn wir ihn von der Tagesordnung absetzen. Dann können wir stattdessen das „Gas“ diskutieren. Sehen Sie, so geht das.

Zum Ablauf der Sitzung. Wir tagen heute bis 18 Uhr, beginnen gleich mit der Fragestunde und der Regierungsbefragung. Wie es weitergeht, entnehmen Sie dem weißen Zeitplan.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass sich die Abgeordneten des Hessischen Landtages und die Angehörigen der Regierung jetzt erstmals an den Plenartagen ein Bild von der interaktiven Homepage des Hessischen Landtags direkt vor Ort machen können. Im hinteren Teil des Umgangs des Plenarsaals werden drei PCs aufgebaut sein, die den Zugriff auf das völlig überarbeitete Internetangebot ermöglichen. Die Geschäftsführer haben es schon gesehen.

Verantwortlich sind das Referat Öffentlichkeitsarbeit und die Agentur Q. Die hat die gestalterische Konzeption der Website geliefert. Bei der Gelegenheit bedanke ich mich bei Q. Es ist ein gutes Werk.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich bitte um Nachsicht. Mir ist aufgefallen, drei der Dringlichen Anträge, Drucks. 15/4762 bis 15/4764, haben wir noch nicht platziert.

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich meine, ich hätte sie nicht platziert, aber aufgerufen und nummeriert.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommen die alle hinten dran?)

– Solange nichts Gegenteiliges beschlossen ist, geht das in der üblichen Reihenfolge. Wer zuletzt kommt, kommt zuletzt dran.

(Dorothea Henzler (FDP): Ich will aber platzieren!)

– Sie wollten platzieren? – Bitte, Frau Kollegin Henzler.

Dorothea Henzler (FDP):

Der Ganztagsangebotsantrag Drucks. 15/4762 soll mit Tagesordnungspunkt 13 diskutiert und hinterher abgestimmt werden. Das Gleiche gilt für Drucks. 15/4464 – die Forschungsorganisationen –, ebenfalls mit Tagesordnungspunkt 13 diskutiert und danach abgestimmt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Gibt es dazu Einwendungen? – Dies ist nicht der Fall. Dann beschließen wir das so.

Frau Kollegin Henzler.

Dorothea Henzler (FDP):

Der Antrag Drucks. 15/4763 soll mit den Tagesordnungspunkten 38 und 54 diskutiert und danach abgestimmt werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Im Anschluss an die heutige Plenarsitzung, d. h. ca. 18 Uhr, tagt der Haushaltsausschuss zum 57. Mal, und dies in Sitzungsraum 119 M.

Meine Damen und Herren, damit trete ich in die Beratung ein und rufe **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

Fragestunde – Drucks. 15/4643 –

Frage 752, Herr Abg. Kahl, SPD.

Reinhard Kahl (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie die Absicht der Europäischen Kommission, gegen die Landesbank Hessen-Thüringen ein Beihilfeverfahren einzuleiten?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Abg. Kahl, wie Sie wahrscheinlich wissen, ist Folgendes passiert. Mitte November hat die EU-Wettbewerbskommission auf der Basis einer Beschwerde des Bundesverbandes deutscher Banken gegen die Bundesrepublik Deutschland ein formelles Beihilfeverfahren eingeleitet. Der Grund dafür ist die Zurverfügungstellung bankenaufsichtsrechtlich anerkannter haftender Eigenmittel, die fünf Bundesländer an ihre Landesbanken durch Einbringung von Wohnungsbausondervermögen vorgenommen haben. Dabei handelt es sich um die Norddeutsche Landesbank, die Landesbank Schleswig-Holstein, die Hamburgische Landesbank, die Bayerische Landesbank und die Landesbank Hessen-Thüringen.

Die Höhe der Vergütung für die überlassenen Eigenmittel sieht der EU-Wettbewerbskommissar als nicht marktgerecht und insofern als eine Beihilfe an, die die Landesbanken gegenüber ihrer Konkurrenz damit in eine vorteilhaftere Position bringen würde. Im Kern geht es also um die Frage, ob und inwieweit diese Kapitalübertragungen auf der Basis von subventionierten Konditionen oder auf der Basis von Marktpreisen erfolgt sind.

Bei der Helaba handelt es sich um die Ende 1998 erfolgte Einbringung des Wohnungsbausondervermögens des Landes Hessen in Höhe von ca. 1,3 Milliarden €. Diese Transaktion erfolgte, anders als bei den anderen Landesbanken, in Form einer stillen Vermögenseinlage mit einer marktgerechten Vergütung für die Haftungsfunktion einschließlich eines Aufschlags für die Permanenz der Einlage von 1,4 % zuzüglich der Gewerbesteuerbelastung.

Die Hessische Landesregierung ist gemeinsam mit der Helaba optimistisch, nunmehr im offiziellen Verfahren den Beihilfevorwurf widerlegen zu können. Für stille Vermögenseinlagen, die auch von privaten Banken genutzt werden, gibt es einen funktionsfähigen Markt mit nachvollziehbaren Marktpreisen. Bestärkt wird diese Einschätzung dadurch, dass neben der Helaba große deutsche Privatbanken und das Spitzeninstitut des Volks- und Raiffeisenverbandes stille Einlagen sowohl bei privaten institutionellen Investoren als auch über ausländische Tochtergesellschaften zu Sätzen zwischen 1,4 und 1,6 % akquiriert haben. Auch die Helaba hat stille Vermögenseinlagen bei institutionellen Investoren zu denselben Marktsätzen aufgenommen.

Die Hessische Landesregierung wird nunmehr zusammen mit der Hessischen Landesbank die von der EU-Kommission gestellten Fragen in der gebotenen Frist beantworten und die erwünschten Informationen erteilen. Es geht insbesondere um die vergleichbaren Daten, die ich eben dargestellt habe, die dann gegenüber der Brüsseler Kommission im Einzelnen ausgeführt werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Kollege Kahl.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Minister, können Sie mir noch sagen, bis wann die Landesregierung ihre Stellungnahme abgeben wird?

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich bitte um Nachsicht, die genauen Fristen kann ich jetzt nicht sagen. Ich reiche sie Ihnen nach.

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich rufe die **Frage 753** auf. Frau Hofmeyer von der SPD.

Brigitte Hofmeyer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wer finanziert die Fahrtkosten für Schülerinnen und Schüler, die einen aufgrund des neuen Einschulungsverfahrens für erforderlich gehaltenen Vorlaufkurs zur Förderung der deutschen Sprachkenntnisse besuchen sollen, wenn er ca. 15 bis 20 km entfernt liegt?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Hofmeyer, bei den Vorlaufkursen handelt es sich um ein freiwilliges, kostenloses Angebot zur Verbesserung der Sprachkompetenz von Kindern nicht deutscher Herkunftssprache, das diesen die für den Schulbesuch in der 1. Klasse erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse vermitteln soll. Das Angebot ergänzt die bereits bestehenden Möglichkeiten im Rahmen eines differenzierten Förderangebots für Schülerinnen und Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist.

Da es sich um eine freiwillige Maßnahme vor Beginn der Schulpflicht handelt, ist eine Verpflichtung der kommunalen Schulträger zur Übernahme der Fahrtkosten nach der gesetzlichen Regelung der Schülerbeförderung nicht gegeben. Die Fahrtkosten müssen daher grundsätzlich von den Eltern getragen werden, es sei denn, Schulträger sind im Interesse der gemeinsamen Bemühungen um Integration ausländischer Kinder zu einer Kostenbeteiligung bereit.

Das Land setzt insgesamt 904 Lehrerstellen und ca. 500.000 € Sachkosten für Kurse ein. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Angebote zu unterschiedlichen Tageszeiten und zum Teil auch in den Kindergärten stattfinden, sodass wir eine differenzierte Lage haben. Insoweit befinden wir uns derzeit in einer Beobachtungsphase und werden zu gegebener Zeit auf die kommunalen Träger zuzugehen haben.

Präsident Klaus Peter Möller:

Danke. – Eine Zusatzfrage von Herrn Kollegen Frankenberger von der SPD.

Uwe Frankenberger (SPD):

Frau Ministerin, gibt es denn Kriterien, und wenn ja, welche, nach denen die Vorlaufkurse den einzelnen Schulen zugeordnet worden sind?

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Frankenberger, die Schulämter und die Schulen sind auf der Grundlage der Erstanmeldungen an den Schulen bereits im April dieses Jahres angefragt worden, welcher Bedarf dort gesehen wird. Dementsprechend sind ihnen nach der Verteilung nach Schulen mit besonders hohem Ausländeranteil und nach Verteilung der entsprechenden Schulämter die Stunden zugewiesen worden. Diese sind größtenteils bis zum 1. November vorgehalten und nicht anders belegt worden, sodass sie jetzt für die Vorlaufkurse zur Verfügung stehen. Sie werden in den nächsten Tagen bzw. Wochen das endgültige Ergebnis der Zahl der Vorlaufkurse erfahren.

Präsident Klaus Peter Möller:

Danke. – Keine weiteren Zusatzfragen.

Frage 754 hat Frau Abg. Stolterfoht zurückgezogen, so sagt es jedenfalls der parlamentarische Geschäftsführer.

Frage 755, Frau Abg. Kühne-Hörmann, CDU.

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie wird das Land Hessen mit dem Rückzug des Landes Rheinland-Pfalz aus der gemeinsamen Finanzierung der Forschungsanstalt Geisenheim umgehen?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Abgeordnete, das Land Rheinland-Pfalz hat sich bisher gemäß dem Vertrag von 1987 – Frau Stolterfoht, könnten Sie ein bisschen leiser sein, dann kann ich besser antworten – mit einem Betrag von 2,5 Millionen DM, also heute 1,28 Millionen €, an den Ausgaben der Forschungsanstalt Geisenheim beteiligt. Aufgrund von Besoldungsanpassungen der letzten Jahre ist der Betrag in diesem Haushaltsjahr, also 2002, auf 1,77 Millionen € erhöht worden.

Im Januar dieses Jahres hat das Land Rheinland-Pfalz mitgeteilt, dass vor dem Hintergrund seiner außerordentlich angespannten Haushaltslage und des stetigen Anstiegs der vertraglich gebundenen Haushaltsmittel aus seiner Sicht der bestehende Staatsvertrag über die Forschungsanstalt Geisenheim in der bisherigen Form nicht fortgeführt werden könnte. Es gab dann intensive Verhandlungen über die Fortsetzung der Mitwirkung und Mitfinanzierung des Landes Rheinland-Pfalz an Geisenheim.

Mittlerweile ist der Staatsvertrag so geändert – er liegt Ihnen nachher vor –, dass er den beiderseitigen Landesinteressen Rechnung trägt, nämlich der grundsätzlichen Einsicht, dass beide Länder erheblichen Nutzen aus dieser Forschungsanstalt ziehen.

Die Regelung und die Einigung sehen folgendermaßen aus: Der Vertrag soll rückwirkend zum 1. Januar 2002 in veränderter Fassung in Kraft treten, da die Finanzbeträge für die Jahre 2002 und 2003 in Rheinland-Pfalz in einem Doppelhaushalt veranschlagt wurden. Im laufenden

Haushaltsjahr reduziert Rheinland-Pfalz gegenüber dem bisherigen Staatsvertrag um 194.500 €, im Haushaltsjahr 2003 um einen Betrag von 243.300 € und in den darauf folgenden Haushaltsjahren 2004 und 2005 um jeweils 477.400 €, wobei sich noch ein nicht kalkulierter Betrag für Tarifsteigerungen niederschlagen wird.

Unsere hessische Finanzlage, so schwierig sie ist, zwingt uns noch nicht zu Einsparungen unseres eigenen Anteils wie in Rheinland-Pfalz. Deshalb ist in Verhandlungen zwischen unserem Haus und dem Finanzministerium entschieden worden, dass unser Anteil nicht gekürzt wird. Wir können aber wegen unserer Haushaltslage die wegfallenden Mittel des Landes Rheinland-Pfalz auch nicht ersetzen. Die Forschungsanstalt wird daher Umstrukturierungen vornehmen müssen, die es durch Konzentration auf gewisse Schwerpunkte erlauben, eine entsprechende Nutzung und Synergien aus dieser Situation zu erreichen.

Wir haben mit der Forschungsanstalt begonnen, darüber zu diskutieren. Gleichwohl gibt es andere Umstrukturierungsnotwendigkeiten, die in Forschungsbereiche hineingehen. Diese neuen Forschungsbereiche haben wir mit hessischem Geld, aus zentralen Mitteln meines Hauses, unterstützt.

Das bedeutet, der Staatsvertrag, der Ihnen nachher vorliegt, geht von einem gemeinsamen Volumen aus, das sich im Laufe der Jahre auf einen Anteil von Rheinland-Pfalz von 1,1 Millionen € beschränkt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Keine Frage mehr. – **Frage 756**, Frau Abg. Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Im Haushaltsentwurf wurde festgelegt, dass die Mittel der Ausgleichsabgabe zukünftig nicht mehr nur auf konkrete Ersatzmaßnahmen beschränkt, sondern allgemein für Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes zur Verfügung gestellt werden sollen. Für welche allgemeinen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege soll demzufolge die Ausgleichsabgabe verwendet werden?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Abg. Hammann, Sie werden sicherlich dafür Verständnis haben, dass ich die Verabschiedung des Haushalts 2003 durch dieses Haus abwarten möchte, bevor ich mich auf bestimmte Maßnahmen festlege.

Dennoch bin ich dankbar für Ihre Frage, denn so kann deutlich gemacht werden, wie sinnvoll die Änderung von § 6b des Hessischen Naturschutzgesetzes gewesen ist. Im Januar 2002 betrug der Ausgabereinstrom der naturschutzrechtlichen Ausgleichsabgabe über 32 Millionen €. Die zuvor enge Zweckbindung an konkrete Einzelmaßnahmen ließ keinen anderen Abfluss der Mittel zu, weder bei den Kommunen – die über etwa 90 % des Aufkommens ver-

fügen –, noch beim Land, das die Mittel über die Regierungspräsidien vergibt.

Mit der Erweiterung der Zweckbindung auf Pflege und allgemeine Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes wollen wir gewährleisten, dass die Mittel der Natur auch zugute kommen. Dadurch gibt es mehr Möglichkeiten, um die Mittel sinnvoll einzusetzen.

Ich kann jetzt schon feststellen, dass wir durch die Änderung des Naturschutzrechtes mehr ausgabefähige Mittel zur Verfügung haben werden – also insgesamt ein Plus für die Natur.

(Beifall des Abg. Siegbert Ortman (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hammann.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister Dietzel, bei aller Wertschätzung: Dafür habe ich kein Verständnis. Ich habe nicht nach den Beträgen gefragt, die verwendet werden sollen – die kann ich dem Haushaltsplan entnehmen. Selbstverständlich wird das Parlament souverän über die Summe entscheiden.

Ich möchte von Ihnen wissen, w e l c h e Maßnahmen für Natur- und Landschaftsschutz von Ihnen als förderungsfähig angesehen werden. Ich denke, das ist eine politische Ausrichtung, und ich möchte Sie fragen, was Sie darunter verstehen.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Abg. Hammann, ich habe gesagt, dass ich die Verabschiedung des Haushaltsplans 2003 abwarten werde. Trotzdem kann ich Ihnen drei Möglichkeiten nennen, für die diese Mittel eingesetzt werden können.

Zum einen ist dies die Pflege von Naturschutzgebieten. Ich habe hier im Hessischen Landtag schon einige Male ein Naturschutzgebiet in meiner direkten Nachbarschaft als Beispiel angeführt. Es wurde 1990 unter Naturschutz gestellt. Damals sollten auf 130 ha Orchideen geschützt werden. Danach wurde an diesem Gebiet keine Pflegemaßnahme mehr vorgenommen. Heute gibt es dort Birken und Büsche, aber keine Orchideen mehr. Ich denke, wir sollten einen Teil dieser Gelder dafür einsetzen, um in Zukunft zielgerichtet Naturschutzgebiete pflegen zu können.

Ein zweiter Bereich ist die Einrichtung einer Stiftung „Vertragsnaturschutz im Wald“. Mindestens ein Teil der dafür benötigten Mittel soll aus dieser Ausgleichsabgabe genommen werden.

Bei der Präsentation eines dritten Bereichs waren Sie anwesend. Es geht um den Schwarzhalstaucher, wir haben einen Vertrag mit dem Kreis und der Stadt geschlossen. Ich denke, dass auch für solche Dinge diese Mittel sinnvoll eingesetzt werden können.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zweite Zusatzfrage, Frau Kollegin Hammann.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie wollen für eine neu zu gründende Stiftung „Vertragsnaturschutz im Wald“ – so habe ich es der Presse entnommen – 12 Millionen € zur Verfügung stellen. Damit schaffen Sie eine 100-prozentige Auszahlungsgarantie für Vertragsabschlüsse mit den Waldbesitzern.

Daher frage ich Sie: Denkt die Landesregierung dabei daran, dass es bereits jetzt einen Vertragsnaturschutz gibt – im Hinblick auf das HELP: Agrarumweltprogramme – und dass gerade bei den Agrarumweltprogrammen die Landwirte keinen Rechtsanspruch auf eine 100-prozentige Auszahlungsgarantie haben, sodass eine Ungleichheit entstehen würde?

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Abg. Hammann, ich kann Ihre Kritik nicht verstehen. Wenn ich die Weiterentwicklung von den Jahren 1998/1999 zu heute betrachte und sehe, dass wir gerade den Vertragsnaturschutz in der Landwirtschaft vorrangig eingestuft und die Mittel hierfür fast verdoppelt haben, so denke ich, wir sind ein guter Partner für die Landwirte. Und in Zukunft werden wir auch ein guter Partner für die Forstwirtschaft sein.

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius und Heinrich Heidel (FDP))

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 757, Herr Abg. Pawlik, SPD.

Sieghard Pawlik (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Beabsichtigt sie weiterhin den Verkauf der Landesbeteiligung an der Nassauischen Heimstätte, wie von Finanzminister Weimar hier im Landtag im Zusammenhang mit der Debatte um den Verkauf der FSG-Anteile verkündet?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Finanzminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, das Land Hessen war bisher mit 40,72 % an der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH beteiligt. Im Rahmen einer Neuordnung der Landesbeteiligungen an Wohnungsbaugesellschaften wurden die bisher von der Helaba Immobilien GmbH gehaltenen Geschäftsanteile – das sind 5,98 % – mit Vertrag vom 20.09.2002 erworben. Damit hat sich der Anteil des Landes an der Gesellschaft auf 46,7 % erhöht. Darüber hinaus verhandelt das Land zurzeit mit dem Bund über den Ankauf der Bundesanteile an der Nassauischen Heimstätte – dabei handelt es sich um einen Anteil von 6,99 %.

Herr Abgeordneter, an der allgemeinen Haltung der Landesregierung zu den Wohnungsbaugesellschaften hat sich nichts geändert. Allerdings werden keine Verkaufsgespräche geführt. Die Marktlage und die Struktur der Gesellschaft ergäben auch derzeit dafür keinen Sinn.

Präsident Klaus Peter Möller:

Erste Zusatzfrage von Herrn Abg. Gerling.

Alfons Gerling (CDU):

Herr Minister, ist der Gesellschaftervertrag für die Nassauische Heimstätte nicht so gefasst, dass eine Veräußerung von Landesanteilen nur mit Zustimmung anderer Anteilseigner möglich ist?

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, soweit ich das jetzt in Erinnerung habe, ist es so, dass der Aufsichtsrat einer Veräußerung zustimmen muss. Bei einer Gesamtzahl von, ich glaube, 24 – ich reiche es Ihnen gerne noch genau nach – ist das Land dort mit sechs Aufsichtsratsmitgliedern beteiligt. Demzufolge können wir bei der derzeitigen Struktur des Aufsichtsrats alleine keine Verkaufsentscheidungen treffen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Kollege Pawlik.

Sieghard Pawlik (SPD):

Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie für die Landesregierung bei der grundsätzlichen Einstellung bleiben, dass mittelfristig ein Verkauf der Landesanteile an der Nassauischen Heimstätte beabsichtigt ist?

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, das habe ich in diesem Haus schon mehrfach gesagt. Die Hessische Landesregierung hat in einer Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass wir uns sukzessive von Wohnungsbaugesellschaften trennen, weil dies aus unserer Sicht nicht zu den Kernaufgaben eines Staates gehört.

Allerdings habe ich Ihnen auch dazu gesagt, dass bei der Nassauischen Heimstätte derzeit die Situation so ist, dass keine Verkaufsverhandlungen geführt werden und dass aus meiner Sicht in absehbarer Zeit aufgrund der Marktlage und auch der inneren Struktur dieser Gesellschaft solche Verhandlungen nicht aufgenommen werden. Ich glaube, es ist zunächst das vorrangige Ziel, die Nassauische Heimstätte in einen solchen Zustand zu bringen, dass wir damit allgemein zufrieden sein können. Es gibt dort durchaus noch eine ganze Menge Dinge, die im Hinblick auf Investitionen und auf eine Verbesserung der Substanz vorgenommen werden müssen. Erst danach käme dies infrage.

Das heißt also, die generelle Erklärung der Landesregierung, das zu wollen, wird aufrechterhalten. Aber die andere Seite ist die, dass sowohl das Marktumfeld als auch die Situation der Gesellschaft erst einmal so sein müssen, dass man überhaupt daran denken kann.

Dann wäre es der übliche Weg, dass, wie bisher auch, die sehr erfolgreichen Bemühungen der Hessischen Landesregierung, sich von Gesellschaftsanteilen zu trennen, zum einen der Öffentlichkeit mitgeteilt, zum anderen in einem transparenten Verfahren zu Ende geführt werden.

Dies ist jetzt eine allgemeine Erklärung. Von konkreten Maßnahmen in diesem Zusammenhang ist derzeit keine

Rede. Dies taugt nicht dafür, an dieser Stelle irgendwelche Kampagnen zu führen – was der Hintergrund Ihrer Frage ist.

(Beifall der Abg. Michael Boddenberg und Alfons Gerling (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 758, Herr Abg. Schaub, SPD.

Manfred Schaub (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Was ist der Grund dafür, dass im März 2002 für Sommer 2002 zugesagte Bewilligungen aus dem Dorferneuerungsprogramm noch immer nicht ausgezahlt worden sind?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Abg. Schaub, die Auszahlung von Bewilligungen im Rahmen der Dorferneuerung ist von verschiedenen Dingen abhängig: erstens von dem im Bewilligungsbescheid angegebenen Bereitstellungszeitpunkt, zweitens von der Erfüllung unabdingbarer Auszahlungsvoraussetzungen – wie die Fertigstellung der Maßnahme und die Vorlage eines prüfbaren, ordnungsgemäßen Verwendungsnachweises –, drittens von der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel.

Falls es in diesem Haushaltsjahr zu den in Ihrer Frage angesprochenen Dingen gekommen sein sollte, kann es nur daran liegen, dass mindestens eine dieser genannten Voraussetzungen nicht erfüllt war. – Wenn Sie mir den konkreten Fall nennen, bin ich gerne bereit, dem nachzugehen und Ihnen eine konkrete Antwort zu erteilen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Kollege Schaub.

Manfred Schaub (SPD):

Es gibt mehrere konkrete Fälle. Deshalb frage ich Sie, ob es möglicherweise auch daran liegen könnte, dass es technisch und organisatorisch Probleme bei der Bearbeitung dieser Anträge gibt. Jedenfalls wurde den Antragstellern gesagt, die Voraussetzungen seien erfüllt.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Abg. Schaub, wenn es mehrere Fälle sind, bitte ich, mir diese mehreren Fälle zu benennen. Ich werde ihnen einzeln nachgehen.

Nach Auskunft der IBH – die für die Auszahlung der Fördermittel zuständig ist – sind im Rahmen von erteilten Bewilligungen sämtliche Mittelabrufe mit ordnungsgemäßen Abrechnungsunterlagen ausgezahlt worden. Wenn dort irgendetwas anders ist, müsste ich Sie bitten, mir das

zu sagen. Dann kann ich das gerne klären. Denn natürlich habe ich ein Interesse daran, dass das, was bewilligt wird, ausgezahlt wird, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hillenbrand.

Silvia Hillenbrand (SPD):

Herr Minister, es gibt gesicherte Aussagen, dass nicht 100 % abgeflossen sind bzw. dass 100 % gar nicht abgeflossen sein können, weil es eine Haushaltssperre gegeben hat. Wie viel Prozent werden zum Ende des Jahres 2002 abgeflossen sein?

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich kann Ihnen gerne nachliefern, welche Mittel tatsächlich abgeflossen sein werden. Ich kann Ihnen nur das sagen, was ich bei der Investitionsbank expressis verbis noch einmal abgefragt habe, und zwar dass im Rahmen der Auszahlung der Fördermittel alles im Rahmen von erteilten Bewilligungen geschehen ist. Wenn also irgendwo etwas nicht funktioniert hat, sind die Voraussetzungen für die Auszahlung nicht erfüllt worden.

(Silvia Hillenbrand (SPD): Reichen Sie es nach?)

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hofmeyer.

Brigitte Hofmeyer (SPD):

Herr Minister, halten Sie es für zumutbar, dass Antragsteller zwei bis drei Jahre auf die Bewilligung des Antrags warten, wie zurzeit im Landkreis Kassel, oder gehen Sie mit mir konform, dass das eigentlich nicht okay ist und zudem die Bauwirtschaft lähmt?

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich ergehe mich zu dieser Frage nicht in Spekulationen. Geben Sie es mir bitte rein. Dann werde ich überprüfen, ob hier irgendetwas dergleichen der Fall ist. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass wir hier noch eine Institution haben, die maßgeblich daran beteiligt ist. Dies ist der zuständige Landrat. Ich kann Ihnen nur sagen: Im Rahmen der Bewilligungen ist ausgezahlt worden, wenn die Kriterien – ich habe eben die drei genannt – tatsächlich erfüllt sind.

Bei der Gelegenheit will ich sagen, weil Herr Kollege Schaub – das ist auch der Hintergrund Ihrer Frage – das angesprochen hat: In der Zwischenzeit sind die Probleme, von denen immer wieder die Rede war, beseitigt. Wir haben ein enormes Bewilligungsvolumen in diesem Jahr. Es ist das zweithöchste insgesamt. Insgesamt haben wir in dieser Legislaturperiode über 100 Millionen € bewilligt. Das zeigt den Stellenwert dieses Programms.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 759, Herr Abg. Rhein, CDU.

Boris Rhein (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Maßnahmen sieht das hessische Modell zur Bekämpfung von Mehrfach- und Intensivstraftätern vor?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Justizminister.

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das hessische Modell zur Strafverfolgung von Mehrfach- und Intensivtätern ist an dem Ziel ausgerichtet, kriminelle Karrieren möglichst früh abubrechen. Staatsanwaltschaft und Polizei entscheiden nach dem Bearbeitungsmodell gemeinsam, wer als Intensivtäter anzusehen ist. Eine Richtlinie gibt den Rahmen vor. Mehrfach- und Intensivtäter sind danach Personen, die innerhalb von zwei Jahren zehn oder mehr Straftaten begangen haben. Kern des Bearbeitungsmodells ist, dass Staatsanwaltschaft und Polizei ihre Organisationsstrukturen und ihre Abläufe bei der Verfolgung von Mehrfach- und Intensivtätern anpassen. Die Ermittlungen werden auf beiden Seiten täterorientiert und deliktsübergreifend geführt. Hierdurch ist gewährleistet, dass die notwendigen Informationen bei dem zuständigen Sachbearbeiter zusammenlaufen. Verfahren gegen denselben Täter werden gebündelt und möglichst zügig abgeschlossen. Um Reibungsverluste schon im Ansatz zu vermeiden und Arbeitsabläufe zu beschleunigen, sieht das Modell vor, dass ein Polizeibeamter im Hause der Staatsanwaltschaft seinen Arbeitsplatz erhält. Bei den Staatsanwaltschaften werden, soweit dies möglich ist, Sonderdezernate zur Bearbeitung der Verfahren gegen Mehrfach- und Intensivtäter eingerichtet.

Präsident Klaus Peter Möller:

Es gibt keine Zusatzfrage.

Frage 760, Frau Abg. Habermann, SPD.

Heike Habermann (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann ist mit einer Entscheidung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst über den Antrag der unteren Denkmalschutzbehörde auf Abbruch des ehemaligen Hospitalgebäudes in Offenbach am Main, Kaiserstraße 18, zu rechnen?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Abgeordnete, zurzeit sind das Ministerium und nach dem Gesetz ich als Person noch nicht gefragt, weil noch Verhandlungen zwischen dem potenziellen Nutzer, nämlich dem Justizministerium, der Stadt Offenbach und dem

Landesamt für Denkmalpflege geführt werden, den Vorschlag des Landesamtes zu prüfen, inwieweit die bauhistorisch bedeutsame Fassade erhalten und dahinter ein Neubau errichtet werden kann. Das ist der Gegenstand der Gespräche, von denen ich noch nicht absehen kann, wann sie zu Ende geführt sind. Je nachdem, ob sie zu einem Kompromiss führen, werde ich dann angerufen oder nicht.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Habermann.

Heike Habermann (SPD):

Frau Ministerin, Ihnen ist das zugrunde liegende Investorenmodell bekannt. Wie schätzen Sie die Lage ein, wenn das Gebäude nicht komplett abgerissen werden kann? Kann dann das Modell mit den zugrunde liegenden Berechnungen realisiert werden, oder entsteht dann eine völlig neue Situation für die Stadt und die bisherigen Planungen?

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Abgeordnete, nach dem Hessischen Denkmalschutzgesetz bin ich in Konfliktfällen die letzte Instanz. Ich werde vorher keinerlei Aussagen über Alternativen und Berechnungen machen. Das ist Aufgabe derjenigen, die die Denkmalschutzbehörde feststellt haben – das ist die untere Denkmalschutzbehörde –, des Landesamtes – die für die Fassade zuständig sind; ohne Zweifel ist das vor mehreren Jahren so festgestellt worden – und des zukünftigen Nutzers. Sie sind mitten in den Verhandlungen. Ich hoffe sehr, dass es zu Kompromissen kommt. Ich werde aber vor diesem Parlament nicht zur Unzeit Meinungen äußern. Nach dem Gesetz darf ich das überhaupt nicht.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die zweite Zusatzfrage, Frau Kollegin Habermann.

Heike Habermann (SPD):

Letzte Frage. Ist denn abzusehen, Frau Ministerin, wann die von Ihnen erwähnten Gespräche abgeschlossen sind, d. h., wann ein Fortgang des Prozesses zu erwarten ist?

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ich hoffe sehr, dass auch die Stadt Offenbach das ein bisschen beschleunigt. Denn der Oberbürgermeister hat in diesen Verhandlungen inzwischen das Ansinnen an uns gestellt, das wir gar nicht erfüllen können, die Fassade aus dem denkmalschutzwürdigen Zustand herauszunehmen. Das kann ich als Person gar nicht. Dafür gibt es die entsprechenden Gremien. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich die Stadt Offenbach an diesen Gesprächen so schnell wie möglich beteiligt. Dann würden wir ganz schnell zu einer Lösung kommen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich. Das war die Fragestunde.

Ich möchte jetzt noch eine Platzierungsfrage lösen. Es gibt den Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Luftverkehrsdrehkreuz Frankfurt. Dies müsste doch mit den Tagesordnungspunkten 20 und 16 behandelt werden können. Oder hatten wir das schon?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War schon geklärt! – Manfred Schaub (SPD): Haben wir schon gesagt!)

– Okay. Geklärt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 b** auf:

Regierungsbefragung

Die erste Frage kommt von Herrn Dr. Lübcke und betrifft die Dr. Frank Niethammer Stiftung.

Dr. Walter Lübcke (CDU):

Ich frage die Landesregierung, insbesondere die Kultusministerin:

Welche Aufgaben soll die neu gegründete Dr. Frank Niethammer Stiftung wahrnehmen?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Dr. Lübcke, die Dr. Frank Niethammer Stiftung ist in der vergangenen Woche formal gegründet worden. Sie basiert auf der Vorarbeit der IT-Geschäftsstelle und der IT-Akademie. Sie bildet seit einigen Jahren sowohl Lehrerinnen und Lehrer aus den beruflichen Schulen als auch Ausbilderinnen und Ausbilder in den modernen IT-Berufen fort und weiter. Das heißt, sie bereitet Lehrerinnen und Lehrer sowie Ausbilder darauf vor, in diesen neuen Berufen auch tatsächlich ausbilden zu können. Seit Beginn dieser Arbeit haben wir bereits an rund 1.800 Ausbildungstagen an mittlerweile acht Standorten in Hessen fortgebildet. Es besteht also regional eine solche Weiterbildungsmöglichkeit für Lehrerinnen und Lehrer. Ich bin sehr dankbar dafür, dass diese Arbeit jetzt auch durch die Mittel der IHK Frankfurt und weitere Stiftungen auf stabile Füße gestellt und unterstützt wird.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Weinmeister, CDU und betrifft „Schule@Zukunft“.

Mark Weinmeister (CDU):

Ich frage die Landesregierung in Form der Kultusministerin:

Welche Zwischenbilanz zieht die Landesregierung gut einhalb Jahre nach Beginn der Medieninitiative „Schule@Zukunft“? – Ich entschuldige mich für die Formulierung, Frau Kultusministerin.

Präsident Klaus Peter Möller:

Liebe und verehrte Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Besten Dank, Herr Abgeordneter. Ich versuche, meine sportliche Form zu wahren.

(Heiterkeit bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gelingt nicht immer!)

„Schule@Zukunft“ hat sich meines Erachtens sehr gut entwickelt. Es war geplant, dass das Land und die kommunalen Träger gemeinsam 5 Millionen € pro Jahr dafür ausgeben. Mittlerweile können wir mit Dankbarkeit und Freude feststellen, dass im ersten Jahr, 2001, rund 20 Millionen € ausgegeben wurden und dass in diesem Jahr noch mehr Mittel eingesetzt werden, um in einem Paket für die Ausstattung der Schulen mit Computern, den Support und zugleich für die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu sorgen, damit die Computer auch im Unterricht genutzt werden können.

Diese Arbeit ist außerordentlich erfolgreich, und auch die Behauptung von der angeblichen Fortbildungsresistenz der Lehrerinnen und Lehrer konnte durch die Tatsache trefflich widerlegt werden, dass sich innerhalb von eineinhalb Jahren bereits rund 10.000 Lehrerinnen und Lehrer fortbilden ließen – eine Zahl, die eigentlich erst für den gesamten Zeitraum von drei Jahren geplant war. Daher können wir jetzt schon zur qualitativ-didaktischen Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer übergehen, was eine gute Entwicklung ist. Ich hoffe, dass wir in diesem Tempo weitermachen können.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 3, Frau Abg. Scholz, CDU, zur Reform der Regionalplanung.

Angelika Scholz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie die in den letzten Wochen vonseiten der Opposition wieder aufgenommenen Diskussionen über eine Reform der Regionalplanung, vor allem im Hinblick auf den bereits in Angriff genommenen notwendigen Abbau der Staatsbürokratie?

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich gehe davon aus, dass sich die Frage an Herrn Minister Posch richtet.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bouffier! – Manfred Schaub (SPD): So, wie Sie jetzt suchen, sucht die Landesregierung nach einem Konzept!)

– Machen Sie nicht diese improvisierte Befragung schlecht. Manchmal gibt es noch Überraschungen. Wer möchte? – Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Abg. Scholz, ich will auf einen Teilbereich dessen eingehen, was Sie jetzt angesprochen haben, denn das Gesamtthema würde mit seinem Umfang mit Sicherheit den Rahmen der Möglichkeiten dieser Fragestunde sprengen.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will einen Teilbereich ansprechen. Ich sehe keine Veranlassung – wie es in einer neuen Diskussion von der SPD-Fraktion initiiert worden ist –, Regionalkreise zu bilden. Ich sehe mich in dieser Frage auch durch den Hessischen Landkreistag bestätigt, der in hervorragender Weise dargelegt hat, dass dies keine Alternative zur Politik der Landesregierung in dieser Frage ist.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Besitzstandswahrung, sonst nichts!)

Wir haben mit dem Ballungsraumgesetz ein Angebot an die Rhein-Main-Region gemacht, und wir sehen, dass das Rhein-Main-Gebiet von dem Ballungsraumgesetz zunehmend Gebrauch macht. Sie wissen, dass die Politik der Landesregierung darin besteht, ein Angebot an die kommunalen Körperschaften zu machen. Von diesem Angebot wird zunehmend Gebrauch gemacht. Es besteht für uns kein Grund, diese Initiativen der Opposition zum Anlass zu nehmen, die Politik der Landesregierung auch nur in einem einzigen Punkt zu ändern.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage kommt von Herrn Dr. Lennert, CDU, und betrifft das Verbot der Tabakwerbung durch die EU.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lennert wird Uran rauchen!)

Dr. Peter Lennert (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt und bewertet sie das vom EU-Ministerrat kürzlich beschlossene Verbot der Tabakwerbung in den Medien?

Präsident Klaus Peter Möller:

Zur EU steht hier „Staatskanzlei“. Es kann aber auch das Gesundheitsministerium betreffen. Wer möchte?

(Gerhard Bökel (SPD): Lasst die Raucher reden, das ist besser! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Return to sender!)

– Das ist eine handgeschriebene Frage, Herr Al-Wazir, also bitte. – Frau Lautenschläger, EU-Verbot von Tabakwerbung: Sagen Sie irgendetwas Nettetes.

(Heiterkeit)

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter! Da wir wissen, dass gerade das Rauchen enorme Kosten verursacht, ist es für den Gesundheitsschutz natürlich wichtig, dass wir nicht noch besonders darauf aufmerksam machen. Auf der anderen Seite ist es inzwischen eine – so möchte ich es ausdrücken – sehr verfahrenere Situation, dass lediglich die Bundesregierung nicht versucht hat, entsprechende Kompromisse zu finden, und nun allein außen vor steht. Für den Gesundheitsschutz ist das Verbot der Tabakwerbung auf jeden Fall ein wichtiges Instrument.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum ersten Mal ist auch Großbritannien dabei!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das sehe ich auch so. – Nächste Frage, Herr Abg. Beuth, CDU, zur Justizvollzugsanstalt in Hünfeld. Da haben wir jedenfalls einen klaren Ansprechpartner.

(Gerhard Bökel (SPD): Zusatzfrage: Ist schon einer abgehauen?)

Peter Beuth (CDU):

Ich frage die Landesregierung, und zwar Herrn Staatsminister Wagner:

Welche Fortschritte gibt es beim Bau der neuen Justizvollzugsanstalt in Hünfeld?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Staatsminister Wagner.

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Herr Abg. Beuth, ich darf erstens feststellen, dass es dieser Landesregierung in den letzten dreieinhalb Jahren gelungen ist, zusätzliche 440 Plätze im geschlossenen Männervollzug zu schaffen, nachdem sie zu Beginn dieser Wahlperiode ein Defizit von 1.000 Plätzen im geschlossenen Männervollzug vorgefunden hatte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Ich darf feststellen, dass die Landesregierung 1999 im Hinblick auf die Notwendigkeit der Errichtung einer neuen Anstalt noch keinerlei Pläne oder Vorstellungen entwickelt hatte, wie das Defizit, das Sie eben angesprochen haben, nämlich die Überbelegung, zu beseitigen sei.

Drittens. Wie Sie der Presse entnommen haben, haben wir die Ausschreibung inzwischen abgeschlossen. Die notwendige Erschließungsstraße für die Justizvollzugsanstalt Hünfeld befindet sich bereits im Bau. Der erste Spatenstich hat – sehr zur Freude der Opposition, aber auch zur Genugtuung der Bevölkerung – schon stattgefunden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Februar/März werden wir nach erfolgter Ausschreibung die Vergabe für die Bauleistung vornehmen. Außerdem sollen im Laufe des Jahres 2003 auch die an Private vergebaren Dienstleistungen teilausgeschrieben und dann auch vergeben werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage stammt von Frau Stolterfoht, SPD, und betrifft das Besoldungs-, nein, Bildungsurlaubsgesetz.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Ich enthalte mich des Kommentars, dass den Beamten immer nur das Wort „Besoldung“ einfällt. Ich frage die Landesregierung:

Beabsichtigt sie, das Bildungsurlaubsgesetz zu novellieren?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Abg. Stolterfoht, wie Sie wissen, steht in dieser Legislaturperiode keine Novellierung mehr an. Aber wir sind bereits seit vielen Monaten auch mit den Jugendverbänden im Gespräch darüber, wo man beim Bildungsurlaub bestimmte Schwerpunkte setzen kann und worin die eigenen Vorschläge der verschiedenen Träger bestehen. Wir wollen eng zusammenarbeiten, wenn es darum geht, dort Änderungen vorzunehmen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Stolterfoht.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Kann ich Ihre Antwort so interpretieren, dass die Landesregierung inzwischen ihren Frieden mit dem Bildungsurlaubsgesetz gemacht hat?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Abg. Stolterfoht, ich habe die verschiedenen Träger schon sehr früh auf das Bildungsurlaubsgesetz angesprochen. Ich habe auf Probleme hingewiesen, die wir in diesem Bereich sehen, aber auch darauf, dass sie entsprechende Vorschläge machen sollen, wie man die berufliche Bildung und die Weiterbildung besser verzahnen und was man in diesem Bereich noch machen kann. Wenn es notwendig ist, werden wir Gespräche darüber führen, weil es sehr wichtig ist, dass bei diesem Thema ein breiter Konsens besteht.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage kommt von Frau Kollegin Sorge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und betrifft die Kunstschätze als Vermögenswerte.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nach welchen Kriterien sollen die Kunstschätze der Landesmuseen als Vermögenswerte in die nach der neuen Verwaltungssteuerung zu erstellende Bilanz aufgenommen werden?

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Staatsministerin Wagner.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Verehrte Frau Abgeordnete, bisher ist überhaupt nicht entschieden, ob und wie die Kunstwerke in die Eröffnungsbilanz eingeführt werden. Von daher sind die Spekulationen in bestimmten Zeitungen absurd und abwegig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hat sie die „FAZ“ beleidigt!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage stammt von Tarek Al-Wazir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und betrifft die Staatskanzlei und das Bürgertelefon.

(Volker Hoff (CDU): Return to sender!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage den Ministerpräsidenten:

Wie viele Mitarbeiter der Staatskanzlei beantworten die Anfragen, die am Bürgertelefon gestellt werden?

Präsident Klaus Peter Möller:

Kontrolliert das der Ministerpräsident?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er weiß es!)

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Abgeordneter, ich werde in der Lage sein, Ihnen dies schriftlich mitzuteilen. Es ist mir zu gefährlich, das aus dem Kopf zu beantworten. Herr Staatsminister Riebel ist, wie Sie wissen, erkrankt. Insofern kann ich Ihnen diese Frage nicht unmittelbar beantworten. Aber wir werden Ihnen das schriftlich – –

(Armin Clauss (SPD): Er wüsste es auch nicht!)

– Herr Kollege Clauss, Sie wissen aus langjähriger Erfahrung, dass Herr Staatsminister Riebel alles weiß. Deshalb hätte er auch dieses gewusst.

(Armin Clauss (SPD): Aber wie!)

Ich bekenne, ich weiß es nicht.

Wir werden Ihnen das in angemessener Weise mit einem Bericht zukommen lassen, Herr Abgeordneter, denn es gibt eine Veröffentlichung darüber.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Al-Wazir stellt eine Zusatzfrage.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte noch eine Bemerkung dazu machen: Ob es Herr Riebel wüsste, ist eine andere Frage. Aber gut.

Vielleicht können Sie das gleich in die Antwort mit aufnehmen: Mir liegt eine Presseerklärung des Regierungssprechers vor, in der er sagt, dass in einem Jahr 4.500 Anrufe eingegangen seien. Im Schnitt hat ein Jahr 220 bis 230 Arbeitstage. Das sind dann also durchschnittlich 20 Anrufe pro Tag. Vielleicht könnten Sie auch grob die Kosten nennen, die so ein Anruf verursacht. Vielleicht könnten Sie auch mitteilen, ob die Mitarbeiter nebenbei noch etwas anderes machen. Das wäre bei so wenigen Anrufen sicherlich sinnvoll.

(Volker Hoff (CDU): Das ist betont basisdemokratisch!)

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Abgeordneter, selbstverständlich werden Ihre Fragen beantwortet werden. Nur um der Fantasie jetzt schon einmal Grenzen zu setzen, will ich darauf hinweisen, dass die Aktivitäten in der Staatskanzlei für das Bürgertelefon mit denen des Bürgerbüros in einer Abteilung verbunden sind. Das Bürgerbüro beschäftigt sich mit den schriftlichen Kontakten der Bürger. Es antwortet also auf deren Briefe. Dabei geht es auch um Serviceleistungen der Staatskanzlei. Wenn die Mitarbeiter nicht telefonieren, arbeiten sie an dem schriftlich Eingereichten, also an Kontakten mit den Bürgern. Wir werden Ihnen auflisten, wie sich das verhält. Ich will aber, dass hier nicht der Eindruck entsteht, da würde jemand auf einen Telefonanruf warten. Das ist nicht der Fall.

Präsident Klaus Peter Möller:

Als Verhandlungsleiter darf ich darauf verweisen, dass zu der Regierungsbefragung festgelegt ist:

Zulässig sind nur Fragen, deren Sachverhalt sich nach der letzten Plenarsitzung ergeben hat und für die keine besonderen Vorarbeiten bzw. Recherchen notwendig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Volker Hoff (CDU): Erwischt!)

Hier sollte also keiner triumphierend rufen: Der hat es auch nicht gewusst. – Die Frage war nicht zulässig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war Erfahrung, eine Einschätzung!)

– Das war Erfahrung. Da der Ministerpräsident sagt, Herr Riebel wisse alles, handelt es sich dann doch wieder um eine zulässige Frage. Das ist alles eine Frage des Standpunktes.

Die nächste Frage stellt Herr Abg. Hoff von der CDU zu Polizeiautos.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Thema ist natürlich nach der letzten Plenarsitzung entstanden!)

Volker Hoff (CDU):

Die Thematik ist in der Tat nach der letzten Plenarsitzung entstanden. Herr Al-Wazir, damit ist die Frage natürlich zulässig. – Ich frage die Landesregierung, und zwar den Herrn Innenminister:

Wie viele Polizeiautos konnten im Rahmen der Kfz-Modernisierungsoffensive an die hessische Polizei ausgeliefert werden?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit der letzten Plenarsitzung entstanden! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das benötigt Recherchen!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Staatsminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege, diese Frage kann ich aus dem Kopf beantworten. Die Kolleginnen und Kollegen wissen es auch. Es sind 1.300. Die sind auch ausgeliefert worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heinrich Heidel und Roland von Hunnius (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß er auswendig! – Gerhard Bökel (SPD): Wie viele davon sind übergeben worden? 1.300 Autos angeschafft und 2.500 überreicht! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele davon sind wieder kaputt?)

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Ypsilanti von der SPD-Fraktion. Sie betrifft den Ortsteil Frankfurt-Fechenheim.

Andrea Ypsilanti (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Kann sie die Bürger des Ortsteils Fechenheim beruhigen, indem sie eine eindeutige Aussage dahin gehend machen kann, dass das dort bestehende Polizeirevier auch nachts geöffnet bleiben wird?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Innenminister.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Das kann die Landesregierung. Der Staatssekretär hatte sich bereits entsprechend geäußert. Die polizeiliche Betreuung in Fechenheim wird so sein, wie es notwendig und geboten ist. Die Diskussion, die ich dazu kenne, geht um die Frage, ob bestimmte Teile des Dienstes und dienstliche Einrichtungen von einer Station für die andere gemacht werden können. Das ist kein neuer Sachverhalt. Das gibt es immer und überall.

Ich sage Ihnen zu: Die Station in Fechenheim bleibt bestehen. Ich sehe im Moment auch keine Notwendigkeit, sie nachts zu schließen.

(Beifall des Abg. Volker Hoff (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ypsilanti stellt eine Zusatzfrage.

Andrea Ypsilanti (SPD):

Das hat sich erledigt. Danke schön.

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich musste nur warten, bis ich neue Fragen bekommen habe.

Die nächste Frage kommt von Herrn Dr. Arnold von der CDU. Sie betrifft den Naturschutz im Wald.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Trifft es zu, dass der Rahmenvertrag „Naturschutz im Wald“ von den Waldbesitzern und den Kommunalen Spitzenverbänden sehr begrüßt wurde und sogar andere Bundesländer, wie z. B. Nordrhein-Westfalen, Interesse an dem vorbildlichen Vertragswerk geäußert haben?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Abg. Arnold, ich kann Ihnen zustimmen. Der Rahmenvertrag ist von den Kommunalen Spitzenverbänden und vom Hessischen Waldbesitzerverband unterzeichnet worden. Wir haben aus anderen Bundesländern Anfragen. Sie würden dieses Vertragswerk gerne einsehen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Da ist nichts mehr nachzufragen.

Die nächste Frage, Nr. 12, stammt von Frau Kollegin Schönhut-Keil. Wer übernimmt es, diese Frage zu stellen? – Herr Kaufmann, das betrifft die Frage hinsichtlich Bad Nauheim.

(Stefan Grüttner (CDU): Das geht doch gar nicht!)

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn der Präsident es erlaubt, geht alles.

Präsident Klaus Peter Möller:

Eigentlich hat Herr Grüttner Recht. Ich habe es jetzt aber erlaubt. Das ist wie bei einem Fehler des Schiedsrichters. Das kann nicht mehr korrigiert werden.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das war jetzt eine Tatsachenentscheidung.– Ich frage die Landesregierung in Gestalt der Sozialministerin:

Trifft es zu, dass die Burghofklinik in Bad Nauheim von der Landesregierung gefördert wird, obwohl sie keinen Pflichtversorgungsauftrag hat?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Das kann ich Ihnen im Moment nicht sagen. Die Antwort kann ich Ihnen aber gerne nachliefern.

Präsident Klaus Peter Möller:

Gut. – Es folgt die nächste Frage, nämlich die des Herrn Zumbrägel von der CDU. Sie betrifft die Arbeitsmarktpolitik.

Aloys Zumbrägel (CDU):

Ich frage die Frau Sozialministerin:

Welche Ergebnisse hatten die Gespräche über die Arbeitsmarktpolitik, die Sie Ende November 2002 in London geführt haben?

(Inge Velte (CDU): Das ist eine ganz aktuelle Frage!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Zur Arbeitsmarktpolitik habe ich mir vor allem mit dem dortigen Arbeitsminister vor Ort das Modell Jobcenter-plus angeschaut. Außerdem habe ich Gespräche zu der Frage geführt, wie man die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe unter einem Dach integrieren kann. Das betrifft also das, was wir auch mit dem hessischen OFFENSIV-Gesetz vorhaben. Dort soll der Dienstleistungscharakter verstärkt werden. Ich denke, das ist ein gutes Beispiel, an dem sich möglicherweise auch die Bundesregierung orientieren könnte. Denn in Großbritannien gibt es eine von der Labour Partei geführte Regierung. Sie setzt schon um, was wir mit unserem OFFENSIV-Gesetz vorhaben.

(Beifall des Abg. Volker Hoff (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage stellt Herr Kollege Hermanns. Sie betrifft die Videoüberwachungsanlagen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Dreieich!)

Rüdiger Hermanns (CDU):

Ich frage Herrn Staatsminister Bouffier:

In wie vielen hessischen Städten sind Videoüberwachungsanlagen in Betrieb?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Innenminister.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Ich will es einmal so sagen. Es gibt sie in Fulda, Frankfurt, Hofheim, Kassel, Gießen und Limburg. Das sind die, die derzeit in Betrieb sind. In Vorbereitung und in Kürze in Betrieb sind solche Anlagen in Wiesbaden und Offenbach. Mir ist nicht das genaue Datum bekannt, zu dem sie in Betrieb gehen werden. Wenn ich richtig mitgezählt habe, gibt es sechs Anlagen, die bereits laufen.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Die nächsten werden im Januar pünktlich vor der Wahl eingeschaltet!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage stammt von Frau Kollegin Ludwig von der CDU. Sie betrifft die Thematik „Besser leben im Alter“.

Eva Ludwig (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welches Ziel verfolgen die seniorenpolitischen Leitlinien, die es unter dem Titel „Besser leben im Alter“ gibt?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ach du liebe Zeit!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Dies betrifft wiederum die Sozialministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Wir haben seniorenpolitische Leitlinien vorgelegt, um die Selbstständigkeit, also die selbstständige Lebensführung, und das eigene Engagement im Alter weiter ausbauen zu können. Es soll vor allem ein neues bürgerschaftliches Engagement zum Tragen kommen. Es geht also um die Frage, was dort hinsichtlich des Ehrenamtes ausgebaut werden kann. Das betrifft aber auch das Wohnumfeld und das Heim als Lebensraum. Man muss sich fragen, wo da Verbesserungen vorgenommen werden können. Ich denke, dies ist ein wichtiger Beitrag dazu, dass auf der einen Seite für die Senioren mehr Freiheiten geschaffen werden, dass das aber auf der anderen Seite mit den entsprechenden Angeboten verknüpft wird.

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, das war die Regierungsbefragung.

Vereinbarungsgemäß rufe ich **Tagesordnungspunkt 60** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Aussagen von Innenminister Bouffier zum Einsatz von Nervengas – Drucks. 15/4765 –

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat der Innenminister, Herr Staatsminister Bouffier. Wenn es geht, beträgt die Redezeit auch für den Vertreter der Landesregierung fünf Minuten.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme zu dem Dringlichen Antrag wie folgt Stellung:

Erstens. Ich bin gegen den Einsatz eines Gases, dessen Auswirkungen nicht geklärt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Der Einsatz des in Moskau verwendeten Gases, dessen Zusammensetzung mir unbekannt ist, kommt meines Erachtens wegen der tödlichen Wirkung auf die Geiseln nicht in Betracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Drittens. Ich halte es für selbstverständlich, dass sich die Innenministerkonferenz mit den Vorgängen hinsichtlich der Geiselnahme in Moskau befasst.

Viertens. Ich habe deshalb vorgeschlagen, dass der Vorsitzende der Innenministerkonferenz veranlasst, dass dazu in der nächsten Innenministerkonferenz ein Bericht erstattet wird. Dem haben alle Kollegen zugestimmt.

Fünftens. Nach Erhalt dieses Berichtes wird man beraten und danach weitersehen.

Sechstens. Genau so ist meine Bemerkung zu verstehen. Ich sagte: „Ich bin in keiner Weise festgelegt.“

Siebtens. Dieser Sinn ergibt sich im Übrigen auch aus der Fortsetzung der von Ihnen herangezogenen „dpa“-Meldung. Dort heißt es wörtlich im nächsten Satz: „Wir müssen uns nur kundig machen, was da genau war.“ Dies halte ich nicht nur für richtig, sondern ich halte es auch für eine Pflicht der Innenministerkonferenz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Abg. Al-Wazir, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Stefan Grüttner (CDU): Er zieht jetzt den Antrag zurück?)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, das, was wir gerade erlebt haben, ist ein echter Bouffier, und zwar der schlechten Sorte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Rüdiger Hermanns (CDU))

Ich glaube, das Grundproblem, mit dem wir es hier zu tun haben, ist,

(Volker Hoff (CDU): Dass Sie ein Wahrnehmungsproblem haben!)

dass ein Innenminister eine solche Meldung produziert. Ich will sie Ihnen einmal im Wortlaut vorlesen, weil der Innenminister gerade nicht gesagt hat, dass die Meldung falsch ist. Der Innenminister hat auch nicht gesagt, dass er falsch zitiert worden ist. Der Innenminister hat nachher versucht, irgendetwas anders zu interpretieren, als er es in der Realität gesagt hat. Genau das ist das Problem, mit dem wir es zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Innenminister hat „dpa“ gesagt:

Sein Hamburger Amtskollege Ronald Schill habe dieses Thema lediglich in Frageform in die vertrauliche Diskussion gebracht, sagte Bouffier. Von einer Entscheidung über einen möglichen Einsatz in Deutschland sei man weit entfernt. Er sei in dieser Frage in keiner Weise festgelegt. „Wir müssen uns nur kundig machen, was da genau war.“ Im Übrigen sei er empört darüber, dass vertrauliche Inhalte eines Kaminesgesprächs nach außen getragen würden.

Herr Bouffier, ich sage Ihnen, Sie hätten empört darüber sein müssen, dass ein politisches Irrlicht wie Herr Schill so etwas vorschlägt, und nicht darüber, dass andere darüber berichten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Wenn wir uns hier über jedes politische Irrlicht aufregen würden!)

Das Problem ist: Ronald Barnabas Schill, Amtsrichter und momentan Innensenator, ist ein politisches Irrlicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Es gibt auf allen Seiten Irrlichter!)

Das hat man gesehen bei seinem Auftritt im Bundestag vor der Bundestagswahl. Das hat man gesehen bei der Abmeldung von Konferenzen wegen dringender Termine, wo er nachher auf Schickeriapartys auftauchte. Das hat man gesehen bei der halbseidenen Vergangenheit seiner persönlichen und privaten Bodyguards. Das hat man allerdings auch daran gesehen – das ist dann nicht mehr nur Irrlicht, da wird es ein Sicherheitsrisiko –, wie dieser Mann versucht, den Charakter der Hamburger Polizei zu verändern. Sie können sich vielleicht daran erinnern, dass schleswig-holsteinische Beamte in Zivil inzwischen von Polizisten in Hamburg krankenhaushausreif geschlagen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Ist das ein Entlassungsantrag gegen Schill?)

Das ist in Deutschland insgesamt ein großes Problem. Es wäre noch kein hessisches Problem, wenn nicht dieses politische Irrlicht und Sicherheitsrisiko Ronald Schill einen einzigen Freund hätte, nämlich Volker Bouffier. Das genau ist das Problem, mit dem wir es zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Ihr Problem ist, dass Sie jemandem wie Herrn Schill in Hamburg zur Macht verholfen haben, um selber an die Macht zu kommen. Unser Problem ist, dass sich Volker Bouffier, ein Innenminister, der bei diesem Punkt dabei war, nicht so äußert wie selbst die Hamburger Politiker, die mit Herrn Schill koalieren.

Leif Schrader, Innenexperte der FDP, hält Schills Idee für völlig abwegig, sagt die „Hamburger Morgenpost“. CDU-Innenexperte Carsten Lüdemann sagt, eine Diskussion über den Einsatz von Nervengas ist völlig überflüssig. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, sagt, es ist verwunderlich, dass ein erwachsener Innenminister über derartig abenteuerliche Szenarien nachdenkt. Er sagt: „Man schämt sich, in Hamburg Polizist zu sein.“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Einzige, was Volker Bouffier einfällt, ist, zu sagen: Es ist eine Schande, dass darüber berichtet wurde, was dieser Herr Schill vorschlägt. – Das genau ist das Problem, mit dem wir es hier zu tun haben, und das genau ist bei Ihnen, Herr Innenminister, fast schon Methode. Die Legislaturperiode hat angefangen mit toten Katzen und Schleifchen, die angeblich von der Mafia hingelegt worden sind. Die Legislaturperiode ging weiter mit einer angeblichen besonderen Terrorgefahr in Rhein-Main vor vier Wochen, von der Herr Schily nichts weiß, von der Frau Roth nichts weiß und Herr Corts nichts weiß. Nur Herr Bouffier weiß etwas.

Jetzt kommt die Frage nach einem solchen Gas. Da sei er in einer solchen Weise nicht festgelegt. – Herr Innenminister, ich frage Sie: Wenn man von einem „dpa“-Korres-

pondenten gefragt wird, was man von Schills Vorschlag hält, warum kann man dann nicht sagen, dass so etwas hier nicht infrage kommt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Warum muss man dann solche Äußerungen von sich geben und sie nachher mühsam hier wieder einsammeln? Das genau ist Ihr Problem, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Klein für die CDU-Fraktion.

Armin Klein (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Al-Wazir, auf Ihre Aufregtheit gehe ich zunächst gar nicht ein. In Moskau wurden bei der Befreiung der Geiseln schwere, ich sage: unverzeihliche, Fehler gemacht, sodass immerhin 109 Menschen ums Leben kamen. Das ist tragisch und schlimm.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man weiß nicht genau, ob es nicht viel mehr waren!)

Dies aber zum Anlass zu nehmen, hier die Schau zu machen, verehrter Herr Al-Wazir, darauf komme ich gleich zu sprechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich doch nicht! Das macht er!)

Es gehört zur Pflicht und Schuldigkeit, zur Aufgabe deutscher Innenminister, sich über die Erfahrungen einer solchen großen, fehlgeschlagenen Aktion zu informieren, verehrter Herr Al-Wazir. Das ist selbstverständlich.

Was hat der hessische Innenminister denn gemacht? Er hat Otto Schily, den Bundesinnenminister, gebeten, mit dem russischen Kollegen Kontakt aufzunehmen, um sich berichten zu lassen über diese tragischen Vorfälle und darüber, wie es dazu kam. Nicht mehr und nicht weniger hat dieser Innenminister getan.

(Beifall bei der CDU)

Was war das Ergebnis? Alle Innenminister einschließlich des Herrn Schily haben gesagt: Das ist gut so, wir werden den russischen Kollegen kontaktieren und werden uns darüber berichten lassen.

Ich wiederhole: Es ist ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich bei einer Tragödie dieses Ausmaßes umfassend zu informieren.

Sie scheinen den Hessischen Landtag mit dem Hamburger Senat zu vergleichen. Wenn der Hamburger Innensenator Schill – hören Sie gut zu – aberwitzige Vorstellungen in diesem Zusammenhang äußert, so ist es seine Sache und hat mit unserem Innenminister nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Denn wir haben von Volker Bouffier gehört, dass ihn nichts mit diesen Hirngespinnsten verbindet und er diesbezüglich nie etwas gesagt hat. Er hat nicht gesagt, er will

dieses Gas importieren oder gar einsetzen. Wo hat er das gesagt? Das steht nicht in der Presseberichterstattung. Das ist Ihre bössartige Unterstellung.

(Beifall bei der CDU)

Verehrter Herr Al-Wazir, Ihr Versuch, Herrn Bouffier mit dieser abstrusen Idee, Giftgas oder Ähnliches nach Deutschland zu importieren oder sogar einzusetzen, in Verbindung zu bringen, ist schlicht schäbig.

(Beifall bei der CDU)

Es zeigt, dass Ihnen jede Gelegenheit recht ist, um diesen Innenminister zu diffamieren. Sie sollten das endlich lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie kurz vor der Wahl nervös werden, dann ist das Ihre Sache. Machen Sie eine bessere Politik und nicht solche chaotischen Dinge wie auf dem letzten Parteitag. Machen Sie bessere Sachpolitik, statt diesem Innenminister etwas zu unterstellen, was er überhaupt nicht, auch nicht im Ansatz, gesagt hat. Lassen Sie diese Art von Politik auch in der letzten Sitzung dieses Plenums, sonst werden Sie auch künftig nicht für voll genommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Abg. Franz für die SPD.

Dieter Franz (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schade, dass es erst eines solchen Antrags bedurfte, damit der hessische Innenminister hier solche Klarstellungen von sich gibt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich sage auch, halbherzige Dementis des Innenministers zu diesem Thema sind meiner Meinung nach fehl am Platze; denn sie bestärken öffentliches Misstrauen, wo Vertrauen auf besonnenes Handeln gefordert ist.

129 Tote bei einer Geiselnbefreiung sind sicherlich kein Erfolg polizeitaktischen Handelns. Aus diesem Grunde alleine ist die Debatte über eine solche Möglichkeit fehl am Platze.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht jeder Jurist ist ein guter Innenminister, und ein Innenminister, der einen solchen Vorschlag überhaupt nur in Erwägung zieht, ist weder in Hamburg noch in Hessen für die Öffentlichkeit und für uns tragbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage hier aber auch: Es ist richtig und gut, dass Sie hier die Kurve gekriegt haben und heute diese Klarstellung getroffen haben. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie von vornherein einem solchen Anliegen entschieden widersprochen und klargestellt hätten, dass das für uns in Hessen und für Sie persönlich nicht infrage kommt.

Es ist schon erschreckend, wie ein Innenminister namens Schill vom Minister Gnadenlos auch in dieser Sache zum

Minister Bedenkenlos wird. Ich glaube, das ist nicht tragbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch für die CDU in Hamburg kein Ruhmesblatt, dass sie sich mehr oder weniger offen vor einen Minister stellt, der solche Vorschläge auch nur in Erwägung zieht. Das muss man hier ganz klar sagen.

(Zurufe von der CDU)

Ich halte es für richtig, dass Bundesinnenminister Schily hier klar gesagt hat, dass ein solches Nervengas nicht im Besitz der Bundesrepublik Deutschland ist und dass solches auch nicht angestrebt wird.

(Beifall bei der SPD)

Bleiben Sie auf dieser Linie, und versuchen Sie nicht, im Vorfeld von Wahlen populistische Ansätze mitzutragen. Das ist unser Vorwurf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Abg. Hahn, Fraktionsvorsitzender der FDP.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, der Hessische Landtag überhebt sich arg, wenn er die schlimmen Vorgänge, die in Moskau passiert sind, hier diskutieren zu müssen meint.

(Dieter Nolte (SPD): Wir kritisieren nur die Äußerungen des Ministers!)

– Ich weiß, dass Sie jetzt ein bisschen aufgeregt sind, weil die Diskussion nicht so gelaufen ist, wie Sie sie haben wollten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aber lassen Sie mich bitte in Ruhe. Sie können mit Herrn Bouffier so umgehen, wie Sie es wollen, aber auch ich werde mich gleich vor und neben Herrn Bouffier stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Erstens. Es geht nicht darum, hier das Schreckensszenario von Moskau aufzubauen, das 129 Opfer gefordert hat. Dieser Vorgang war schlimm, er hat aber – Herr Nolte, das wissen Sie ganz genau – im Hessischen Landtag überhaupt nichts zu suchen.

(Dieter Nolte (SPD): Tut er auch nicht!)

Zweitens. Wir sind hier nicht in der Hamburger Bürgerschaft, in der es um die Frage geht, ob die Verhaltensweise des dortigen Innensenators, Herrn Ronald Schill, gut oder schlecht ist. Wir sind hier im Hessischen Landtag.

Die beiden Dinge, die Sie hier anzusprechen und zu verbinden versucht haben, haben nichts mit der Arbeit des Hessischen Landtags und auch nicht mit der Arbeit des hessischen Innenministers Volker Bouffier zu tun. Das muss hier einfach festgehalten werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Dieter Nolte (SPD): Er hat eine Aussage gemacht!)

– Herr Nolte, regen Sie sich doch ein bisschen ab. Sie haben eben gehört, was der Innenminister des Landes Hessen gesagt hat. Er hat einen Vorschlag unterbreitet, und alle Innenminister, einschließlich Ihres Parteifreundes Schily, haben diesen Vorschlag begrüßt. Verehrter Herr Kollege Nolte, hören Sie doch auf, hier Gedöns zu machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Volker Bouffier hat etwas getan, was im Rahmen des Verwaltungshandelns sehr üblich ist. Er hat gesagt: „Bevor ich mir eine abschließende Antwort anmaße, möchte ich einen Bericht über die Lage haben.“

(Dieter Nolte (SPD): Darum geht es gar nicht!)

Dieser Vorschlag ist offensichtlich auch von SPD-Innenministern und -Innenministern übernommen worden. Jedenfalls ist er von der IMK einstimmig angenommen worden. Herr Kollege Nolte, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie hier Gedöns machen wollen, empfehle ich Ihnen, das auch im rheinland-pfälzischen Landtag gegen den Parteikollegen Zuber und im Düsseldorfer Landtag gegen den dortigen Innenminister, Herrn Behrens, ebenfalls Genosse, zu veranstalten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der erzählt nicht so etwas!)

Lassen Sie es doch sein, eine solche Rede zu halten, wie sie gerade Herr Franz gehalten hat. Er wollte die 129 Opfer von Moskau mit einer Aussage des hessischen Innenministers verbinden. Das ist ungezogen, Herr Kollege Franz von den Sozialdemokraten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich deshalb zum Schluss sagen: Das Ding, das Sie hier hochziehen wollten, Herr Kollege Al-Wazir, kann man wirklich nur mit der Nervosität der GRÜNEN nach einem hundsmiserablen Bundesparteitag erklären.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Nervosität der hessischen GRÜNEN, die zwei Parteitage brauchen, um in einigermaßen rechtsstaatlicher Weise eine Landesliste aufzustellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist der untaugliche Versuch, aus Volker Bouffier, der ein wichtiger Bestandteil der Koalition von FDP und CDU hier in Hessen ist, einen Ronald Schill zu machen. Herr Kollege Al-Wazir, Ihr Gas ist verdunstet.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich schließe die Aussprache.

(Stefan Grüttner (CDU): Direkt abstimmen! Ist doch erledigt!)

Auf übereinstimmenden Wunsch soll direkt abgestimmt werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der letzte Absatz ist wichtig!)

– Das sehe ich. – Wer ist für die Annahme des Dringlichen Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN? – Wer ist

dagegen? – Enthaltungen? – Dafür waren SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen CDU und FDP. Letzteres war die Mehrheit. Der Dringliche Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7 a** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2002 (Nachtragshaushaltsgesetz 2002) – Drucks. 15/4745 zu Drucks. 15/4635 –

Berichterstatter ist Herr Abg. Pawlik. Sie haben das Wort.

Sieghard Pawlik, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen. Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum darüber hinaus, zu den Einzelplänen und zwei Änderungsanträgen die entsprechenden Beschlüsse zu fassen, die Sie auf Drucks. 15/4745 vorfinden.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 124. Plenarsitzung am 26. November 2002 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss am 29. November vom Präsidenten überwiesen.

In seiner Sitzung am 4. Dezember 2002 hat der Haushaltsausschuss den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge hierzu behandelt und mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN den Beschluss gefasst, dem Plenum zu empfehlen, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich bei dem Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Redezeit: 20 Minuten je Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Bökel, Vorsitzender der Fraktion der SPD.

Gerhard Bökel (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Nachtrag zum letzten Etat der Regierung Koch ist ein typisches Beispiel für das, was wir in den letzten vier Jahren erlebt haben: windig, wirr, unfähig und nicht in die Zukunft gerichtet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU und der FDP)

Auch dieser Nachtragshaushaltsgesetzentwurf – der immer gemeinsam mit dem Haushalt des Jahres 2002 gesehen werden muss – zeigt, dass Sie von der Wirtschafts- bis zur Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik nicht verstanden haben, wie die Zukunft dieses Landes gestaltet werden muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU und der FDP)

Die Unverantwortlichkeit und Unfähigkeit der Regierung Koch in der Finanzpolitik zeigt sich darin, dass es die Regierung wagt – das war niemals zuvor in diesem Land

der Fall –, dem Landtag einen Etat vorzulegen, der von Anfang an verfassungswidrig ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Da der Gesetzentwurf derart offensichtlich verfassungswidrig ist, werden wir – das kann man mit Ruhe entgegennehmen – den Staatsgerichtshof anrufen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Wer über vier Jahre hinweg eine solche Finanzpolitik betreibt, wie Sie es getan haben, der kann nicht ernsthaft vorhaben, dieses Land weiterhin zu regieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Dieser Ministerpräsident war es doch, der gesagt hat: Wir werden alle Mehrausgaben durch Minderausgaben ausgleichen. – Von Anfang an haben Sie trotz hoher Mehreinnahmen gegen dieses selbst gesetzte Ziel verstoßen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Bökel, lassen Sie Zwischenfragen zu, wenn ja, von Herrn Irmer, oder lassen Sie grundsätzlich keine Fragen zu?

Gerhard Bökel (SPD):

Bei 20 Minuten Redezeit würde ich gerne darauf verzichten, aber bei Herrn Irmer verzichte ich ganz besonders gern.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Kommen wir doch einmal zu den Inhalten. Auch das hat etwas mit diesem Nachtragshaushalt zu tun.

Meine Damen und Herren, wir sagen seit drei Jahren – das spiegelte sich auch jetzt wider –: Hier wird keine Wirtschaftspolitik gestaltet, hier wird nur verwaltet. Deswegen sieht man, es hat gute Gründe, warum bei dem Zuwachs des Bruttosozialproduktes, bei der Finanzkraft dieses Land abgehängt wird. Das ist die Verantwortung dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden jetzt, so kurz vor der Wahl, natürlich nicht nur über eine Bilanz. Wir reden auch über die Frage, wer diesem Land eine Zukunft bietet – diese Regierung, diese Koalition oder die, die jetzt in der Opposition sind und nach dem 2. Februar Regierungsverantwortung übernehmen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Weiter! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Gerade wegen der Bildungspolitik!)

– Wenn Sie von Bildungspolitik reden, sind wir mitten im Thema. Diese Art und Weise, wie Sie hier qualitativ Bildungspolitik betreiben, wie Sie eine Politik der Auslese statt der Förderung aller Kinder machen, wird der Zukunft unserer jungen Menschen nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es entlarvend, wie Sie sich als CDU zu zwei großen Zukunftsprojekten verhalten – zum Thema frühere Bildung, zum Thema Ganztagschule, um alle Kinder optimal mit mehr Zeit zu fördern. Ihre Antwort ist offensichtlich. Sie brüsten sich damit, die Zahl der Hauptschüler erhöht zu haben. Sie machen ein Elitelymnasium für einige wenige Schüler. Wer beides als Erfolg seiner Bildungspolitik ansieht, hat beim Thema Wissensgesellschaft intellektuell aber auch nichts verstanden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt haben wir den Nachtrag zum Haushalt 2002. Nun könnte man sagen, Sie hätten es bei der Aufstellung des Etats 2002 nicht begriffen. Aber wir wissen seit einigen Wochen – statistisch nachgewiesen –, dass es in diesem reichen Hessenland einen Zuwachs bei der Jugendarbeitslosigkeit innerhalb von zwei Jahren von über 18 % gegeben hat. Das ist ein Skandal

(Zurufe von der CDU)

und zeigt die Unfähigkeit der Regierung. Dass Sie daraus keine Konsequenzen ziehen, zeigt, Sie können es ganz einfach nicht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Ein Blick nach Berlin beweist, Sie können es!)

Deswegen, das ist der große Unterschied zwischen Ihnen und uns, zeigen wir auf, wie wir damit umgehen wollen. Wenn wir uns klar vornehmen, wir wollen dafür sorgen, dass nach der Schule kein Jugendlicher ohne Ausbildung in der Arbeitslosigkeit landet, und wenn wir sehr klare Modelle vorlegen, dann können Sie sagen: Das tragen wir nicht mit. – Aber wo ist die Alternative? Sie haben die Alternative nicht. Deswegen werden Sie am 2. Februar abgewählt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen des Abg. Clemens Reif (CDU))

So könnte man das mit der Bilanz fortsetzen. Bei der Fragestunde hat der Innenminister geantwortet –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ein Gerhard reicht!)

korrigiert mir die Zahl –, 1.300 neue Polizeifahrzeuge seien angeschafft worden

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

– klatscht einmal –, aber ungefähr 3.000 wurden überreicht. Sie haben es nötig, dass Sie Fahrzeuge zwei- und dreimal überreicht haben. Sie müssen es ganz schön nötig haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Verehrter Herr Hoff, wenn wir uns jetzt schon über das Allgemeine unterhalten,

(Volker Hoff (CDU): Das waren noch Zeiten, als Armin Clauss zur Verfügung stand! – Zurufe von der CDU)

dann ist auch spannend zu beobachten, wie Sie – weil Sie „von Berlin“ dazwischenbrüllen – und insbesondere dieser Ministerpräsident in den letzten Wochen von der Unfähigkeit der Regierung ablenken, indem Sie nur über

Bundespolitik reden. Es ist ganz offensichtlich, dass das sein Motto ist.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Bleiben Sie ganz entspannt! – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU) – Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Nun will ich ganz entspannt sagen: Nicht alles, was dort auf dem Weg zu richtigen Zielen erarbeitet worden ist, hat an der Basis der Sozialdemokraten große Begeisterung hervorgerufen. Nur, die Richtung stimmt, z. B. bei der Steuerpolitik. Wenn ich sehe, was diese Landesregierung, dieser Ministerpräsident heute verkünden, dann kann ich nur sagen: Sie haben nichts verstanden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Aber Sie!)

Wir lesen heute: Diese Regierung will,

(Zurufe von der CDU)

obwohl es um Landesgeld geht, eine Initiative starten, dass die Vermögensteuer generell nicht mehr möglich ist. – Meine Damen und Herren, da bleiben wir erst einmal ganz ruhig. Wir stellen fest, in der Bundespolitik ist in den letzten vier Jahren, fortgesetzt auch in dieser Koalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Faktor Arbeit entlastet worden.

(Zurufe von der CDU)

Auch die nächsten Stufen der Steuerreform: Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist beschlossene Sache.

(Zurufe von der CDU)

Bei all den Problemen in der Sozialversicherung – –

Präsident Klaus Peter Möller:

Entschuldigen Sie bitte, Herr Bökel. Jetzt wird es mir zu laut. Also bitte.

Gerhard Bökel (SPD):

Herr Reif, ich sage noch einmal: Ich bin froh, dass es Sie gibt, weil damit klar wird, alle Bevölkerungsgruppen sind im Parlament vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Bleiben wir doch einmal gelassen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie sind so mies und klein-kariert!)

Es ist doch völlig unbestritten, dass es bei der Einkommensteuer und bei der Lohnsteuer deutlich nach unten gegangen ist. Es ist doch völlig unbestritten, dass bei der Körperschaftsteuer die Unternehmen entlastet worden sind. Es kann doch nicht ernsthaft bestritten werden, dass auch der Mittelstand entlastet worden ist. Das Handwerk ist praktisch von der Gewerbesteuer befreit. Das lassen wir uns weder von Ihnen noch von Verbandsfunktionären wegreden. Das ist Ausgangslage.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wenn wir bei Rot-Grün in Berlin wollen, dass Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet werden,

(Heinrich Heidel (FDP): Brauchen wir einen anderen Bundeskanzler!)

und wir auf der anderen Seite wissen, der Staat braucht Geld für Investitionen in die Bildung, für Kommunalinvestitionen, für die innere Sicherheit, dann bleibt es bei dem Grundsatz, dass jeder nach seiner Leistungsfähigkeit dazu beitragen muss.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wenn Sie heute im Kabinett beschließen, Sie wollten der Vermögensteuer einen Riegel vorschieben, dann unterhalten wir uns darüber. Unser Grundsatz ist ganz einfach, weil es gerade auch um Länderinvestitionen geht: Wer wenig verdient, zahlt weniger Steuern. Wer mehr verdient, zahlt mehr Steuern. Wer Millionen auf der hohen Kante hat, muss seinen gerechten Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wir bleiben wiederum ganz bei der sachlichen Ausgangslage, bei der wir sind. Wir reden über die Privatisierung höchster Vermögen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sozialismus pur!)

– Wenn Sie die Tatsache, dass auch Millionäre ihren gesellschaftlichen Beitrag leisten müssen, als Sozialismus bezeichnen, dann sind wir alle gute Sozialisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Was sagt der gute Sozialist Schröder dazu?)

Aber das passt in die Diskussion um diesen Ministerpräsidenten und auch diesen Finanzminister. Ich lese heute in der Presseerklärung der Landesregierung Folgendes: Es sei alles unverantwortlich, wie das mit der Steuerquote sei, mit der Abgabenquote. – Sie sagen schlicht die Unwahrheit, meine Damen und Herren.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was sagen die Bürger?)

Herr Koch, man muss doch wirklich einmal die Fairness und die Kraft haben und Ihre eigene Presseerklärung kritisch hinterfragen. Diese Bundesrepublik Deutschland hat eine Steuerquote von 23 %. Wir liegen im guten europäischen Schnitt und noch darunter. Alles andere ist gelogen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich lebe mitten in der Bundesrepublik Deutschland. Ich bin in einem Land, in dem ich nicht bereit bin, zu akzeptieren, dass die Leistungskraft dieses Landes von Ihnen bewusst schlechtgeredet wird. Dieses lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Was steckt hinter den Attacken von Stoiber und Koch? Sie wollen den Beweis antreten, dass der Sozialstaat nicht funktioniert. Diesen Beweis wollen wir nicht. Wir wollen es genau umgekehrt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Deswegen wäre es angemessen, wenn Sie dazu beitragen würden, dass dieses unser Land nicht so, wie es Herr Koch tut, weiter heruntergeredet wird. Lügen helfen da nicht weiter.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Meine Damen und Herren, gestern habe ich in der Zeitung gelesen, dass Herr Stoiber gesagt hat:

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nur eine Blöketruppe da drüben!)

Ein Minister, der vor dem Parlament und der Öffentlichkeit die Unwahrheit sagt, muss zurücktreten. – Herr Koch, folgen Sie diesem Aufruf Ihres Kollegen aus Bayern. Er meint genau solche Menschen wie Sie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deswegen bleibe ich bei meiner These, dass wegen Ihrer miesen Bilanz

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Sie und dieser Ministerpräsident natürlich genau spüren – trotz anders lautender Umfragen, aber es kommt nicht auf die Umfragen, sondern auf die Ergebnisse an –,

(Lachen bei der CDU)

dass es eng wird. Ich kann nachvollziehen, dass Sie ablenken wollen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wenn sich dieser Ministerpräsident hinstellt und sagt, er werde diese Bundesregierung kontrollieren – einer, der seinen Laden von Bouffier bis Weimar so wenig im Griff hat, will Berlin kontrollieren –, dann ist das alles doch kaum zu glauben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ganz spannend wird es dann, wenn man sieht, dass dieser Ministerpräsident in den letzten Tagen

(Volker Hoff (CDU): An Ihrer Rede ist gar nichts spannend, immer die gleichen Sottisen!)

nicht nur mit bundespolitischen Themen ablenkt, sondern sich auch auf den Pfad der internationalen Politik begibt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Da können Sie nicht mitreden!)

Da lesen und hören wir, dass dieser Ministerpräsident Koch, vertieft in seine Papiere, sagt: Wir wollen nicht, dass die Türkei Vollmitglied der Europäischen Union wird.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, als ob das irgendein europäischer Politiker in den letzten Tagen gefordert hätte.

(Zuruf von der CDU: Giscard d'Estaing!)

Dieser Roland Koch meint nicht die Türkei, er meint die Türken, die hier in diesem Land wohnen. Deswegen muss darüber klar geredet werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, wer handelt wie Sie, der macht das, was wir seit Jahren beobachten: Sie spalten dieses Land und führen die Menschen nicht zusammen. Deswegen ist es unanständig, so über die Türkei zu reden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Helmut Peuser (CDU))

Absolut spannend wird es – da sieht man auch, wie sehr er unruhig ist –

(Lachen bei der CDU)

Dieser Ministerpräsident weiß – er weiß es viel besser als Sie –, wie knapp es ist und dass er vor dem Wechsel steht. Er muss dafür einiges tun. Das verstehe ich doch.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Deswegen lesen und hören wir, wie er nicht nur über die Türkei, sondern aktiv in diesem Landtagswahlkampf über den Irak redet.

(Clemens Reif (CDU): Sie bleiben doch in der Opposition!)

Herr Ministerpräsident, da wollen wir schon wissen: Haben wir das alles richtig verstanden, dass Sie für einen Präventivschlag im Irak sind? – Ja oder nein, da gibt es keine Zwischenlösung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Kriegstreiber!)

Beantworten Sie uns diese Frage, das wollen die Wählerinnen und Wähler in Hessen vor der Landtagswahl wissen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Da ist auch unsere Haltung völlig klar. Wenn Sie diese Diskussion suchen, bekommen Sie unsere Antwort sehr klar geschildert.

(Unruhe bei der CDU)

Wir kennen unsere internationalen Verpflichtungen, wir wissen, was wir an Verpflichtungen haben, aber wir sagen: Mit den Sozialdemokraten wird es keine Soldaten im Irak geben. – Ich sage auch: Natürlich wollen die Hessen Freunde und Partner der Vereinigten Staaten bleiben, aber wir sind keine Befehlsempfänger des George W. Bush.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Deswegen stellen wir fest: Dieser Nachtragsetat ist ein Spiegelbild dieser unseriösen, nicht in die Zukunft gerichteten, windigen und wirren Finanz- und insgesamt auch Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Wir stellen fest, er ist ein Spiegelbild dafür, dass diese Landesregierung vom Arbeitsmarkt, über die Wirtschaftspolitik, Energiepolitik, Stichwort: Atompolitik,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

keinerlei Perspektiven aufzeigt, und deswegen sage ich Ihnen: Wir werden gut gelaunt die letzten Wochen nutzen, um die Mängel dieser Regierung aufzuzeigen, aufzuzeigen, dass Sie keine Perspektiven haben.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf der Abg. Heike Hofmann (SPD): Hören Sie mal auf, dazwischenzurufen!)

Wir sind auch bereit, offensiv die Berliner Politik mit in den Wahlkampf einzubringen. Wenn Sie Internationales

thematisieren wollen, dann sind wir dabei. Bis zum 2. Februar, dann sind wir erfolgreich.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Das war es schon!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

(Unruhe bei der CDU – Volker Hoff (CDU): Ich bin für die Unvermögensteuer!)

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Bökel, morgen wird in der Zeitung stehen, dass der Oppositionsführer und der Ministerpräsident sich ein wahlkampforientiertes Rededuell geliefert haben – wie vor drei Wochen und wie vielleicht nächste Woche noch einmal.

(Volker Hoff (CDU): Das wird immer schlechter!)

Tun Sie mir doch einmal den Gefallen: Es hat doch keinen Sinn, wenn wir alle drei Wochen die gleichen Reden halten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Schauen Sie, das machen wir beide doch jeder noch dreißig-, vierzig- oder fünfzigmal im Januar vor so vielen Menschen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die Bilanz Ihrer Regierung bleibt so, das wird sich nicht verändern! – Zuruf des Abg. Heinrich Haupt (SPD))

Der Respekt vor dem Hessischen Landtag gebietet doch eigentlich, dass wir etwas zu sagen haben, was neu ist, wenn wir hier im Parlament diskutieren, und nicht die Wahlkampfreden halten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Das macht in Teilen dann auch die Antwort so schwierig – Sie sind Oppositionsführer, Sie haben einen Anspruch auf eine Antwort.

(Petra Fuhrmann (SPD): Dass Sie sprachlos sind, wundert mich bei dem Haushaltsentwurf nicht!)

Sie bekommen die Antworten auch. Das beginnt dann auch schon damit, dass Sie sagen, es sei schlimm, dass der Ministerpräsident sich so viel mit der Bundespolitik beschäftigt, und dann landen Sie im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt beim Irak-Krieg.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn damit angefangen?)

– Ich habe nichts dagegen, dass Sie es diskutieren. Ich habe nur etwas gegen diese Attitüde, sich in den ersten drei Minuten der Rede diesem Land besorgt zuzuwenden und dann bundespolitische Themen anzusprechen mit dem Vorwurf, ich würde über Bundespolitik diskutieren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie machen das doch! – Heinrich Haupt (SPD): Sie haben es doch aufgegriffen!)

Sie brauchen sich ja nur zu entscheiden, was Sie machen. Sie kriegen auf jede gewünschte Frage eine Antwort, aber nicht mit der Attitüde, der eine habe das andere.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen wollen wir es doch bitte etwas der Reihe nach machen, auch in meiner Antwort. Wir beginnen mit der Frage der Finanzpolitik dieses Landes.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wird es spannend!)

– Ja, Herr Kollege Al-Wazir, da ist überhaupt kein Problem, bei dem wir die Absicht haben, uns zu verstecken. – Herr Kollege Bökel hat gesagt: Was ist das für ein Zustand, dass jetzt ein Haushaltsplan beschlossen wird, der, bevor er vollzogen wird – selbst wenn es ein Nachtragshaushalt ist, aber Sie haben Recht, es ist keine nachträgliche Buchung, sondern ein Haushaltsbeschluss –, mit einer Verschuldung einhergeht, die nur durch eine besondere wirtschaftliche Lage mit unserer Verfassung in Einklang zu bringen ist?

Herr Kollege Bökel, was macht denn Ihr Vorgänger als Landesvorsitzender Hans Eichel? Wer hat denn als Erster im Bundeskabinett die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beschlossen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eichel ist schuld, von Plottnitz ist schuld, nur Koch nicht! Das sind doch alles Phrasen!)

Ist dieses gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht überall gestört, nur nicht in Hessen? Wie denken Sie denn, dass wir in Hessen – ob Sie oder ich Ministerpräsident sind – Politik machen können, indem wir die Grenzen wieder befestigen und versuchen, uns von der unsinnigen Politik Berlins völlig abzukoppeln? Wir sind, wie heute Morgen wieder festgestellt, besser als jeder andere in der Bundesrepublik Deutschland. Aber wir sind keine Insel, deswegen kümmere ich mich auch um Bundespolitik. Wenn es in Berlin nicht besser wird, haben auch wir Probleme.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sind wir denn besser? Sind wir bei der Finanzpolitik besser? – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Die Auseinandersetzungen, die wir hier führen, haben etwas miteinander zu tun. Wenn Sie ganz konkret in die Steuerpolitik dieser Tage hineingehen: Es hat über mindestens ein Jahrzehnt keinen schärferen Angriff auf den Finanzplatz Frankfurt und seine Leistungsfähigkeit gegeben als in der Art und Weise, wie im Augenblick die Solidität der Finanzpolitik, der Steuerpolitik und der Ordnungspolitik der Bundesrepublik Deutschland zerstört wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen Sie denn mit Ihrem Finanzminister?)

Schauen Sie sich doch bitte einmal an, was das mit unserem Haushalt zu tun hat. Zwischen dem Jahr 1995 und dem Jahr 2001 ist der Banken- und Finanzdienstleistungsbereich – das brauchen wir uns gegenseitig nicht vorzumachen, da ist Kollege Klemm genauso verantwortlich wie heute Herr Posch – um 65 % in seiner wirtschaftlichen Leistung am Standort Frankfurt gestiegen. Das ist ein wesentlicher Teil des Wohlstands, den wir auch zum Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland beitragen.

Wenn Sie sich anschauen, was im Augenblick geschieht, wie ein Gesetz einmal so nebenbei mit einem Nebensatz gemacht wird, das sämtliche Fondsanlagen aus Deutschland heraustreiben wird: Das ist ein Irrwitz von Besteuerung, da kommt keine Mark mehr heraus. Es ist nur 100 Millionen teurer, dies alles abzuwickeln. Wenn Sie anschauen, was man den Anlegern in den letzten Wochen an verschiedensten Vorschlägen zur Besteuerung von jeder Form von Anlage zugemutet hat: Da ist noch keine D-Mark Steuer erhoben, aber alle sind vertrieben.

Wenn Sie sich einmal anschauen, wie ausländische Institute sich im Moment die Hände reiben, weil die Geschäfte nicht mehr in Frankfurt abgewickelt werden, sondern in London und Zürich: Das ist Bundespolitik mit ganz, ganz unmittelbaren Auswirkungen auf Lebensmöglichkeiten, auf Arbeitsplätze, auf Haushaltsentwicklung und auf Bildung in diesem Bundesland. Darum werden wir streiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb bleibt es dabei: Wir haben bei allen zusätzlichen Aktivitäten – auch im Bereich der Bildung – dafür gesorgt, dass Kinder in diesem Land jetzt den Unterricht haben, der ihnen zusteht, damit nicht, wie Sie das ein Jahrzehnt lang verwaltet haben, dieser Unterricht ausgefallen ist, wenn es spannend wurde: 100.000 Stunden in der Woche.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lothar Quanz (SPD): Sie reden auch immer dasselbe!)

– Ja, Herr Quanz, wer jede Woche die gleichen Fragen stellt, der bekommt jede Woche die gleichen Antworten. Das ist nun einmal so, das ist nicht anders lösbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Herr Kollege Bökel, deshalb ist der Haushalt Jahr für Jahr exakt in den Vorgaben gestiegen, wie das die Bund-Länder-Finanzkommission festgelegt hat.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Interessanterweise hat das auch noch niemand von Ihnen bestritten.

(Reinhard Kahl (SPD): Aber selbstverständlich!)

Deshalb ist die Situation auch nach wie vor so, dass wir im Rahmen dessen, was man sich bei einer normalen, moderaten wirtschaftlichen Entwicklung, bei vernünftigen Finanzen vorstellen kann, kein Problem haben. Sie haben aber ein Gesetz gemacht – und das war wieder Ihr Vorgänger als SPD-Landesvorsitzender in Hessen und mein Amtsvorgänger als Ministerpräsident –, das die Absicht hat, zu erreichen, dass sich die Unternehmensbesteuerung halbiert. Das haben wir geteilt, darüber gibt es keinen Streit. Dann aber kommt dazu, dass wir im Jahr 2000 2,5 Milliarden € an Körperschaftsteuer einnehmen, bis zum Ende des Jahres 2002 aber 2 Milliarden € Körperschaftsteuer an die großen Unternehmen ausgezahlt haben werden, also 4,5 Millionen € oder in alter Rechnung 9 Milliarden DM Liquiditätsveränderungen aus Einnahmen der Wirtschaftskraft des Landes Hessen haben – und das nur, weil Sie ein so dämliches Gesetz gemacht haben, dass am Ende kein großes Unternehmen in diesem Land mehr Geld bezahlt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

So jemand kann doch als Sozialdemokrat nicht allen Ernstes mit Anstand hierher kommen und Krokodilsträ-

nen darüber vergießen, dass wir genau das Gleiche machen müssen, was der Bundesfinanzminister tut,

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

nämlich zugeben, dass, wer von den großen Unternehmen in Deutschland gar keine Steuern mehr verlangt, den Staatshaushalt nicht angemessen finanzieren kann. Verehrter Herr Kollege Bökel, dabei hilft die Vermögensteuer gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wer seine Hausaufgaben nicht ordentlich gemacht hat, wer nicht dafür sorgt, dass jeder seinen Teil zur Finanzierung dieses Staates beiträgt, wer als Sozialdemokrat stattdessen versehentlich – das ist ja das Irrsinnige – die großen Unternehmen in Deutschland steuerfrei stellt, der hat das Recht verloren, hier über die finanzielle Situation zu lamentieren.

(Lebhafter Beifall und Zurufe von der CDU und der FDP)

Verehrter Herr Kollege Bökel, wer schon immer die gleichen Fragen stellt, der sollte wenigstens aus seiner Sicht jeweils die gleichen Antworten geben.

(Lothar Quanz (SPD): Halten Sie die gleiche Rede bei der VhU auch?)

– Herr Quanz, Ihr Einwurf ist so gut, dass ich darauf antworte. Er hat mich gefragt: Halten Sie diese Rede bei der VhU auch? – Ja, selbstverständlich. Ich bin nicht Gerhard Schröder, ich halte vor jeder Versammlung die gleiche Rede.

(Lebhafter Beifall und Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Kollege Bökel, dann schaue ich mir an, was wir mit dem Geld gemacht haben – unter Berücksichtigung dessen, was in der Finanzplanung vorgesehen war.

Als wesentlichsten Ausgabenblock haben wir zusätzlich Bildung finanziert. Jetzt sagen Sie: Dass ihr das gemacht habt, ist unverantwortliches Schuldenmachen. – Gut, das kann man sagen. Dann aber verstehe ich nicht, was Sie am 09.12. im „Focus“-Interview gesagt haben. Denn da steht etwas von der kostenlosen Vorschule und vom wohnortnahen Ganztagsunterricht, und dann fragt der „Focus“ etwas vorsichtig, ob das denn mit Ihren finanzpolitischen Zielsetzungen übereinstimme. Darauf sagt Herr Bökel:

Hier geht es um Zukunftsinvestitionen, die wir nicht von der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig machen dürfen. Die gesellschaftlichen Folgekosten eines Verzichts wären höher als die Summen, die wir dafür bereitstellen wollen. Ich werde kein Datum nennen, wann wir einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

(Gerhard Bökel (SPD): Richtig!)

– Ja, Herr Kollege Bökel, das ist richtig, das ist korrekt. Auch wenn ich die Ziele, die bildungspolitischen Schwerpunkte anders setze, so habe ich doch Ihren Satz nicht zu bestreiten. Dann aber hören Sie mit dem Gerede hier auf – wenn Sie in Ihrem eigenen Programm selbst das Gegenteil davon tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was hat das für einen Sinn, Bürgerinnen und Bürger in der öffentlichen Diskussion permanent im Kreis zu jagen?

Auf der einen Seite kündigen Sie neue große Schulinvestitionen an, die Hunderte von Millionen € kosten. Auf der anderen Seite machen Sie eine Bundespolitik, die in den letzten Jahren erst die Steuerausfälle herbeigeführt hat. Und an einer dritten Stelle wollen Sie die Regierung vorführen, indem Sie behaupten, sie habe etwas für Bildung ausgegeben und dadurch Schulden gemacht. Das versteht kein Mensch. Herr Bökel, das versteht auch bei Ihnen kein Mensch. Vielleicht sollte man – wenn man Umfrageergebnisse ändern will – nicht wie der Irrende im Wald pfeifen und immer die Leute im Kreis jagen, sondern endlich einmal substanzvoll sagen, was man machen will. Das bleiben Sie nämlich in diesem Land schuldig.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nach wie vor würde sich der Streit ja lohnen. Das, worüber wir in der Bildungspolitik zu streiten haben, ist doch gut. Sie sagen, das, was wir in den vergangenen vier Jahren in den Schulen gemacht haben, sei – und das halten Sie für einen Vorwurf – Auslese. Damit meinen Sie, wir hätten Kindern andere Zukunftschancen zugewiesen, als sie ihnen persönlich zustünden.

Das ist ein Punkt, über den sich streiten lässt und über den mehr als zwei Jahrzehnte lang in Hessen gestritten worden ist. Hierbei müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, was in diesen zwei Jahrzehnten dabei herausgekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was ist denn das Ergebnis von PISA? Wenn ein bayerisches Migrantenkind – ohne die in Deutschland geborene Bevölkerung mitzuzählen – genauso viel Kenntnisse hat wie der Durchschnitt aller hessischen Schülerinnen und Schüler, inklusive der Migrantenkinder – und was noch schlimmer ist, aber Gott sei Dank uns nicht betrifft: am Ende genauso viel Kenntnisse hat wie das deutsche Kind in Bremen, ohne die Migrantenkinder einzurechnen –, dann lässt sich die Frage stellen: War denn die Schulpolitik, die Sie in den letzten Jahren gemacht haben, wirklich erfolgreich? Ihre Schulpolitik mit sieben Jahren unter Holzapfel und einem Dreivierteljahr unter Karin Wolff stand doch auf dem Prüfstand, als der PISA-Test geschrieben wurde. Können Sie denn wirklich sagen, wir wollen dahin zurück? Gibt es denn bei Ihnen keine Chance, einmal mit darüber nachzudenken, ob es vielleicht daran gelegen hat, dass Sie zu lange ignoriert haben, dass alle Kinder unterschiedliche Fähigkeiten haben?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gibts doch gar nicht! – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Könnte es vielleicht sein, dass Ihnen das entgangen ist? Herr Bökel, dort war Ihre Rede heute verräterisch: Sie haben die Tatsache, dass es eine Hauptschule gibt, immer als einen Makel empfunden und haben versucht, sie in die Schmutzlecke zu stellen, sie nicht mehr selbst zu besuchen, nicht mehr darüber zu reden und kein Geld mehr hineinzustecken. Sie haben geglaubt, damit gehe sie weg. Das war den Kindern gegenüber unfair, die in einer Hauptschule sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Heute gehen Sie her – Stichwort: Hansenberg – und schieben eine Schule für höchstleistungsfähige Schülerinnen und Schüler als etwas Unsoziales in die Ecke, obwohl es dafür keine materielle Auslese gibt: als etwas, das man

nicht haben dürfe – nur, weil es andere Kinder ausgrenze, die nicht über diese Leistungsfähigkeit verfügen.

Ich sage Ihnen, das ist unfair gegenüber diesen hochleistungsfähigen Kindern, die es in dieser Gesellschaft gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nach unseren Vorstellungen – aber wenn Sie eine andere haben, lassen Sie uns darüber streiten – gibt es nicht den Durchschnittsschüler, den man in der Schule unterrichten kann, sondern es gibt Hunderttausende von Kindern mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die man nicht in einem Lehrplan erfassen kann. Für die braucht man unterschiedliche Lehrpläne.

(Lothar Quanz (SPD): Drei!)

Es gibt Hunderttausende von Kindern mit unterschiedlichen Interessen in verschiedenen Schwerpunkten, auch mit einer unterschiedlichen Leistungsfähigkeit und -bereitschaft. Es gibt die Überflieger auch schon mit 14, 15 – nicht zu Zehntausenden, aber zu einigen Hundert. Und die brauchen wir. Die werden die wirtschaftliche, die gesellschaftliche, die kulturelle Entwicklung dieses Landes mit prägen.

(Zuruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Das ist gut so. Die haben ein Recht auf eine Ausbildung, die ihren Fähigkeiten entspricht – wie der Sonderschüler, der Hauptschüler, der Realschüler und der normale Gymnasiast, jeder an seiner Stelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werfen Ihnen vor, dass Sie doch das Problem auf allen Seiten ausgelöst haben. Gehen Sie heute einmal in die Sonderschulen unseres Landes. Dort treffen Sie unglaublich bewundernswert motivierte Lehrerinnen und Lehrer – bei dem, was die jenseits aller Regeln unserer 38-Stunden-Woche oder sonst etwas dort machen, was sie erreichen und erzielen.

Denen ist unter Ihnen jahrelang gesagt worden, sie seien ein Relikt aus einem vergangenen System. Wahre Integration könne es nur geben, wenn diese Sondersysteme aufgelöst werden und aller Unterricht in der Regelschule stattfindet, auch wenn es dort nicht mit der gleichen Intensität und Solidarität geschieht.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Ich weiß doch, wo Karin Wolff und ich am Anfang waren. Wir haben in den Sonderschulen und sogar in den Hauptschulen frustrierte Kollegien vorgefunden. Sie haben gesagt: Um uns kümmert sich niemand, weil wir nicht Durchschnittsstandard sind. Wir sind darunter; wir müssen angehoben werden. Da wir das nicht schaffen, sind wir unfähig. – Das sind sie nicht. Sie haben beste Arbeit geleistet. Sie werden jetzt wieder gefördert. Dafür streiten wir gerne.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Der Schulbesuch muss lange her sein! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Deiner noch länger!)

Wir werden in den nächsten Jahren Schritt für Schritt in diesem Land dafür sorgen, dass dies auch transparent wird, dass es, neben dem, was die Unterrichtsgarantie an formalen und quantitativen Voraussetzungen erbracht hat, auch ein qualitativer Unterschied wird. Ich lade Sie ein, über dieses Thema zu streiten.

Wir werden übrigens nicht mit Ihnen darüber streiten, ob es eine ganztägige Betreuung von Kindern geben wird.

(Zuruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Die wird es geben. Wir lassen Sie gerne damit allein, zu sagen: Es gibt wieder nur eine Form, nämlich nur unsere und keine andere.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das haben Sie mit dem Streit um integrierte Gesamtschulen vor 20 Jahren auch versucht. Immer mit dem Kopf durch die Wand – es geht so, wie die Sozialdemokraten es wollen, oder gar nicht. Wir haben es anders gemacht, auch bei den integrierten Gesamtschulen. Das können Sie nach vier Jahren beobachten. Es geht nicht mit dem Kopf durch die Wand. Herr Bökel, ich habe keine Lust, wieder auf den sozialdemokratischen Leim eines hessischen Schulwahlkampfes zu gehen. Wir machen das, was geht, pragmatisch, zu finanziell vertretbaren Bedingungen, zu pädagogisch vertretbaren Bedingungen, und zwar überall im Land, nicht nur in ein paar Musterschulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Lothar Quanz (SPD))

Das ist unser Konzept. Herr Bökel, sehen Sie, in dem Zusammenhang müssen Sie, wenn wir über Landespolitik sprechen, es ertragen, dass wir nicht ganz an Berlin vorbegehen können.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist leider so!)

Das ist für Sie ein bisschen schwierig. Ich kann mir vorstellen, dass Sie im Augenblick gern an Berlin vorbeigehen würden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Gleich nach Moskau!)

Das wird aber nicht funktionieren. Denn die Bürgerinnen und Bürger werden sich nicht nur daran erinnern, was bei der Bundestagswahl war, sondern sie werden gewärtig sein, was die Frage einer Bundesratsmehrheit mit Sachentscheidungen zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich nenne Ihnen jetzt nur ein Beispiel dieser Tage: Gesundheitspolitik. Nach meiner Einschätzung ist das eine der wichtigsten Auseinandersetzungen des nächsten Jahres. Was machen Sie eigentlich gerade? Sie sind Kommunalpolitiker gewesen. Wir brauchen uns nicht jeweils gegenseitig vorzuwerfen, dass wir nie im Leben etwas Richtiges gemacht haben. Ich tue das jedenfalls nicht bei Ihnen. Sie wissen als Landrat, wie man mit einem Krankenhaus umgeht. Sie wissen ganz genau, dass wir in einer Umstellungsphase sind. Manche Krankenhäuser fühlen sich schon fit, nach Fallpauschalen abzurechnen, andere nicht. Sie hatten ein Jahr lang Zeit zu prüfen, ob sie es sich zutrauen oder nicht. 40 % aller Krankenhäuser in Hessen – mehr als in jedem anderen Bundesland; darauf können wir wieder stolz sein – haben gesagt: „Wir trauen es uns zu“, andere nicht. Jetzt bekommen diese Krankenhäuser, die noch nicht so fit sind, per Gesetzesbeschluss – das können Sie durchsetzen;

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Allein!)

alleine – auf einmal die Entscheidung: Nullrunde. Gleichzeitig sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre mit aller Emphase gegen eine Nullrunde beim Gehaltsabschluss. 50 % der Kosten eines Krankenhauses, teilweise sogar 70 % – das kommt auf die Klinik an – sind

Personalkosten. Das heißt, diese Nullrunde gibt es im richtigen Leben nicht. Es gibt sie nur auf der Einnahmenseite. Das ist also eine Situation, wie wir sie im Augenblick im Landeshaushalt wegen der Bundesregierung erleben. Das sollen nämlich einmal alle Krankenkassen spüren können.

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wo soll das eigentlich hinführen? Herr Bökel, welche Antwort geben Sie denjenigen, die auch kommunalpolitische Verantwortung von Ihnen fordern, denen das Wasser – finanziell – Oberkante Unterlippe im Kreishaushalt steht, die im nächsten Jahr nur zwei oder drei Möglichkeiten haben? Die erste Möglichkeit ist, Leute in den Krankenhäusern entlassen, die zweite ist, das Krankenhaus zu schließen oder Abteilungen davon, und die dritte Möglichkeit ist, das Defizit aus dem Kreishaushalt über Steuergelder zu finanzieren. Es gibt keine vierte. Das wissen Sie. Man kann darüber diskutieren, ob in drei Jahren eine andere Möglichkeit besteht, wenn man eine Strukturreform macht. Sie wissen, in den nächsten zwölf Monaten gibt es keine. Das weiß jeder Ihrer sozialdemokratischen Kollegen. Sie beschließen in dem Gesetz, dass Sie Zwangsrabatte auf Arzneimittel, in verschiedenen Stufen, dem Apotheker, dem Großhandel und der Industrie geben.

Im Vermittlungsausschuss darf man nichts sagen. Das habe ich vorher und nachher gesagt, deshalb darf ich es auch jetzt sagen: Die Mittelstufe, die Händler von Arzneimitteln, sollen nach dem Gesetz quantifiziert 600 Millionen € Einsparbeitrag durch Rabatte erbringen. Völlig unbestritten durch die Bundesregierung und alle anderen haben sie im letzten Jahr aber nur einen Gewinn vor Steuern – alle zusammen – in Höhe von 230 Millionen € gemacht.

(Heiterkeit bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da ist ein Delta! – Zuruf von der CDU: PISA!)

Verehrter Herr Kollege Bökel, das ist Ihre Berliner Regierung. Was soll denn Sinnvolles herauskommen, wenn ich einer Unternehmung das Dreifache ihres Jahresgewinnes als Rabatt abnehme?

(Heiterkeit bei der CDU – Nicola Beer (FDP): Pleiten!)

Wo ist der intellektuelle Sinn der Veranstaltung? Sie kommen nicht als Notsanierer, unter dem Gesichtspunkt: Wir kommen in eine völlig neue Landschaft, sind völlig erstaut und müssen jetzt schnell etwas machen. – Sie regieren doch schon ein paar Jahre. Ich bedauere das sehr, aber es ist so.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Es war sogar die gleiche Ministerin. Ich hatte gelegentlich vorher den Verdacht, sie sei vor der Wahl beschäftigt worden, das System ordentlich gegen die Wand zu fahren, damit man es anschließend richtig sanieren kann. Meine Damen und Herren, sie ist aber auch nach der Wahl noch im Amt. Sie macht weiter. Wo soll das hinführen? Glauben Sie allen Ernstes, dass man mit dem Selbstbewusstsein eine Landtagswahl gestalten kann?

(Lebhafter Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

– Jetzt kommt der Lautsprecher Clauss aus der letzten Reihe.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

– Herr Kollege Clauss, wir werden dafür sorgen, dass im Januar nicht nur Apotheker, Ärzte und Krankenhausmitarbeiter, sondern vor allem auch die Patientinnen und Patienten in diesem Lande wissen, dass sie mitten in eine Zweiklassenmedizin hineingetrieben werden,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Gerhard Bökel (SPD): Das sagt der Richtige!)

in der der, der in der gesetzlichen Krankenversicherung ist, bewirtschaftete Medizin erhält, und nur noch der, der zusätzliches Geld hat, eine Chance hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Wort zum Haushalt! Kein Wort, wo das Geld herkommen soll! – Lebhaftige Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Ministerpräsident, nur ein Hinweis: Die Redezeit ist abgelaufen.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Danke. – Habe ich über den Finanzplan gesprochen? Habe ich über Einnahmen des Landes gesprochen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo soll es denn herkommen? – Zurufe der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Gerhard Bökel (SPD))

Herr Kollege Al-Wazir, wo waren Sie denn? Ich muss doch dem Kollegen Bökel fairerweise ein paar Antworten geben, wenn er nach fünf Minuten zum Haushalt über die bundespolitischen Rahmenbedingungen spricht. Ich habe auch unterstellt, er redet hier, weil er Antworten haben will. Ich weiß nicht, warum er hier sonst geredet hätte. Das würde ja sonst keinen Sinn machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Gerhard Bökel (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Armin Clauss (SPD): Sie haben in dem Haushalt Krankenhausmittel gerechnet, wo Sie zuständig sind!)

– Herr Clauss, früher hat Ihre Kraft von ganz hinten ausgereicht.

(Armin Clauss (SPD): Sagen Sie, was Sie mit den 45 Millionen Krankenhausmitteln machen! Ihr redet über den Haushalt! 45 Millionen Krankenhausmittel verschiebt der Staat! Kein Krankenträger in Hessen kriegt mehr die duale Finanzierung! – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Armin Clauss (SPD): Sie lenken schon wieder von Ihren eigenen Problemen ab!)

– Ich dosiere meine Worte, weil ich mir Sorgen mache. Ganz ruhig.

(Zurufe der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Norbert Schmitt (SPD))

Ich kann Ihnen das gerne beantworten.

(Armin Clauss (SPD): Fragen Sie Ihre Ministerin! – Norbert Schmitt (SPD): Wir sind alle fitter als Sie!)

Ich kann Ihnen deshalb sagen, dass kein einziger Antrag für Krankenhäuser, der gestellt worden ist und der in diesem Jahr finanziert werden muss, weil er zuteilungsfähig ist,

nach dem, was wir jetzt gemacht haben, den Kommunen vorenthalten wird.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Bausparvertrag! – Armin Clauss (SPD): Jetzt aber vorsichtig! Sie haben die Unwahrheit gesagt!)

– Ich habe gar nicht die Unwahrheit gesagt.

(Armin Clauss (SPD): Es ist ein Skandal, was Sie da machen!)

Wir haben mit den kommunalen Trägern darüber gesprochen. Bei Ihnen standen jeweils viele Millionen DM auf Konten, die nicht in Anspruch genommen worden sind. Das haben wir von Ihnen übernommen. – Wir werden keine Maßnahme dadurch unmöglich machen.

(Armin Clauss (SPD): 45 Millionen verschiebt ihr!)

Herr Clauss, in einer Zeit, in der uns der Kollege Bökel kritisiert, dass wir so viele Schulden machen, können wir doch nicht Geld auf einem Konto stehen lassen, das relativ geringe Zinsen bringt, und auf der anderen Seite Schulden machen.

(Armin Clauss (SPD): Das stimmt doch nicht, was Sie erzählen!)

Niemandem geht dadurch etwas verloren. Wir bleiben bei der Krankenhausfinanzierung, wie sie ist,

(Beifall bei der CDU und der FDP – Armin Clauss und Gerhard Bökel (SPD): Nein!)

aber das Geld wird in dem Jahr da sein, in dem es gebraucht wird.

(Armin Clauss (SPD): Fragen Sie Ihre Ministerin!)

– Dazu brauche ich meine Sozialministerin oder meinen Finanzminister nicht zu fragen. Das haben wir vorher besprochen.

(Heinrich Haupt (SPD): Märchen! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir sorgen dafür, dass periodengerecht finanziert wird. Es wird keine Mark an Krankenhausmitteln den Krankenhäusern am Ende nicht zur Verfügung gestellt. Aber sie werden in dem Haushaltsplan stehen, in dem sie auch ausgegeben werden können. Denn dort gehören sie hin. Deshalb wird es auch dabei bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zum Abschluss möchte ich – denn es hat, wie Herr Bökel es sieht, in der Tat etwas mit dem Haushaltsplan zu tun, nämlich mit der Einnahme – noch etwas zum Stichwort Vermögensteuer sagen.

(Zuruf des Abg. Heinrich Haupt (SPD))

Lieber Herr Kollege Bökel, es ist eine schwere Lage für Sie. Das sehe ich ein. Wir müssen im Landtag in dieser langen Sitzung noch darüber beschließen, ob Sie Sätzen zustimmen wie:

Die Vermögensteuer ist eine Substanzsteuer und sehr aufwendig zu erheben. Die Vermögensteuer auf Betriebe muss auf jeden Fall ausgeklammert bleiben. Über die Erhebung einer Vermögensteuer auf private Vermögenswerte lohnt es sich kaum zu reden. Die Vermögensteuer wurde aus guten Gründen abgeschafft. Dabei sollte es nach meiner Auffassung auch bleiben.

Dies alles sagt der SPD-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder. Sie wissen, dass wir nicht schrecklich oft einer Meinung sind. An der Stelle sehe ich das aber wie er, Herr Kollege Bökel.

(Manfred Schaub (SPD): Nicht schrecklich oft!)

Deshalb werden wir im Bundesrat einen Antrag mit stellen – das ist von Ihnen korrekt empfunden; das hat das Landeskabinett heute Morgen beschlossen –, mit dem wir dafür sorgen wollen, dass der bisher noch vorhandene Torso des Vermögensteuergesetzes – diese Steuer wird nicht mehr erhoben, weil das Bundesverfassungsgericht sie verboten hat – aufgehoben wird. Herr Gabriel – nicht aber Sie – wird im nächsten Bundesrat die Chance haben, sich zu überlegen, ob er diesem Antrag zustimmt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist eine klare Linie! – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er sagt noch immer nichts zum Nachtragshaushalt!)

Herr Kollege Schmitt, das hat aber zwei Konsequenzen. Eine der Konsequenzen ist, dass in dem Augenblick, in dem der Deutsche Bundestag das auch beschließt, der Bund von seiner konkurrierenden Gesetzgebung für die Vermögensteuer keinen Gebrauch mehr macht.

Deshalb lade ich Sie herzlich ein: Sagen Sie an jeder Stelle, dass Sie neben 47 Steuern auch noch die Vermögensteuer als 48. Steuer in Ihren Gesetzentwürfen stehen haben. Sagen Sie den Bürgern, dass zu dieser Kaskade von Steuererhöhungen auch die Vermögensteuer gehört.

Sagen Sie dann auch – mit Ihren Summen, mit Ihren Freibeträgen gerechnet – dem Handwerksmeister, der im Laufe seines Lebens drei oder vier Eigentumswohnungen erworben hat, die normalerweise in seiner Altersversorgungszeit mit 3 bis 4 % jährlicher Rendite auf den Verkehrswert verzinst werden, dass Sie ihm am Ende 25 % bis 50 % davon abnehmen werden. Sagen Sie ihm das. Tragen Sie es ihm vor. Hören Sie auf zu behaupten, es gebe lediglich irgendwo auf einer fernen Insel ein paar Millionäre, die davon betroffen seien, während es andere Leute nicht berühre.

Sagen Sie einem mittelständischen Unternehmer, der über ein gewisses Betriebsvermögen verfügt, weil er im Rhein-Main-Gebiet ein eigenes Grundstück besitzt und daher Gott sei Dank keine Schulden, sondern noch ein bisschen Eigenkapital hat, dass er mit 1 bis 2 % Verzinsung auf dieses Grundstück pro Jahr rechnen muss, da mehr einfach nicht geht. Sagen Sie ihm, dass Sie ihm in Zukunft 1 bis 2 % des Vermögens – der Substanz – in Form einer Betriebssteuer wegnehmen werden, obwohl Ihr Kanzler erklärt hat, die Vermögensteuer auf Betriebe müsse auf jeden Fall ausgeklammert bleiben. Reden Sie darüber an jeder Stelle.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wissen Sie, Sie können das machen. Ich werde meinem Kollegen Gabriel sagen, dass er die Vermögensteuer in Niedersachsen einführen soll, wenn er wieder gewählt wird. Ich dagegen verspreche den hessischen Bürgerinnen und Bürgern, dass ich sie nicht einführen werde, wenn ich wieder gewählt bin. Dann wollen wir einmal sehen, was passiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja echtes Zutrauen!)

Herr Kollege Bökel, egal wie Sie über Haushaltspläne denken und schimpfen, eines sage ich Ihnen: Die zusätzlichen Stellen bei den Grundbuchämtern der nordhessischen Amtsgerichte und die zusätzlichen Stellen bei den Handelsregistern der nordhessischen Amtsgerichte, die wir dann einrichten können, um die Wanderung von Südniedersachsen nach Nordhessen aufzufangen, werden wir mit Freude bestellen. Das ist das größte Wirtschaftsförderungsprogramm für Nordhessen, das man sich überhaupt vorstellen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich prophezeie Ihnen eines: Herr Gabriel wird das wahrscheinlich nicht mehr machen können, weil er nicht mehr im Amt ist; Christian Wulff wird dann Ministerpräsident sein. Aber Herr Steinbrück ist noch ein paar Tage im Amt. Herr Steinbrück wird das nicht machen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ja! – Norbert Schmitt (SPD): Unwürdig!)

Er hat nämlich keine Lust, den Wettbewerb mit Hessen zu verlieren, und er weiß, dass niemand in seinem Land bleiben wird, wenn die Steuer im Nachbarland nicht erhoben wird.

Jetzt muss man sich einmal eine Sekunde lang überlegen, wie bekloppt wir in Deutschland in Kenntnis unserer Nachbarländer rechts und links eigentlich sein müssen, auf Bundesebene etwas zu machen, was sich die einzelnen Länder nicht trauen einzuführen. Die Luxemburger, die Franzosen, die Niederländer, die Belgier, die Schweizer, die Österreicher ganz besonders, die Tschechen: Sie alle werden sich freuen, wenn wir einen solchen Blödsinn machen. Aber wegen der Arbeitsplätze, der Wirtschaftskraft und der Chancen dieses Landes werden wir das nicht tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hören Sie auf, über den bösen Bund oder so etwas zu reden. Sagen Sie den Bürgern: Ja, ich kann das alleine machen. Wenn ich, Gerhard Bökel, Ministerpräsident bin, kommt auch die 48. neue Steuer, nämlich die Vermögensteuer, in Hessen. – Werben Sie damit. Obwohl Sie darum gebeten haben, bin ich nicht bereit, Ihnen dafür Plakatflächen der CDU zur Verfügung zu stellen. Aber nehmen Sie jedes Stück Fläche, das Sie haben, und nehmen Sie dringend andere Plakate weg.

Herr Kollege Bökel, wenn da steht: „Was bringt Gerhard Bökel den Hessen? – Bezahlbaren Wohnraum“, dann kann ich nur sagen: Meine Damen und Herren, angesichts dessen, was Sie bei der Eigenheimförderung in Deutschland gerade machen, werden die Leute nicht mehr lachen, sondern es wird ihnen die Galle hochkommen, wenn sie das auf dem Plakat lesen und es dann mit dem, was sie haben, vergleichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Finanzfragen haben in der Tat etwas miteinander zu tun. Wir können unsere Eigenheimförderung wegwerfen, wenn Sie das machen, was dort steht. Die Bauindustrie in Hessen wird endgültig im Keller sein. Der einzige Teil der Bauindustrie in Hessen, der noch eine Chance auf Wachstum hatte – das ist die Analyse von heute Morgen –, ist derjenige, den wir mit öffentlichen Investitionen gefördert haben. Wo ist das passiert? – Zum überwiegenden Teil unter der Verantwortung von Dieter Posch im Straßen- und im Tiefbau.

Wenn wir diesen Betrag nicht aus den rot-grünen Tiefen herausgerissen und stattdessen in einer normalen

Größenordnung ausgezahlt hätten, d. h. wenn wir ihn also nicht fast verdreifacht hätten, wäre der Tiefbau in diesem Land auch noch kaputtgegangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über Wohnungsbau kann man sehr wohl reden. Aber die Sozialdemokraten haben nach den Debatten während der letzten sechs Wochen jeden Anspruch verloren, mit uns noch über Wohnungsbau in diesem Land zu diskutieren und zu streiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dieser Nachtragshaushalt gefällt niemanden.

(Norbert Schmitt (SPD): So ein Schwätzer! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das stimmt, mir auch nicht!)

Der gefällt niemandem. Wenn Sie einmal jemanden finden, dem er gefällt, müssen Sie ihn kritisch anschauen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mache ich ja gerade!)

Glauben Sie, wir machen gerne Schulden?

(Norbert Schmitt (SPD): Sie machen lieber Darlehen!)

– Ach, Herr Schmitt, wenn einem drei Jahre lang nichts anderes als diese Sprüche einfällt, ist das noch schlimmer als bei einem Fraktionsvorsitzenden, dem drei Sitzungen lang nichts anderes einfällt als immer dieselben Sprüche. Herr Schmitt, Sie müssen sich etwas Neues einfallen lassen, denn sonst werden die Wählerinnen und Wähler Sie nicht mögen. Ich glaube, für Sie gilt das in ganz besonderer Weise. Das sage ich nach all den Erlebnissen, die wir mit Ihnen gehabt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dieser Haushalt muss die finanziellen Auswirkungen der Bundespolitik, die wir zu verkraften haben, verbuchen. Er ist wegen der Rahmenbedingungen, die er für das setzt, was man in einem Land machen kann, ausgezeichnet vertretbar. Er ist nicht stärker gestiegen als andere Haushalte. Im Gegenteil, die Spitzenreiter sind woanders, nämlich eher nördlich von hier.

(Armin Clauss (SPD): Genau das ist falsch! „Wir haben kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem“!)

Wir sind verantwortlich damit umgegangen. Der Haushalt wäre bei einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung, ohne die besonderen Leistungen Hessens gut und in Ordnung. Wenn man die besonderen Leistungen Hessens berücksichtigt, ist er sogar jederzeit unproblematisch. Aber wenn die bundespolitischen Rahmenbedingungen dazu führen, dass wir zum Schlusslicht Europas, ja sogar zum Schlusslicht der modernen Welt geworden sind, was die Wirtschaft angeht, haben wir keine Chance, diese Entwicklung kurzfristig zu korrigieren.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie billig!)

Wenn wir die Einzigen wären, würde ich Ihren Streit ja verstehen. Aber wenn Sie sich die Herren Gabriel und Steinbrück sowie Ihren Kollegen Beck auf der anderen Seite des Rheins anschauen und erkennen, wie viel die im Augenblick finanzieren müssen und welche Lasten sie zu tragen haben, sollten Sie so viel Fähigkeit zur Selbstkritik entwickeln, dass Sie ein bisschen leiser über das, was Sie in Berlin selbst verursacht haben, reden.

Wir sagen Ihnen etwas anderes: Wir sind davon überzeugt, dass man das ändern kann. Wir sind davon überzeugt, dass es sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nicht lange werden gefallen lassen, dass sie durch Ihre Politik in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit geraten. Wir sind auch davon überzeugt, dass es keinen Grund für eine Politik der Hoffnungslosigkeit gibt.

Wenn wir die Fähigkeiten dieses Landes sich wieder entwickeln lassen; wenn wir einen beweglichen Arbeitsmarkt haben; wenn wir einen Investitionsmarkt haben, auf dem ausländische Investoren wieder ihren Platz finden, anstatt vertrieben zu werden; wenn wir in einer Krise nicht an der Steuerschraube weiterdrehen, sondern den Menschen die Luft zum Atmen lassen, damit sie neue Risiken eingehen; wenn unsere Politik sich dadurch auszeichnet, dass wir wissen, wohin wir wollen, und dass wir Entschlossenheit zeigen, anstatt inneren Streit zu haben; wenn wir eine Sozialdemokratie haben, die einigermaßen weiß, wo es langgeht – wenn auch als Opposition –, dann wird es diesem Land besser gehen. Dafür werden wir hier streiten. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Zur Geschäftslage: Den Oppositionsfraktionen stehen noch zusätzlich 13 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da kann Herr Bökel noch einmal 13 Minuten lang üben!)

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht sollte ich noch einen Augenblick warten, bis die Mitglieder der CDU-Fraktion ihren Exodus beendet haben.

(Zurufe von der CDU: Zur Sache bitte!)

Meine Damen und Herren, Sie haben die frohe Botschaft jetzt empfangen. Sie können damit jetzt in das Land hinauslaufen. Was der Ministerpräsident eben geboten hat, war nichts weiter als arrogante Polemik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das wurde von der Hälfte des Hauses unterstützt. Herr Ministerpräsident, wir sind das von Ihnen schon gewohnt. Zu Beginn Ihrer Rede sprachen Sie vom Respekt vor dem Landtag. In Wahrheit haben Sie den Plenarsaal als Probebühne für Ihre Wahlkampfauftritte missbraucht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Sehr viele Leute, die Ihrer Politik mit normalem Menschenverstand gegenübertraten, haben Sie damit nicht überzeugt. Sie haben damit nur diejenigen überzeugt, die Ihnen schon immer zugejubelt haben. Ich denke, das war aber nicht das, was Sie eigentlich beabsichtigen.

Hier ist die Debatte zur zweiten Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzentwurfs angesetzt. Vom Ministerpräsidenten haben wir zu dem Nachtragshaushalt so gut wie

gar nichts gehört. Vielmehr kamen wieder, wie es üblich ist, einige Äußerungen, in denen er sagte, dass alle anderen daran schuld seien und er der tollste Kerl sei, den es überhaupt gibt.

Trotzdem will ich versuchen, die Punkte aufzugreifen, die wenigstens etwas mit dem Nachtragshaushaltsgesetzentwurf zu tun hatten.

Erster Punkt. Herr Ministerpräsident, das wurde bereits während der ersten Lesung erörtert. Es ist und bleibt richtig, dass dieser Nachtragshaushaltsgesetzentwurf mit der Hessischen Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle hilft Ihnen auch der Hinweis auf den früheren Hessischen Ministerpräsidenten und jetzigen Bundesfinanzminister überhaupt nichts. Denn auch gerade Sie als Jurist sollten zur Kenntnis nehmen, dass im Bund und in den Ländern unterschiedliche Lagen durch die Verfassung gegeben sind. Das trifft gerade auch für Hessen zu. Insoweit kann man nicht alles über einen Kamm scheren.

Man könnte die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die auf Bundesebene ausgerufen worden ist, als Argument heranziehen. Man könnte dann sagen, dass man eine höhere Neuverschuldung haben will und die Mittel für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Darüber lässt sich aber streiten. Selbst wenn man so weit gehen wollte, muss man sich aber allemal noch an das halten, was das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgibt. Das heißt, die Mittel, die man sich dann über den Nachtragshaushalt beschafft, müssen dazu genutzt werden, irgendetwas gegen die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu unternehmen. Sie selbst aber haben eingeräumt, dass der Nachtragshaushalt überhaupt keine Elemente einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik oder auch nur einer aktiven Finanzpolitik enthält. Vielmehr stellt dies schlicht und einfach den Wechsel dar, den Sie querschreiben müssen, weil Sie über die Verhältnisse gelebt haben. Das wussten Sie vorher ganz genau.

„Hessen ist besser als alle anderen“, so klang es aus dem Mund des Ministerpräsidenten. Da kann man nur für eine Stelle zustimmen. Das betrifft allerdings nichts, wo Hessen besser ist. Wir hatten es Ihnen schon im Sommer dieses Jahres sehr deutlich gesagt. Schon damals war Hessen das Land, in dem die vorgesehene Finanzierung des Haushaltes durch Kredite am deutlichsten überschritten wurde. Bereits im Sommer 2002, also in der Mitte des Jahres, waren 150 % der vorgesehenen Finanzierung aufgelaufen. Unsere damals gestellte Forderung nach Vorlage eines Nachtragshaushaltsgesetzentwurfs wurde von Ihnen, wie wir es schon gewohnt sind, arrogant zurückgewiesen. Das zeigt doch, dass sich diese Landesregierung unter Leitung dieses Ministerpräsidenten überhaupt nicht darum bemüht, die hessischen Finanzen in Ordnung zu halten. Sie wollen das auch gar nicht. Sie haben zu einem Zeitpunkt, zu dem man noch hätte steuern können, in keiner Weise eingegriffen. Die Schuld wurde immer bei den anderen gesucht. Auf dem Weg wurde weitermarschiert. Denn Ihnen ist letzten Endes das, was in Hessen passiert, vollkommen egal. Das haben Sie mit Ihrer heutigen Rede einmal wieder überdeutlich bewiesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Clauss (SPD))

Es ist doch klar: Alle öffentlichen Haushalte haben zurzeit Finanzierungsprobleme. Das kann doch niemand bestreiten. Aber es gibt einen, der an der Spitze derjenigen steht, die sagen: Mehr öffentliche Einnahmen sind des Teufels. – Das ist dieser Ministerpräsident.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jeder Vorschlag, aber auch wirklich jeder Vorschlag, sich über die Einnahmen Gedanken zu machen, wird von ihm erst einmal abgelehnt. Herr Ministerpräsident, insofern stellt das, was von Ihnen zur Unternehmensbesteuerung gesagt wurde, allerhöchstens auch nur eine Teilwahrheit dar. Die Tatsache, dass die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer in den vergangenen Jahren und in diesem Jahr so eingebrochen sind, hat zunächst einmal nichts mit der Senkung des Steuersatzes zu tun. Es hat ausschließlich damit zu tun, dass in der Vergangenheit, in der im Wesentlichen Ihre Partei und Ihr hiesiger Koalitionspartner Verantwortung trugen, ein Modell für die Körperschaftsteuer erfunden und umgesetzt worden ist, das dazu geführt hat, dass die thesaurierten Gewinne der Unternehmen höher versteuert wurden. Das bedeutet, dass die Unternehmen letzten Endes zunächst einmal dem Staat Mittel quasi kreditiert haben, die sie jederzeit zurückholen konnten. Das heißt, es konnte keine stabilen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer geben. Denn die Reserven und damit die EK-45- oder EK-40-Konten konnten natürlich jederzeit aufgelöst werden. Das war früher so. Das ist natürlich nach dieser Reform, die diesen Unfug endlich abgeschafft hat, auch geschehen.

Wir wissen aber – durch die Zahlen wird das auch deutlich –, dass Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wieder fließen werden. Ich will damit aber nicht sagen, dass in der Tat noch die Notwendigkeit besteht, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man bei der Reform der Körperschaftsteuer nachkorrigieren kann. Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich hierhin stellen und das Thema aufgreifen, dann müssten Sie uns schon verdeutlichen, ob Sie für eine Mindestbesteuerung der Unternehmen sind oder nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zu tun, haben Sie tunlichst unterlassen. Denn es redet sich so gut im Allgemeinen. Herr Kollege Haselbach, darüber kann man gut reden. Das brauchen Sie dann auch nicht so ernst zu nehmen. Da kann man dann weiterhin schlafen. Denn der Ministerpräsident wird das schon machen. Denn es gibt keine konkrete Antwort auf die Frage, auf die man aber angesprochen werden könnte, wie denn die Krise der Finanzen des Staates durch Änderungen auf der Einnahmenseite bewältigt werden könnte. Dazu gibt es von ihm keine Antwort. Er erklärt dazu nur: Lasst mich nur machen, in ein paar Jahren wird es uns prima gehen. – In Hessen sehen wir es sehr deutlich. Nach knapp vier Jahren dieser Regierung geht es dem Land und insbesondere seinen finanziellen Handlungsmöglichkeiten nicht prima, sondern ganz hundsmiserabel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem wird auch noch das Thema Vermögensteuer angeführt. Das wird diese Woche sicherlich noch mehrfach angesprochen werden. Das gefällt Ihnen außerordentlich. Das Thema kommt also auch noch vor. Herr Ministerpräsident, ich kann mich noch an etliche Reden von Ihnen gut erinnern, in denen Sie deutlich machten, dass sich

Deutschland am hinteren Ende hinsichtlich der wirtschaftlichen Daten befinde.

(Frank Lortz (CDU): Ihr seid doch auch dagegen!)

So weit, so gut. Sie hätten dann heute aber ehrlicherweise auch sagen müssen, dass sich Deutschland im weltweiten Vergleich am hinteren Ende, um nicht zu sagen, auf dem letzten Platz hinsichtlich der Steuern auf Bestände, auf Vermögen und andere Dinge befindet. Da können Sie in die USA, auf andere europäische Staaten, oder wo immer Sie wollen, gucken. Dort werden Vermögenswerte selbstverständlich in höherem Umfang als bei uns besteuert. Bei Ihnen ist das aber offensichtlich heilig. Dazu kann man nur sagen: Das ist nichts anderes als eine Politik, die diejenigen nach Möglichkeit schützt, die hohe Privatvermögen haben. Das mag Ihre Klientel sein. Das sind aber auch Leute, die ihren Beitrag leisten müssen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sind die GRÜNEN jetzt für die Vermögenssteuer?)

– Herr Kollege Hahn, ich glaube, Sie verstehen davon gar nichts.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war jetzt nicht arrogant!)

– Ich bemühe mich, den Stil ein wenig nachzuvollziehen. Das wird mir nicht ganz gelingen. Herr Hahn, Sie werden uns jetzt gleich vorführen, wie man das macht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war jetzt freundschaftlich!)

In Ihrer Partei gelten mehr die Steuerhinterzieher als Experten als die, die sich um Zahlen bemühen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war jetzt oberplatt!)

Herr Ministerpräsident, ich komme noch einmal zu der Frage zurück. Wenn man die Debatte so anlegt, wie Sie es hier getan haben, dann wäre es schön, wenn Sie deutlich gemacht hätten, wie Sie die Einnahmen verbessern wollen. Ansonsten muss der Eindruck entstehen – das drängt sich einem geradezu auf –, dass die exponentiell wachsende Verschuldung offensichtlich ohne Ende betrieben werden soll.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Herr Kollege Lortz, auch in Froschhausen kann man erkennen, dass das, was wir in den letzten Jahren zusätzlich an Verschuldung hatten, mehr ist, als es in der Vergangenheit der Fall war. Sie haben mit jeder Art von faulen, gerade noch zulässigen und auch nicht mehr zulässigen Tricks versucht, das hinzukriegen. Sie hören damit jetzt auch nicht etwa auf. Vielmehr setzen Sie das fort. In den Änderungsanträgen, die Sie zum Haushaltsgesetzentwurf des Jahres 2003 eingebracht haben, zeigt sich dieses Bild erneut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist langweilig, echt langweilig!)

Herr Koch, vor diesem Hintergrund greifen Ihre Bemerkungen wirklich erheblich zu kurz. Als Beispiel möchte ich das nennen, was Sie an Problemen mit der Kostensteigerung im Gesundheitswesen genannt haben. Denn das Land Hessen nimmt in der Tat seine Verantwortung, die es auf diesem Sektor hat, überhaupt nicht wahr. Vielmehr hat es die Mittel gekürzt. Dabei wurde dann immer auf die anderen gezeigt. Es ist sicherlich richtig, dass da eine

schwierige Situation ist und dass sich schon mehrere Gesundheitsminister verschiedener politischer Couleur darum bemüht haben. Letztendlich hatten sie aber keinen Erfolg. Wir sind allemal bereit, darüber zu streiten, ob die Vorschläge, die nacheinander kommen, am Ende ein vernünftiges Gesamtpaket ergeben. Aber eines kann man nicht machen. Man kann, da objektiv ein Problem besteht, nicht all das, was diskutiert wird, in Bausch und Bogen ablehnen, wenn man selbst überhaupt nicht in der Lage ist, einen Vorschlag zur Lösung der Problematik zu machen. – Herr Kollege, nicht wahr?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Techniker Krankenkasse!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einbringung des Nachtragshaushalts – ich will ein Stück zu unserem eigentlichen Thema vordringen – ist noch nicht so lange her. In der ersten Lesung, in der es um die Grundsätze der Vorlage geht, haben wir uns mit dem Thema Verantwortungslosigkeit der Regierung und der sie tragenden Koalition aus CDU und CDUlein gegenüber den finanzwirtschaftlichen Notwendigkeiten und ihrer rücksichtslosen Ausplünderung des Landesvermögens befasst. Da eine solche Politik weder in der Sache zu begründen und erst gar nicht zu rechtfertigen ist, haben wir heute genau eine solche Rede wie die des Ministerpräsidenten gehört, in der er krampfhaft versucht hat, darum herumzukommen und über möglichst viele andere Themen zu reden, nicht aber über den hessischen Nachtragshaushalt.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Ich will es Ihnen nicht ersparen, wenigstens beispielhaft an einigen Punkten auf Dinge im Nachtragshaushalt einzugehen. Man kann natürlich sagen: Gegenüber der Welt-sicht von Roland Koch sind das alles Petitesse. – Das mag so sein, aber das ist einer der Vorwürfe, der Sie zu Recht trifft, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich um die Weltpolitik kümmern und darüber schwadronieren, statt sich hier um Ihre Aufgaben in der hessischen Landespolitik ernsthaft zu kümmern, die vielleicht nicht so spektakuläre Arbeit bedeuten. Sie sollten Ihr Haus in Ordnung halten oder zumindest ein Stück weit besser in Ordnung bringen, als es derzeit ist, statt sich hier mit dem Irak und Weiß-ich-nicht-alles zu befassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss angemerkt sein, dass man bei einem Nachtragshaushalt, der vielleicht Mitte Dezember verabschiedet wird, nicht ernsthaft etwas an der Finanzlage steuern kann. Das können nicht nur wir als Opposition nicht. Uns geben Sie sowieso keine Chance in Ihrer Verbohrtheit. Oppositionsanträge werden regelmäßig pauschal abgelehnt.

(Norbert Kartmann (CDU): War das bei Ihnen anders?)

Aber Sie müssen sich in der Koalition – die meisten wollen es nicht mehr hören; ich stelle fest, dass gerade noch sechs CDU-Abgeordnete außerhalb der Regierungsbank im Raum sind; das ist noch nicht einmal die Fraktionsstärke der FDP –

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

– Jetzt kommt noch einer hinzu, da werden es sieben. Ihr nähert euch unseren Werten an, Kollege Lortz. – Sie wollen es nicht mehr hören. Denn für sie ist es natürlich hochnotpeinlich, dass sie hier nur noch zum Abnicken kom-

men, ihr Nickerchen halten können und herumsitzen, weil am Ende das gemacht wird, was die Regierung vorgibt.

(Norbert Kartmann (CDU): War das bei Ihnen anders?)

Aber Sie können überhaupt nichts mehr beeinflussen. Da kann doch kommen, was will, Herr Kollege Kartmann. Am 15. Dezember kann man nach Kassenschluss beschließen, was man will. An den Realitäten ändert man nichts mehr. Das ist ganz offensichtlich das politische Verständnis der CDU in der Finanzpolitik: Was passiert, ist eh egal. Wir haben sowieso kein Geld dafür.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Detailbetrachtung des Nachtragshaushalts – immerhin haben wir viereinhalb Stunden im Haushaltsausschuss mit der kursorischen Lesung verbracht – konnten wir natürlich nur gegen hinhaltenden Widerstand, wie wir das üblicherweise erfahren, ein bisschen Licht in die Finsternis des Nachtragsentwurfs hineinbringen. Was stellten wir fest, Kollege Lortz? Es war Ihnen erkennbar auch höchst peinlich, dass es an vielen Stellen überhaupt nicht stimmig war: Widersprüche, Tricks, aber nirgendwo ein klarer finanzwirtschaftlicher Kurs.

Das beginnt beim Einzelplan 01, bei der Bauunterhaltung. Da ist so schön die Rede davon, dass, obwohl um 30 % gekürzt worden ist, 12 % der Friedensneubauwerte zugrunde liegen. Das ist ein minimales Beispiel: Vorher waren es 300.000 €, jetzt sind es 200.000 €. Beides bezieht sich angeblich auf 12 % der Friedensneubauwerte.

Das ist Unfug, und das weiß auch jeder. Trotzdem verantworten Sie, dass so ein Unfug geschrieben wird. Ich sage Ihnen: Wer es schon in solch politisch unbedeutenden Dingen nötig hat, solche dümmliche Camouflage zu betreiben, und nicht sagt, was Sache ist, der arbeitet nicht nur nicht korrekt, sondern der arbeitet offensichtlich vorsätzlich unkorrekt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es! – Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Meine Damen und Herren, solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltswirtschaft zu sein hat, ist das nicht, sondern sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös – Sie kennen diesen mittlerweile klassischen Kommentar zu Weimars Wirtschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Er erweist sich auch im Detail als voll zutreffend.

(Frank Lortz (CDU): Unverschämt!)

Die Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen. Ich werde Ihnen durchaus noch einige zumuten. Da ist ein Punkt, den man besonders hervorheben muss, weil er Ihnen, Herr Ministerpräsident, und auch dem Innenminister so besonders wichtig ist. Das ist das Thema innere Sicherheit. Wir erinnern uns noch sehr gut an die Ankündigungen, was mit dem Verfassungsschutz zu geschehen habe, wie man sich den Gefahren, die der Terrorismus heraufbeschwört, jetzt ganz dringend und mit großem Engagement widmen muss. Also gab es mehr Personal und mehr Sachmittel, die hoppladihopp in den Nachtragshaushalt 2001 und den Haushalt 2002 eingestellt wurden. Das geschah so hoppladihopp, dass man sich ein Stück weit verstolpert hat. Es war rechtlich höchst zweifelhaft und musste vom

Finanzminister korrigiert werden, um es wenigstens einigermaßen auf die Reihe zu bringen.

Jetzt schauen wir einmal in den vorliegenden Nachtrags Haushaltsentwurf. Was lesen wir? „Weniger aufgrund zeitverzögerter Auswirkungen der erhöhten Mittelbereitstellung“. Die Landesregierung rühmt sich also, für die innere Sicherheit Bahnbrechendes zu tun. Noch vor Ende des laufenden Jahres muss sie einräumen, dass sie in Wahrheit nichts getan hat, sondern abgewartet hat. Das nennt man dann die „zeitverzögerten Auswirkungen der erhöhten Mittelbereitstellung“. – Ob dies den internationalen Terrorismus in irgendeiner Weise beeindruckt, dürfte man doch eher in Zweifel ziehen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob das etwas hilft, was vorgesehen war, ist die andere Frage!)

Auf die Sache kommt es Ihnen auch überhaupt nicht an. Worauf es Ihnen ankommt, das ist, so zu tun, als ob. Der Werbeeffect und die Darstellung nach außen sind Ihnen das einzig Wichtige. Das genau ist der Vorwurf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Beim Thema innere Sicherheit wären als Beispiel gleichermaßen die Personalkosten anzuführen. Immerhin wird die globale Minderausgabe für Personal im Einzelplan 03, beim Innenminister, um 36 % erhöht. Da kann es nicht so viel sein; denn Personalkosten, die Sie einsparen – zumindest ist das meine Feststellung –, steigern gewiss nicht die innere Sicherheit. Stattdessen schieben die Polizeibeamten Überstunden noch und nöcher vor sich her, aber das spielt keine Rolle. Hauptsache, Personalkosten werden eingespart – nein, Hauptsache, man tut so. Und solange es Ihnen abgenommen wird, muss man real auch nicht dafür geradestehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir schon bei den Personalkosten sind, dann müssen wir auch einen Blick auf den Einzelplan 04 werfen. Dort gucken wir auf die Ausgaben für die Versorgung. Wir erinnern uns auch noch. Es ist jetzt schon eineinhalb Jahre her. Im Sommer 2000 lief eine besondere Aktion der Kultusministerin: motivierende Beschleunigung und erleichterte Bedingungen für Lehrerinnen und Lehrer, in den vorzeitigen Ruhestand zu kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst Gutachten von Kinderärzten waren dabei ausreichend, um die Stellen frei zu bekommen. Zumindest konnte man das so in der Presse nachlesen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommt die Quittung: 31 Millionen € mehr an Pensionsausgaben nur im Bereich des Kultusministeriums, als Sie Anfang des Jahres kalkuliert haben. Ich sage dazu: So, wie ich das einschätze, ist diese Summe immer noch zu niedrig. Sie werden am Ende des Jahres bei der Jahresabrechnung ein Minus haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie ruinieren dieses Land!)

Das ist absichtlich die Folge Ihrer Politik: Erst propagiert man etwas, dann hat man kein Geld dafür. Dann muss man sich im Nachtragshaushalt quälen, um ein bisschen etwas hinzutun, und sagt dann, die finanziellen Probleme des Landes würden in Berlin gemacht. Meine sehr verehr-

ten Damen und Herren, ich weiß nicht, wem sie das erzählen wollen. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger werden Ihnen das auf jeden Fall nicht abnehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Weil wir gerade beim Thema „Großartig etwas propagieren, hinten kommt nichts heraus“ sind, gucken wir in den Einzelplan 08 der Sozialministerin. Wir hören vom Ministerpräsidenten über alle Kabinettsmitglieder und alle Koalitionsmitglieder, das bürgerschaftliche Engagement sei Ihnen ein besonderer Augapfel und besonders wichtig. Immerhin können wir feststellen, dass im Einzelplan 08 in Kap. 08 02 – ich sage Ihnen das so genau, damit Sie es nachschlagen können – in der Titelgruppe mit der Bezeichnung „Bürgerengagement“ 85 % der veranschlagten Mittel im Nachtragshaushalt wieder gestrichen werden.

Meine Damen und Herren, Förderung von Qualifizierungs- und Koordinierungsaufgaben für bürgerschaftliche und ehrenamtliche Arbeit im sozialen Bereich ist Ihnen also noch nicht einmal den sechsten Teil dessen wert, was Sie ursprünglich hineingeschrieben haben, um mit dem Haushalt Propaganda zu machen. Die Menschen, die sich engagieren, erhalten in Wahrheit von Ihnen keine Unterstützung. Sie werden geradewegs so behandelt, wie es einst Götz von Berlichingen seinem Lehnsherrn anbot.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Bürgerschaftliches Engagement ist übrigens nicht das einzige Beispiel abschreckender Unehrllichkeit gerade im Sozialhaushalt, Herr Kollege Lortz. Auch in Kap. 08 21 gibt es eine Titelgruppe 72, die kräftig gekürzt wird, diesmal um 20 %. Dabei geht es um die Ausbildung von Altenpflegekräften.

Frau Lautenschläger stellt sich vor Kameras und Mikrofone und verkündet eine öffentliche Kampagne zur Werbung von Altenpflegekräften; denn die werden dringend gebraucht. Jawohl, sie werden dringend gebraucht. Aber dieselbe Ministerin verantwortet, dass der dazugehörige Etat um 20 % gekürzt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was halten Sie – ich meine die wenigen Kollegen aus der CDU- und der FDP-Fraktion – von der Politik einer Regierung, bei der Voodoo zum Alltagsvergnügen geworden ist, weil nichts, aber wirklich gar nichts von den Ankündigungen tatsächlich umgesetzt wird?

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Die Bürgerinnen und Bürger halten gewiss nichts von ihr. Aber weil wir gerade bei der Fantasiewelt sind, müssen wir auch noch über die Personalwirtschaft der Sozialministerin einige wenige Worte verlieren.

Das war ein besonderer Auftritt – Kollege Lortz stimmt mir zu –, den wir im Haushaltsausschuss erleben durften, wie ich Ihnen hier im Plenum mitteilen muss. Globale Minderausgaben im Personalbereich in Höhe von 8,9 Millionen € stehen im Haushalt. Dieser Betrag soll im Nachtragshaushalt um 3,2 Millionen € auf insgesamt 12,1 Millionen € erhöht werden. Diese Summe soll also bei den Personalkosten eingespart werden. Doch was ergibt das oppositionelle Nachbohren im Ausschuss letztendlich? Diese Zahl ist glatter Betrug.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerhöchstens 3 Millionen € dieser Einsparungen sind gesichert. 9,2 Millionen € lassen sich überhaupt nicht mehr einsparen. Schließlich sind die Dezembergehälter schon längst bezahlt. In einer Erläuterung wird verschämt darauf hingewiesen, dass die Einsparvorgabe „nicht in voller Höhe“ umgesetzt werden kann. Das Defizit soll danach im Wesentlichen durch Inanspruchnahme der erwirtschafteten allgemeinen Rücklage gedeckt werden.

Nur, meine Damen und Herren, von dem, was bereits an personellen Minderausgaben veranschlagt ist, ist allerhöchstens ein Drittel zu erwirtschaften. Zwei Drittel fallen schon zulasten der Rücklage weg. Trotzdem wird diese Summe um ein Drittel erhöht. Das ist haushaltsrechtlich nicht nur falsch, sondern das ist rechtswidrig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein massiver Verstoß gegen das Haushaltsrecht. Die elementaren Veranschlagungsgrundsätze sind verletzt, wenn eine Summe eingesetzt wird, von der man bereits sicher weiß, dass man sie nicht erreichen kann, weil die Daten das gar nicht hergeben. Der Herr Finanzminister hat das mit einer besonderen Art der Erziehung erklärt: Das Sozialministerium müsse unter Druck stehen, Personalkosten einzusparen. Nur, Herr Finanzminister, für diese Erziehungsmaßnahme gibt Ihnen das Haushaltsrecht überhaupt keinen Spielraum. „Haushaltswahrheit und -klarheit“ wäre das Gebot, sonst nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Beispiel will ich Ihnen doch noch bringen, nämlich den Einzelplan 15. Weil er eine so hohe Nummer hat, kommt er relativ selten dran und wird zumeist übergangen. Das schlimme Theater findet in der Tat bei den Theatern statt. Da ist der Haushaltsverstoß noch drastischer. Nicht nur im Nachtrag, sondern auch im kommenden Haushalt zeigt sich, dass bei den Theatern finanzielle Probleme entstehen. Doch bereits im Nachtrag – schauen Sie auf das Datum, heute ist der 10. Dezember – wird beim Staatstheater Kassel der Zuschuss der Stadt um 360.000 € heraufgesetzt. Das ist, auf den Landeshaushalt bezogen, keine Riesensumme. Wer aber die finanziellen Verhältnisse der Stadt Kassel einigermaßen kennt, der weiß, das ist für die schon ein mittlerer Schock.

Die Nachfrage ergab, in Kassel wisse man wohl davon, allerdings ist der Finanzminister sicher – das hat er im Haushaltsausschuss wörtlich erklärt –, dass die Stadt Kassel diesen Betrag in diesem Jahr nicht mehr zahlen können. Trotzdem wird er veranschlagt.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, nehmen Sie doch einmal die Landeshaushaltsordnung zur Hand und schlagen Sie § 11 nach. Dort stehen die Veranschlagungsgrundsätze, die Ausfluss des von der Verfassung vorgegebenen Jährlichkeitsprinzips des Haushalts sind. Da finden Sie das Fälligkeits- oder Kassenwirksamkeitsprinzip. Sie dürfen einen Betrag, von dem Sie wissen, dass Sie ihn im laufenden Jahr nicht mehr vereinnahmen werden, nicht in den Nachtragshaushalt einstellen. Sie tun es trotzdem, denn Vorschriften interessieren Sie nicht.

Der Finanzminister ist offensichtlich nicht bereit, auch nur irgendetwas dazuzulernen, denn im Einzelplan 17 haben wir schon seit mehreren Jahren – ich bin nicht ganz sicher, ob es die dritte oder vierte Runde ist – den Swing, dass bei den Einnahmen jedes Mal ein hoher dreistelliger Millionenbetrag für den Verkauf des Polizeipräsidiums Frankfurt steht. Wenn es einen Nachtragshaushalt gibt,

dann muss die Summe wieder herausgestrichen werden, wenn es keinen gibt, bleibt sie drin. Das ist umso schöner, dann kann man nämlich auf dieser Basis die Abrechnung machen.

Nur: Verkauft ist das Polizeipräsidium Frankfurt immer noch nicht. Es ist Anfang dieses Jahres erkennbar gewesen – das haben wir Ihnen von diesem Pult aus gesagt –, dass das nicht passieren wird. Trotzdem haben Sie den genannten Betrag eingestellt. Jetzt müssen Sie ihn wieder herausnehmen. So kann man aber mit dem Haushalt in der Tat nicht umgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist ein vorsätzlicher Verstoß gegen haushaltsrechtliche Bestimmungen, weil es Ihnen nicht zum ersten Mal passiert und weil wir es Ihnen schon oft genug gesagt haben.

Meine Damen und Herren, die Überlegung, so zu verfahren – eine Forderung, die nicht realisierbar ist, kommt trotzdem in den Haushalt –, entspringt normalerweise der Geisteshaltung von Wirtschaftskriminellen. Die leben von Luftnummern und Betrug. Die kommen dann auch vor Gericht. In der Sache sehe zumindest ich keinen Unterschied. Das Einzige, was den Unterschied macht, weshalb der Finanzminister davon nicht beeindruckt sein muss, ist, dass für einen Finanzminister das Aktiengesetz nicht gilt und er deshalb vom Staatsanwalt nicht verfolgt werden kann. Das ist ein Zustand, den man vielleicht ändern sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Fazit dieses Nachtragshaushalts. Jenseits der politisch blumigen, aggressiven Wahlkampfreden, die der Ministerpräsident gehalten hat, ist dieser Tagesordnungspunkt von der Koalition aus guten Gründen möglichst tief gehängt worden, denn in der Sache können Sie nichts Gutes über den Nachtragshaushaltsentwurf sagen. Wir haben es erlebt: Es werden Leute angegriffen, die mit dem hessischen Nachtragshaushalt nichts zu tun haben, und ansonsten wird die altbekannte Leier wiederholt, dass andere an der Situation schuld seien.

Sie von dieser Koalition wissen überhaupt nicht, was eine ernsthafte Haushaltskonsolidierung tatsächlich ist. Der dümmste und schädlichste Weg in der Finanzpolitik wird von Ihnen gegangen: Schuldenmacherei ohne Ende. Eine Landesregierung, die kein Geld mehr von den Banken bekommt, weil alle Kreditermächtigungen ausgeschöpft sind, weil die Kreditlinie erreicht ist, hat total abgewirtschaftet.

(Frank Lortz (CDU): Frechheit!)

Da nützt es auch nichts, wenn man hier einen Staatschauspieler antreten lässt, der über die politische Weltlage spricht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie brauchen ganz schnell frisches Geld, um Ihren maroden Laden über Ultimo zu retten, koste es, was es wolle. Dies und nichts anderes ist die Botschaft dieses Nachtragshaushaltsentwurfs. Dieser Tatsache müssen Sie sich stellen. Dazu fehlt Ihnen offensichtlich der Mut, selbst wenn Sie versuchen, hier viele starke Worte zu finden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Hahn, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da am heutigen Morgen in der Geschäftsführerbesprechung angekündigt worden ist, dass sich der Oppositionsführer und Spitzenkandidat der Sozialdemokraten in der zweiten Lesung des Nachtragshaushaltsentwurfs zu Wort melden würde, ist es die verdammte Pflicht der Fraktionsvorsitzendenkollegen, ebenfalls von dem gewohnten Ritual Abstand zu nehmen und in diese Debatte einzusteigen.

Herr Kollege Bökel, als ich heute Morgen hörte, dass Sie in die Debatte gehen werden, habe ich mich darauf gefreut, dass wir eine politische Auseinandersetzung bekommen, in der Gerhard Bökel endlich die Chance wahrnimmt, den Hessen, aber auch den politischen Mitbewerbern, deutlich zu machen, wie und mit welchen Inhalten er dieses Land in den nächsten fünf Jahren regieren möchte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so daneben, wie die Rede von Gerhard Bökel eben gewesen ist, war noch nie die Rede eines Oppositionsführers in diesem Landtag.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Einzige, Herr Kollege Bökel, was ich mir gemerkt habe – denn das war wirklich „beachtlich“ –, ist, dass Sie den Kollegen Clemens Reif angemacht haben, weil er ein erfolgreicher Unternehmer ist und in der letzten Zeit eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen hat.

(Widerspruch des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Verehrter Herr Kollege Bökel, wenn Sie derartige Neidgefühle haben, dass Sie es nicht einmal mehr merken, wie Sie mit dem Kollegen Reif umgegangen sind, dann macht das deutlich: Sie haben es nicht gelernt, Sie haben nicht die Fähigkeit, nicht den Charakter, Ministerpräsident des Landes Hessen zu werden. Deshalb werden Sie am 2. Februar verlieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ändern Sie doch einmal die Sprechblase! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In einer Diskussion um Charakterfragen wäre ich an Ihrer Stelle lieber vorsichtiger! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein Zitat voranstellen:

Sowohl der laufende Etat 2002 als auch der Entwurf 2003 sind solide gerechnet.

(Lachen des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es weder einen Anlass noch eindeutige Daten, die solche Sparpläne rechtfertigen würden. Von geplanten drastischen Einschnitten kann daher keine Rede sein.

Herr Kollege Kaufmann, das hat Bundesfinanzminister Hans Eichel am 20. September 2002 öffentlich verkündet. Das ist die Politik in diesem Lande. Dass dann auch noch der parlamentarische Geschäftsführer der GRÜNEN darüber lacht, weil er meinte, das sei eine Aussage, die von

dieser Landesregierung oder aus einer der sie tragenden Fraktionen stammen würde, macht deutlich: Sie haben den Kompass verloren, Herr Kollege Kaufmann.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nicht gelacht, weil ich das meinte, sondern weil Sie das auf die Landespolitik anwenden, die viel schlechter ist!)

Rot und Grün in diesem Land haben den Kompass verloren. Deshalb ist es gut, dass die Wählerinnen und Wähler am 2. Februar nicht nur die Chance haben, die erfolgreiche Regierung von Roland Koch und Ruth Wagner, von FDP und CDU zu bestätigen, sondern mit ihrer Entscheidung – sowohl hier in Hessen als auch in Niedersachsen – dieser unsäglich falschen Politik in Berlin auch kraftvoll auf die Beine zu helfen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Steigerung der Neuverschuldung ist hier dramatisch höher als in Berlin!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben jeglichen Kompass verloren, weil Sie vor der Bundestagswahl gelogen haben und jetzt aus dem Dschungel von Lug und Trug nicht mehr herauskommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie es überhaupt wagen, das hier auszusprechen!)

Verehrte Frau Kollegin Weitzel von den GRÜNEN, das war doch Ihr Parteifreund Oswald Metzger, immerhin in der letzten Periode Haushaltsexperte von Ihnen im Bundestag, der gesagt hat:

In einem Abwägungsprozess „Wollen wir weiter regieren?“ haben sich die SPD und die Bundesregierung und auch der Bundesfinanzminister fürs Weiterregieren entschieden und gegen die Ehrlichkeit.

Das hat nicht ein böser Liberaler, das hat nicht ein böser Konservativer gesagt. Das hat der ehemalige haushaltspolitische Sprecher der GRÜNEN-Bundestagsfraktion Oswald Metzger gesagt. Er hat Recht. Und weil er Recht hat, geht es Ihnen so schlecht, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von Sozialdemokraten und GRÜNEN.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo geht es uns denn schlecht?)

Lassen Sie noch ein paar Zitate auf sich einwirken. Walter Riester, immerhin hessischer Bürger und für die Hessen im Deutschen Bundestag,

(Gerhard Bökel (SPD): Nein, nicht mehr!)

sagte am 05.09.2002: „Der Herbst wird ein Konjunkturfriehling.“ – Schöner Frühling, kann ich da nur sagen. Vielleicht hat Riester sogar diesen Blödsinn selbst geglaubt. Er war so unbedarft, wie die Riesterreute verworren ist. Nicht zu glauben ist aber Hans Eichel, dem Bundesfinanzminister, der laut „Berliner Zeitung“ am 15.08., also fünf Wochen vor der Bundestagswahl, sagte: „Planungen für Steuererhöhungen gibt es nicht.“

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sind diese Planungen tatsächlich allesamt innerhalb von wenigen Tagen entstanden? – Nein, Eichel musste wissen, wie es um die Finanzen des Bundes stand, oder er hat sich bei der Übergabe der Kasse von Eichel an Eichel nach der Bundestagswahl selbst belogen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, die verfehlte Politik hat katastrophale Folgen für unser Land:

Erstens. Die EU-Kommission hat gegen Deutschland ein Verfahren wegen Überschreitens des Defizitkriteriums eingeleitet. Wir haben nicht einmal mehr einen blauen Brief bekommen, sondern wir haben gleich das Verfahren an die Mütze bekommen. Das ist die Folge verfehlter rot-grüner Politik in Berlin.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zweitens. Die Bundesregierung hat die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgerufen. Da stellt sich jetzt der famose Kollege Kaufmann hin – der jetzt, glaube ich, gerade nicht im Saale ist – und erklärt, das hätte mit Hessen nichts zu tun. Die Bundesregierung, der Bundesfinanzminister, der Hesse Hans Eichel hat die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausrufen müssen. Das hat es bisher wenig in der Geschichte unseres Landes gegeben.

Drittens. Auf breiter Front und mit täglich neuen Varianten werden die Steuern von der Bundesregierung weiter erhöht. In Sachen Vermögensteuer hält die Kakophonie an. Ich habe von dem Bundeskanzler gelernt, was das bedeutet. Es ist nichts Unanständiges, wie ich bisher immer gedacht habe. Die SPD ist sowohl als auch nicht dagegen wie dafür – Vermögensteuer: ja; Abschaffung der Vermögensteuer: ja.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meinen Sie, dass Sie eigentlich wählbar sind? Ihnen fehlt zweierlei. Ihnen fehlen der ordnungspolitische Kompass und der Realitätssinn. Der Kompass würde Ihnen zeigen, dass Wachstum nicht zu schaffen ist, wenn Substanz weggesteuert wird. Der Realitätssinn würde Ihnen sagen, dass die Vermögensteuer, selbst wenn sie gerechtfertigt wäre, nicht einmal ergiebig ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Werte Zwischenruferin Fleuren, das hat Ihnen der Bundeskanzler, der SPD-Parteivorsitzende, am letzten Mittwoch selbst gesagt. Damit es alle sozialdemokratischen Parteifreunde mitbekommen, hat er es sogar im Fernsehen gesagt – nicht im Deutschen Bundestag. Da hat er sich nicht getraut, etwas am selben Tag zu sagen, aber in einer ZDF-Sendung mit dem Namen „Was nun?“. Was hat er alles gesagt?

Vermögensteuer ist eine Substanzsteuer. Vermögensteuer ist sehr aufwendig zu erheben. Vermögensteuer auf Betriebe muss auf jeden Fall ausgeklammert bleiben. Eigentlich würde sich die Erhebung nur für private Vermögenswerte nicht lohnen.

Meine Damen und Herren, und er hat gesagt:

Die Vermögensteuer wurde aus guten Gründen abgeschafft. Und dabei sollte es auch meiner Auffassung nach bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, der Herr Bökel versucht krampfhaft, seine Plakate noch aufrechtzuerhalten. Herr Gabriel hat schon Probleme damit. Er ist ein armer Tropf. Zur selben Stunde, als er das Plakat in Hannover der staunenden Öffentlichkeit vorstellte, dass er für die Einführung der Vermögensteuer ist, sitzt sein Bundesvorsitzender Gerhard Schröder im Studio bei

„Was nun?“ und erklärt, dass die Vermögensteuer abzuschaffen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Gerhard Bökel, sparen Sie sich das Geld für das Plakatieren. Ich sage es anders als der Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende. Lassen Sie es sein, mit dieser Vermögensteuer noch zu kokettieren. Hier in Hessen wird es keine Vermögensteuer geben, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Da können Sie plakatieren und Neid produzieren, wie Sie wollen. Aus den vier Punkten, die ich vorgetragen habe, ist eindeutig zu entnehmen, dass die Bundesländer die Getriebenen sind, die eine Entwicklung zu lösen haben, die sie nicht verursacht haben und nicht aufhalten konnten.

Wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht des Gesamtstaates Bundesrepublik Deutschland gestört ist, dann ist es – mit Verlaub, Herr Kollege Kaufmann – purer Unsinn, zu bestreiten, dass dies auf Länderebene nicht gelten soll. Alles andere ließe sich weder ökonomisch noch rechtlich, noch nach der Hessischen Verfassung begründen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann zeigen Sie mir einmal die Stelle in der Hessischen Verfassung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, wie sonst beurteilen Sie es denn, dass sowohl Niedersachsen als auch Schleswig-Holstein, zwei Länder, die nun wahrlich noch nicht von CDU/FDP regiert sind, für sich die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ebenfalls bereits ausgerufen haben?

Wir sprechen heute über den Nachtragshaushalt für Hessen. Aber das Problem heißt nicht Hessen. Das Problem heißt Deutschland, hat einen Namen – Rot-Grün –, hat eine Person – Gerhard Schröder – und eine zweite – Joseph Fischer. Das ist unser Problem.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wer nicht glauben will, braucht nur den Nachweis des Landes Hessen über Ausgaben und Einnahmen an Steuern für den Zeitraum von Januar bis Oktober 2002 anzusehen und mit der Vorjahresperiode zu vergleichen. Wenn Sie es getan haben, werden Sie feststellen, die Gemeinschaftssteuern und die Landessteuern insgesamt liegen um 1,5 Milliarden € unter dem Vorjahresbetrag, bei einem Haushalt von ungefähr 20 Milliarden €.

Rückläufig sind die Lohnsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, die Zinsabschlagsteuer, die Einfuhrumsatzsteuer, die Erbschaftsteuer, die Grunderwerbsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer, die Lotteriesteuer, die Biersteuer. Ich könnte noch einige andere aufzählen.

Nein, dieser Herbst ist wahrlich kein Konjunkturfrühling, wie Ex-Arbeitsminister Walter Riester gesagt hat. Die Bundesregierung hat ihre eigenen Prognosen ständig nach unten korrigiert. Wie es aussieht, ist sogar die jüngste Schätzung, die ein reales Wachstum des Bruttosozialproduktes von 0,5 % voraussagt, noch immer geprahlt.

Jetzt möchte ich mit der Illusion aufräumen, der GRÜNE und Sozialdemokraten in den letzten Debatten immer hinterhergelaufen sind, nach dem Motto: Ihr habt mehr Geld im Sack gehabt, deshalb konntet ihr auch mehr ausgeben und seid jetzt daran schuld, dass wir in die hohe Verschuldung gehen.

Die Steuereinnahmen des Landes Hessen nach dem Länderfinanzausgleich werden in diesem Jahr voraussichtlich einen Betrag von 11,2 Milliarden € betragen. Sie liegen damit um 220 Millionen € unter dem Betrag von 1998. Das heißt, diese Regierungskoalition von FDP und CDU, diese Regierung von Roland Koch und Ruth Wagner haben in diesem Haushaltsjahr 220 Millionen € weniger zur Verfügung als im Jahre 1998. Daran können Sie erkennen, wie desaströs die Finanzpolitik und die Wirtschaftspolitik in Berlin sind und welche Auswirkungen sie auf unsere Länderhaushalte haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Wir haben das getan, was man im Rahmen von Minderausgaben tun kann. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Minderausgaben oder erhöhte Verschuldung. Wir haben bei dem Bereich Minderausgaben das getan, was wir tun konnten: eine vorsorgliche Ausgaben Sperre, Senkung der Personalausgaben, aufgestockte Senkung der Personalausgaben, Haushaltssperre, Haushaltsbewirtschaftung. Der Rest, dies ist leider der weit überragende Teil, muss über Mehreinnahmen aus Krediten finanziert werden.

Die Suppe, die uns Gerhard Schröder, Hans Eichel und Joseph Martin Fischer serviert haben, ist bitter. Auslöffeln müssen diese Suppe die Länder und die Kommunen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Bökel, Herr Kaufmann, was ist denn Ihr Gegenkonzept? – Es ist schon interessant in diesem Hause, dass die beiden Redner, die eben geredet haben, gegen die Usancen nicht mehr an der Debatte teilnehmen.

(Gerhard Bökel (SPD): Hier bin ich!)

Der eine unterschreibt Weihnachtskarten, der andere ist überhaupt nicht mehr im Saal. Man kann erkennen, Sie sind so konzeptionslos, dass Sie die Regeln dieses Hauses schon nicht mehr beachten, meine sehr verehrten Kollegen von Rot-Grün.

(Zuruf der Abg. Erika Fleuren (SPD) – Barbara Bergelt (SPD): Vielleicht liegt es an der Qualität des Beitrags!)

Ganz zu schweigen von dem Stil, den man untereinander doch noch pflegen sollte. Aber Sie sind auch deswegen draußen oder Sie sagen nichts mehr, weil Sie im letzten halben Jahr keinerlei Vorschläge mehr unterbreitet haben, wie es in Hessen aussehen soll. Wo sind denn Ihre Vorschläge zum Sparen, Herr Kollege Bökel, Herr Kollege Kaufmann, in den letzten Monaten gewesen? Wo waren denn die Anträge, weniger Lehrer einzustellen? Wo waren denn die Anträge, weniger Polizeibeamte einzustellen? Wo waren denn Ihre Anträge, weniger Polizeiautos und weniger Laptops für Polizeibeamte zur Verfügung zu stellen? – Ich habe nirgendwo einen entsprechenden Einsparvorschlag von den Sozialdemokraten und von den GRÜNEN in diesem Hause gesehen. Sie haben nämlich keine.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie reden viel dummes Zeug. Aber dass Sie sich auch nur ansatzweise daran beteiligen, wie dieses Land finanziell gestaltet wird – null, Fehlanzeige.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Einzige, was Ihnen noch einfällt, ist, dass Sie neue Steuern schaffen wollen, dass Sie weiter an der Steuerschraube drehen wollen – Vermögensteuer lässt grüßen. –

Das Bild von Herrn Bökel, der immer noch Weihnachtskarten unterschreibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Wir Liberale haben mit ganz, ganz großem Magenrücken im Ausschuss und in den Beratungen unsere Zustimmung zu diesem Nachtragshaushalt signalisiert und werden sie natürlich auch am heutigen Tage geben.

(Lachen des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist kein Glanzstück von Finanzpolitik, dass man die Verschuldensfrage derartig hochziehen muss. Aber wir standen vor der Alternative, ob im November Lehrer und Polizeibeamte entlassen werden,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

ob wir darangehen, Angestellten die Stunden zu reduzieren, oder ob wir in diesem Land weniger Straßen bauen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine gute Idee!)

Wir haben uns dafür entschieden, dass es in diesem Land so weitergehen soll, wie wir es am Anfang dieses Jahres geplant haben. Eines ist vollkommen klar: Sollte diese schlechte Bundespolitik von den GRÜNEN und den Sozialdemokraten in Berlin weiter greifen, d. h. negativ greifen, dann werden wir im nächsten Jahr drastische Einsparmaßnahmen vornehmen müssen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie wollen die Lehrer nach der Wahl entlassen, oder wie verstehe ich das?)

Herr Kollege Kaufmann, Sie können nur motzen und jamern, Sie können keinerlei Vorschläge unterbreiten, Sie haben sich aus dem Ideenwettbewerb für dieses Hessenland vollkommen verabschiedet. Das ist nicht schlecht für unser Land; aber dass das in der Bundespolitik genauso schlecht läuft, das ist katastrophal für unser Land.

An dieser Stelle halte ich noch einmal für die FDP-Fraktion fest: Wir haben in den letzten vier Jahren eine seriöse, eine wirtschaftlich fundierte und finanziell abgesicherte Politik gemacht. Wir haben begonnen, die dringendsten Probleme, die uns der rot-grüne Mehltau hinterlassen hat, aufzuräumen: von einer 100-prozentigen Abdeckung in der Schule über eine Dynamisierung der Wirtschaft, einer Deregulierung – weniger Staat ist unser Thema – bis hin zu einer Verbreiterung z. B. im Landesstraßenbau.

Meine Damen und Herren, wir treten deshalb auch voller Freude in den Wahlkampf und noch überzeugter nach dem 2. Februar wieder in eine Regierungsbildung mit dem Koalitionspartner, der CDU, ein. Wir wissen, und Sie kennen die Zahlen ja auch, dass die Menschen in diesem Land mit der Arbeit dieser Regierung, dieser Regierungskoalition von FDP und CDU, sehr zufrieden sind. Ganz im Gegensatz zu den Niedersachsen, die sind grottenunzufrieden mit der Regierung, die Herr Gabriel noch ein paar Tage zu verantworten hat.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das kann man verstehen! – Zuruf von der CDU: Sehr zu Recht!)

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Herrn Gabriel sagen wir: Wenn ihr in Niedersachsen unbedingt eine Vermögensteuer einführen wollt, dann werden wir euch schon die Grundlagen dafür schaffen. Wir werden in Hessen – jedenfalls bei einer Regierungsbeteiligung der FDP

– niemals die Vermögensteuer einführen. Wir werden uns freuen, wenn die Menschen, die die Vermögensteuer zahlen müssen – das sind ja nun wirklich nicht nur die, hinter denen Sie her sind, das war ja vorhin das Wort von Herrn Bökel zu Clemens Reif –, nach Hessen kommen. In unserem Land ist es schön: Ein Land der Mitte, hier lässt es sich gut leben, und man wird nicht von den Steuerfanatikern der Sozialdemokraten und der GRÜNEN verfolgt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage auch zu all den Menschen: Schaut her, Hessen schafft es dank dieser Regierung, sich jedenfalls ein bisschen von dieser schlechten Wirtschaftsentwicklung in unserem Land abzukoppeln. Ich finde es schön, ich finde, es ist ein guter Tag für dieses Land, wenn das Statistische Landesamt – das ja nun wahrlich nicht von einem Christdemokraten oder von einem FDP-Mann geführt wird – voraussagt, dass sich Hessen von dem wirtschaftlichen Negativwachstum abgekoppelt hat, auch im nächsten Jahr, dass wir aller Voraussicht nach 0,3 Punkte über dem liegen, was für die gesamte Bundesrepublik vorausgesagt wird.

Kommen Sie nach Hessen, meine sehr verehrten Damen und Herren aus den Ländern, in denen Sozialdemokraten die Vermögensteuer einführen wollen. Sie werden hier eine Heimat finden, in der es auch gilt, erfolgreich zu wirtschaften, und in der es Spaß macht, zu leben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden in ein Land kommen, in dem Ihnen nicht ein SPD-Fraktionsvorsitzender erklären kann – weil er hier nichts zu sagen hat –: Hören Sie auf, Konsum zu machen, kaufen Sie jetzt ja keine Weihnachtsgeschenke, sondern liefern Sie das Geld – so wie Herr Müntefering das gesagt hat – bitte schleunigst beim Staat ab.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Eine solche sozialistische Ungezogenheit, dachte ich bisher immer, würden Sozialdemokraten nur denken. Wie arrogant Müntefering ist, dass er dies jetzt auch schon sagt, macht deutlich, dass diese Genossen nun tatsächlich am Ende ihres Lateins sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unerträglich!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch gut so! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Kaufmann, erst sind Sie nicht da und verstoßen gegen jegliche Usancen in diesem Hause, und jetzt klatschen Sie dabei. Sind Sie eigentlich nach Ihren desaströsen Listenparteitagen, als Sie zweimal wählen mussten, und nach Ihrem Bundesparteitag jetzt so fertig, dass Sie nach solchen Mitteln greifen müssen?

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Andere Schallplatte, da lacht keiner mehr!)

– Also, ich verstehe das nicht, ihr wart bei der ersten Aufstellung rechtsstaatwidrig gewesen.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach alledem ist klar, dass dies ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2002 ist, der nicht den Schönheitspreis gewinnt, der aber aufgrund der wirtschaftlichen und finanziellen Situation der Bundesrepublik Deutschland dringend notwendig ist.

Zum Abschluss nenne ich Ihnen meine These: Roland Koch wird am 02.02. um 18.01 Uhr weiterhin für fünf Jahre Ministerpräsident des Landes Hessen sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ruth Wagner wird zum selben Zeitpunkt wissen, dass sie gemeinsam mit Roland Koch in den nächsten fünf Jahren stellvertretende Ministerpräsidentin ist.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bökel, was machen Sie eigentlich an diesem Abend?
– Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Kartmann, Fraktionsvorsitzender der CDU.

Norbert Kartmann (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem Herr Kollege Hahn das Wahlergebnis für den 2. Februar festgestellt hat, bleibt, wenn man es einmal genau nimmt, in dieser Nachtragshaushaltsdebatte eigentlich nichts mehr zu sagen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen versuche ich auch, es so kurz wie möglich zu machen. Die in jedem dritten Satz vorkommende, fast schon beschwörende Aussage von Herrn Bökel, dass er am 2. Februar abends Wahlsieger ist, ist für Hessen mehr eine Drohung als eine Hoffnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dies ist auch nicht nur eine persönliche Feststellung von mir, sondern man begegnet jetzt immer öfter Menschen, die das ebenso empfinden. Die Hessen haben nämlich einen großen Vorteil, sie können sehr genau zählen und abzählen, was von dieser Landesregierung und diesen Koalitionsfraktionen zu bilanzieren ist.

Sie können mittlerweile auch im Internet nachlesen, in welcher hohen Prozentzahl, weit über 90 %, die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP abgearbeitet und umgesetzt worden ist. Meine Damen und Herren, da ist die Überschrift erlaubt: Diese Landesregierung von Roland Koch und Ruth Wagner, mit CDU und FDP, ist in Hessen erfolgreich gewesen, und deswegen werden die Menschen diese Regierung wieder wählen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schulden in diesem Jahr: 150 % mehr!)

Unabhängig von der Tatsache, dass Herr Bökel und Herr Kaufmann hier permanent versuchen, diese Haushaltslage so zu verdrehen, als ob wir sozusagen Ursache des Dilemmas seien – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch Sie machen keine Schulden!)

– Die Menschen wissen es besser als Sie, Herr Kaufmann, die Bürgerinnen und Bürger spüren es auch eher, dass jeder Cent dieser Neuverschuldung auf das Konto von Herrn Eichel und Herrn Schröder geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dies muss man sehr deutlich hinzufügen. Meine Damen und Herren, das wissen die Leute auch.

Daher wäre es für Sie eigentlich besser gewesen, wir hätten keine Debatte über dieses Thema hier geführt. Denn mit jedem Satz, den Sie hier geäußert haben, haben Sie an dem Bewusstsein der Menschen draußen im Lande mehr oder weniger vorbei gesprochen, und am Ende werden Sie deswegen nicht gewählt werden.

Meine Damen und Herren, es gibt einige Hinweise und Aussagen, die mich nur zu dem Schluss kommen lassen: Herr Bökel, Sie haben über das falsche Land geredet. Welches Land, bitte schön, meinen Sie? Meinen Sie mit Ihrer Analyse wirklich die Bundesrepublik Deutschland oder Hessen? Das ist an der Sache völlig vorbei – unbeschadet der Tatsache, dass Sie teilweise wirklich Souveränität vermissen lassen. Herr Bökel, so, wie Sie hier reden und mit Menschen umgehen, wird man kein Ministerpräsident. Dafür muss man schon mehr bringen als nur dieses Gerede an dieser Stelle hier.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Um den Knüppel auszupacken, müssen Sie die zweite Reihe ran lassen. Sie haben hier relativ wenig Stil gezeigt.

Meine Damen und Herren, Herr Kaufmann hat gemeint – es gab einen solchen Zwischenruf –, wir hätten hier nur über Bundespolitik geredet. Meine Damen und Herren, wir müssen über Bundespolitik reden,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hessische Politik ist derartig katastrophal, da trauen Sie sich nicht!)

aus dem einfachen Grunde, weil es unmittelbare Auswirkungen der Bundespolitik auf unser Land Hessen gibt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Komisch, an allem Guten ist der Koch schuld, und an allem anderen die Bundespolitik!)

Das haben Sie noch nicht kapiert. Sie sind schon sehr lange im Landtag und wissen nicht, dass es diese offensichtlichen Zusammenhänge gibt. – Herr Kaufmann, ist sage es doch nur zu Ihnen, der Rest dieses Hauses weiß es doch. Nur Sie wissen es nicht. Die Bundespolitik ist unmittelbar zuständig für das Dilemma für die Finanzlage, die wir haben. Wenn Sie gute Bundespolitik gemacht hätten, wenn Sie wenigstens so viel Steuern eingetrieben hätten wie 1998, dann würden wir heute nicht über einen Nachtragshaushalt reden, nicht über eine Neuverschuldung, nicht über die Verfassungsgrenze – sondern wir hätten auskömmlich Geld, um das zu tun, was wir tun, und noch mehr dazu.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Insofern ist die Verantwortung klar. Daher ist diese Debatte eigentlich nicht weiter zu vertiefen. Meine Damen und Herren, die Fakten stehen. Deswegen ist das auch nicht die Probebühne für den Wahlkampf. Herr Kaufmann, das kann man jedem sagen, der hier antritt.

Was hat denn Herr Al-Wazir heute Mittag gemacht, als er auf Herrn Schill und das Gas in Moskau zu sprechen kam?

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Klamauk!)

Doch nichts weiter als sich hier zu produzieren – damit er auch einmal wieder in der Zeitung steht. Ansonsten wird er nicht bemerkt. Das war Missbrauch dieses Pults als Wahlkampf Bühne, denn es gab dafür keine Rechtfertigung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann kommen Sie hierher und sagen, Herr Bökel und Herr Koch machen an diesem Pult Wahlkampf. – Wo leben Sie eigentlich? Natürlich hat Herr Bökel hier Wahlkampf gemacht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur Herr Koch nicht?)

Natürlich hat Herr Koch Wahlkampf gemacht, so kurz vor den Wahlen. Natürlich mache ich hier Wahlkampf, das ist immer ein Teil davon. Tun wir doch nicht so, als wollten wir den Leuten Sand in die Augen streuen. Natürlich wird hier letztendlich auch mit Blick auf Wahlen geredet. Es ist doch eine Unsinnigkeit, uns in diesem Hause diesen Vorwurf zu machen. Es wäre besser gewesen, Sie hätten geschwiegen – ob Sie dann Philosoph geblieben wären, das weiß ich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das wollte ich einmal prinzipiell sagen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen feststellen, dass die Opposition in diesem Hause ein entscheidendes Problem hat: Sie nimmt einfach die Daten- und Faktenlage nicht zur Kenntnis. Wenn Sie die Daten- und Faktenlage zur Kenntnis nehmen würden – die objektiven Fakten, nicht die Fakten, die auf irgendwelchen Parteitagebeschlüssen beruhen –, dann würden Sie im Hinblick auf die Bilanz am Ende der ersten vier Jahre unserer Tätigkeit als Regierung zu der einfachen Feststellung kommen müssen, dass unwahrscheinlich viel gelaufen ist.

Wenn Sie ein bisschen in die Entwicklung der Wirtschaft hineinschauen würden, in unsere Arbeitsmarktzahlen, in die Arbeitslosenentwicklung, in die Arbeitsplatzentwicklung,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gucken wir doch einmal die Schulden an!)

dann könnten Sie sehen, dass wir in jedem Punkt besser sind als der Bundesdurchschnitt und besser als Schröder. Das ist ein Faktum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das haben wir doch nicht im Parteivorstand beschlossen, das ist nachlesbar.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schulden, Schulden, Schulden!)

Das kommt auch nicht vom Himmel, sondern es hat sich in Hessen etwas geändert gegenüber Ihrer Zeit. Weshalb sind wir denn wieder ein wachsender Technologiestandort? Weshalb werden wir denn Schritt für Schritt auch ein Medienstandort? – Doch deswegen, weil die Unternehmen zu uns kommen, weil sie zu uns Vertrauen gewonnen haben, weil wir ein gutes Klima erzeugt haben. Natürlich sind die in den letzten zehn Jahren wegen Rot-Grün weg-

gelaufen. Meine Damen und Herren, das sind doch alles Tatsachen, das beschreibe ich doch nicht ohne Grund.

Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Hessen hat sehr schnell ein neues Wirtschaftsklima bekommen und ist ein Standort für viele Unternehmer geworden, die hierher gekommen sind – nachdem sie vorher dieses Land gemieden haben und es auch meiden mussten, weil sie hier nur Schlechtigkeiten erlebt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, auf diese Weise kommen solche Ergebnisse in relativ kurzer Zeit zustande – wenn der Boden für die Wirtschaft in Hessen gut ist. Aber die Menschen müssen auch kommen, das ist doch klar. Insofern bitte ich einfach, zur Kenntnis zu nehmen: Wir stellen dies mit großer Genugtuung fest.

Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass die nächsten fünf Jahre dazukommen, dann wird sich dieses Land – das ist aufgrund der bisherigen Entwicklung voraussagen – in einem Ausmaß verbessert haben, wie das vor 1999 nicht abzusehen war. Das ist ganz eindeutig.

Es wird sich sogar vor dem Hintergrund verbessert haben, dass die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland schlecht ist. Das heißt, unter den Bedingungen, unter denen wir jetzt leben und arbeiten müssen, sind wir immer noch bei den Besten.

Das gilt übrigens auch beim Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Herr Bökel, tun Sie bitte nicht so, als seien wir eine Insel mit einer um 18 Prozentpunkte gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit. Nein, wir sind auch an dieser Stelle besser – trotz der schlechten Situation, die hier zu beschreiben ist. Auch bei den Jugendlichen haben die Hessen bessere Arbeitsmarktzahlen als andere Bundesländer in der Entwicklung der letzten Monate. Das muss man hinzufügen.

Es wird Ihnen nicht gelingen, an die Wand zu malen: In Hessen mit Koch und Wagner ist die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch. – Nein, im Vergleich stehen wir besser da als die meisten rot regierten Länder. Lieber Herr Bökel, das sollten Sie bitte zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es muss deutlich gemacht werden, dass gerade dieser Oppositionsführer und Spitzenkandidat der SPD in den Jahren seiner Regierungstätigkeit für einen Bereich von größter Sensibilität und größtem Misserfolg verantwortlich war – nämlich für die innere Sicherheit.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

Meine Damen und Herren, das wurde auch bei dem deutlich, was wir anpacken mussten, weil es nicht erledigt war.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

Das ist der entscheidende Punkt. Wir hätten viel weniger Geld für neue Polizeiwagen ausgeben müssen, wenn Sie sie kontinuierlich erneuert hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Meine Damen und Herren, wir hätten viel weniger ausgeben müssen, wenn Sie bei der Polizei das richtige EDV-System eingeführt hätten. Das sind alles Fakten. Wir machen das doch nicht nur, weil wir etwas Neues kaufen wollen.

Wir hätten nur die Hälfte der Autos kaufen müssen, wenn Sie rechtzeitig gehandelt hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Aber ich will gerne hinzufügen, da haben Rot und Grün – und das ist das Pärchen, das bei der inneren Sicherheit immer klamme Finger hat – schlichtweg versagt. Herr Bökel, dieses innenpolitische Versagen der rot-grünen Zeit trägt den Namen Gerhard Bökel – und sonst keinen einzigen Namen. Das muss sehr deutlich gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Bilanz, die wir schreiben können, ist auch deswegen gut, weil sie im Vergleich so eindeutig positiv für Volker Bouffier ausfällt – den Sie immer wieder anzuschwärzen versuchen, das ist natürlich klar. Wie auch beim letzten Mal sage ich: Wenn Sie merken, dass ein Minister gute Arbeit vorzeigt, versuchen Sie, ihn schlichtweg anzuschwärzen.

Meine Damen und Herren, das ist das Einzige, was Ihnen übrig geblieben ist: Diffamierungspotenziale in diesen Wahlkampf einzubringen. Wir erinnern uns sehr gut daran, dass es einmal den Herrn Clauss als Fraktionsvorsitzenden gab und dass er im Zusammenhang mit der damaligen Finanzaffäre der CDU Hessen über diesen Ministerpräsidenten gesagt hat: „Die Wutz erlegen wir noch.“

Deswegen sage ich, wenn Sie das einmal lesen, was die Hessen-SPD auf ihrer Internetseite bietet, wo Menschen mit dem zitiert werden, was sie über die Landesregierung denken – ob sie das selbst geschrieben haben oder nicht, das weiß ich nicht –: diese Ansammlung von Unverschämtheiten, Beleidigungen, Diffamierungen und Schlägen unter die Gürtellinie,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dann ist das ein Katalog der tiefsten Beleidigungen, die es gibt – und das alles im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Hessen. Das muss man einmal sagen.

(Armin Klein (CDU), zur SPD gewandt: Schämen Sie sich!)

Deswegen glaube ich, einmal feststellen zu dürfen: Je weniger Sie in der Sache Argumente haben, desto übler werden Ihre Wahlkampfmethoden. Lesen Sie das bitte,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

und fragen Sie sich selbst einmal, ob Sie nicht am Ende selbst zu dem Ergebnis kommen, dass sogar die Frage eines Wahltages in einem Land, bei dem es darum geht, wer Ministerpräsident wird, letztendlich nicht diesen Preis verdient, den Sie zu zahlen bereit sind –

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU))

und zwar für einen Erfolg, der sich gar nicht einstellen wird. Denn am Ende wird sich das gegen Sie wenden.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU))

Ich bin ganz schön entsetzt. Wenn der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sich larmoyant vor den Bundestag stellt und sich beleidigt fühlt, weil man ihn kritisiert hat oder weil man ihn in Bildern im „Stern“ oder was weiß ich wo angeht, dann kann ich nur sagen:

(Volker Hoff (CDU): Der Spaßkanzler!)

Er soll sich nach Hessen begeben, denn hier ist die Schule der Diffamierung. Meine Damen und Herren, Sie haben das alles erfunden, die Sozialdemokraten in Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das ist das Schlimme an der Sache.

Meine Damen und Herren, Schleierfahndung, Einsatz von Videokameras, Wachpolizei – ich will nur ein paar Stichworte nennen. Das sind alles Dinge, die bei Sozialdemokraten und GRÜNEN immer auf Widerstand gestoßen sind. Das heißt auch – richtig erkannt –, wenn es bei Rot-Grün geblieben wäre, hätten wir diese Instrumentarien mit Sicherheit nicht. Wenn wir sie nicht hätten, inklusive der neuen Ausstattung und der dadurch besseren Möglichkeiten der Polizei, hätten wir auch nicht den Erfolg beim Rückgang von Straftaten in Hessen und der Erhöhung der Aufklärungsquote. Das ist die Konsequenz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unwahr, wie Sie wissen! Der Rückgang war schon vorher da! Damit haben Sie gar nichts zu tun! Herr Kollege, Sie legen die Fakten falsch dar! Das nennt man normalerweise Lüge!)

– Was heißt eigentlich „unwahr“? Ich rede doch nicht über meine Meinung. Herr Kaufmann, ich rede über Fakten. Deswegen ist das völlig richtig, was ich sage.

Zur Bildungspolitik will ich nur ganz kurz einige Anmerkungen machen. Die bildungspolitische Landschaft in Hessen hat sich fundamental geändert, auch im Ansehen der Menschen. Das muss man hinzufügen. Denn klar ist, dass wir – diese Landesregierung und diese Koalition – durch das Tun der letzten Jahre, vor dem Hintergrund dessen, was Karin Wolff auch persönlich in der hessischen Schullandschaft herübergebracht hat, von den Menschen als diejenigen angesehen werden, die das Thema Schule am besten bewerkstelligen. Das ist ein riesiger Erfolg der Kultusministerin und dieser Landesregierung. Dazu gehören Zahlen, die man nennen kann. Dazu zählen Inhalte. Wenn ich Herrn Bökel hier höre, was er sich von Herrn Quanz oder anderen hat aufschreiben lassen, dann fühle ich mich in die Debatten der Siebzigerjahre zurückversetzt.

Meine Damen und Herren, die Frage, wie Kinder in der Schule beurteilt werden und welche Bildungswege die Kinder gehen, ist noch nie eine Frage der Auslese gewesen. Unter dem Begriff der Auslese subsumieren Sie, dass wir Leute in Schubladen stecken. Wenn wir unseren Kindern nicht die Bildung anbieten, die sie brauchen, und wenn wir sie nicht so fördern, wie sie in ihren Begabungen und Neigungen gefördert werden können, dann werden wir ihnen nicht gerecht werden. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Jeder, der Pädagogik studiert hat, weiß dies. Diejenigen, die von Pädagogen beraten werden, sollen sich auch wirklich beraten lassen. Die Frage von Begabungen, von Neigungen und Fähigkeiten ist die Grundlage der Förderung von Kindern in allen Altersstufen. Deswegen muss man versuchen, Unter- und Überforderungen so weit wie möglich zu vermeiden, damit Schüler den größtmöglichen Erfolg haben.

Deswegen ist die Aussage von Herrn Bökel – da spielt etwas anderes mit, wenn man das hört –, wir hätten die Zahl der Hauptschüler erhöht, wir hätten die Zahl derer erhöht, die nicht so viel können wie andere, völlig falsch und ein Stück diffamierend. Wir haben unterschiedliche Schulformen. Wir müssen den Kindern die Schulform an-

bieten, die für sie geeignet ist. Nur das machen wir. Das ist breiter Konsens im Land.

Meine Damen und Herren, wir sind auf dem besten Weg, die Gräben zuzuschütten, die durch den Ideologiestreit der Siebzigerjahre, die durch die Politik der Sozialdemokraten entstanden sind. Wir finden einen breiten Konsens. Eines Tages wird der Graben zugeschüttet sein, und die Sozialdemokraten haben es noch gar nicht gemerkt. Denn diese Bildungspolitik ist eine Politik, die man nicht mehr unter irgendwelche Überschriften stellen kann.

Wir tun das, was bei den Menschen an Bedarf vorhanden ist. Sie können sogar noch wählen, was sie wollen, siehe Ganztagsangebote. Was Sie bezüglich der Ganztagschule machen, halte ich für verwerflich, aus dem einfachen Grund, weil Sie den Leuten erzählen wollen, dass eine Ganztagschule die Probleme, die PISA im Leistungsstand der Kinder offenbart hat, lösen wird. Meine Damen und Herren, das ist völlig falsch. Nicht die Schulform – die Ganztagschule – ist am Ende dafür verantwortlich, sondern guter Unterricht, gut ausgebildete Lehrer, ausreichend Lehrer, gute Lehrpläne und gute Stundentafeln. Darum geht es. Deswegen ist die Politik, die wir machen, völlig richtig.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP) – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Überschriften sind richtig, Herr Kartmann! Das würde aber niemand bestreiten!)

Meine Damen und Herren, nur einige Stichpunkte. Die Inhalte stimmen selbstverständlich mit den Überschriften überein. Das ist der entscheidende Unterschied zu Ihnen, meine Damen und Herren, wobei ich noch weiß, dass die GRÜNEN bei der Bildungspolitik ein paar Stufen weiter sind als die Sozialdemokraten. Das ist in Ordnung so. Man kann über vieles gemeinsam reden. Ich habe damit keine Probleme.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein falsches Lob, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dessen, dass ein wesentlicher Teil der Aussagen von Herrn Bökel war, dass er Wahlsieger werden will und dass wir ein Kopf-an-Kopf-Rennen hätten: Wir sind auf der Suche nach entsprechenden Umfragen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Macht nur so weiter! – Zuruf des Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU))

Ich will etwas zitieren, was ich in der „Wetzlarer Neuen Zeitung“ gefunden habe bzw. worauf mich der Kollege Irmer hingewiesen hat. Es gibt einen Spendenbrief der Schatzmeisterin der SPD, Frau Pfaff.

(Zuruf von der CDU: Wo ist der Bökel?)

– Es ist egal. Der sitzt da hinten. Das ist in Ordnung so. Ich sehe ihn noch, das reicht. – Sie sagt den Leuten: Passt auf, gebt uns Geld. – Das ist in Ordnung, kein Problem. Dann schreibt sie wörtlich: „Die Meinungsforscher sagen uns voraus, dass wir auch jetzt wieder ein Kopf-an-Kopf-Rennen haben werden.“

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Dann schreibt der Journalist in der „Wetzlarer Neuen Zeitung“ wie folgt weiter:

Nun könnte man angesichts der aktuellen politischen Stimmung annehmen, Frau Pfaff deute hier

ein Mini-Rennen gegen die Grünen und die FDP an.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

– Entschuldigung, es ist nicht meine Meinung. Der Journalist schreibt dies hier.

Weit gefehlt. Die Dame meint tatsächlich die große CDU. Die Lösung: Die zitierte Umfrage ist vom November 2001. Das behält Frau Pfaff aber lieber für sich. Eine Halbwahrheit, eine Lüge gar? Nein, nur eine weitere Flucht in die gute alte Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP) – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Meine Damen und Herren, was daraus zu schließen ist, ist ganz klar. Momentan ist das Schönste an sozialdemokratischen Stammtischen die Erinnerung. Dabei soll es auch bleiben. Wir haben gute Arbeit geleistet, wir haben das Land nach vorne gebracht. Deswegen wird es in den nächsten fünf Jahren auch so weitergehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich beginne mit der Abstimmung. Zuerst lasse ich über die Einzelpläne abstimmen.

Ich rufe Einzelplan 01 auf. Wer stimmt dem Einzelplan 01 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Einzelplan wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 02. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 03. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen ebenfalls angenommen.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Einzelplan 04. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ebenfalls mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Einzelplan 05. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Einzelplan 06. Zustimmung? – Gegenstimmen? – CDU und FDP haben zugestimmt, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dagegen gestimmt.

Einzelplan 07. Zustimmung? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Einzelplan 08. Wer stimmt zu? – CDU, FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Einzelplan 09. Wer stimmt zu? – CDU, FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Einzelplan 10 muss ich nicht abstimmen.

Einzelplan 11. Wer stimmt hier zu? – CDU und FDP.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Aufruf, da keine Änderung! – Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

– Ich bin bei Einzelplan 11. Sie meinen Einzelplan 10, Herr Kollege Kaufmann. Den habe ich nicht aufgerufen. Ich bin bei Einzelplan 11 – Hessischer Rechnungshof –.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung! – Manfred Schaub (SPD): Da hat sie Recht! – Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Ich möchte um die Abstimmung bitten. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Der Einzelplan 11 wurde einstimmig angenommen.

Einzelplan 15. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 16. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Einzelplan wurde einstimmig angenommen.

Einzelplan 17. Zustimmung? – CDU und FDP. Dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Einzelplan 18. Wer stimmt dem zu? – CDU und FDP. Dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Einzelplan 19. CDU und FDP stimmen zu, dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dann lasse ich in zweiter Lesung über den gesamten Haushaltsgesetzentwurf, wie es vorgetragen war, abstimmen. Wer stimmt in zweiter Lesung zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Es wurde beantragt, den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuss zu überweisen. Wer stimmt dem zu? – CDU und FDP. Dagegen? – Er wird überwiesen. Hinsichtlich der Überweisung besteht Einigkeit.

(Manfred Schaub (SPD): Logisch! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir müssen die Änderungsanträge mit überweisen!)

Die Änderungsanträge werden selbstverständlich mit überwiesen. Der Haushaltsgesetzentwurf wird also mit den Änderungsanträgen an den Haushaltsausschuss überwiesen. Herrscht Einigkeit? – Dann ist auch das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein – Drucks. 15/4726 –

Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Wer wünscht das Wort?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Ministerin zur Einbringung, hoffe ich!)

– Frau Ministerin Wagner hat das Wort zur Einbringung des Gesetzentwurfs.

(Ministerin Ruth Wagner: Ich wusste das nicht!)

– Ich wusste das auch nicht, Frau Ministerin. Aber dann sind wir uns jetzt einig.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Chaos in der Landesregierung!)

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Präsidentin, dann ist das für uns beide eine Premiere. – Meine Damen und Herren! Das Land Rheinland-Pfalz strebte aufgrund einer außerordentlich angespannten Haushaltslage im Januar 2000 eine Änderung des Staatsvertrags vom 30. Juni 1987 an, vor allen Dingen auch wegen des stetigen Anstiegs der vertraglich gebundenen Haushaltsmittel für die Forschungsanstalt Geisenheim. Als Alternative gab es, wie ich Ihnen schon vorhin in der Fragestunde vorgetragen habe, nur eine völlige Kündigung des Staatsvertrages zum 01.01.2003.

In den Verhandlungen zwischen unserem Haus und dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz zeigte sich, dass das Land Rheinland-Pfalz weiterhin ein Interesse an diesem Staatsvertrag hat, weil es zwar für die Gebiete Landwirtschaft und Gartenbau ähnliche Einrichtungen gibt wie bei uns, die sich jedoch eher auf dem Niveau einer Fachschule befinden. Vor allen Dingen hat sich im Laufe der Gespräche die Erkenntnis durchgesetzt, dass gerade die Aufgaben der Forschungsanstalt, die ein sehr hohes Niveau hat und internationales Ansehen genießt, von beiden Ländern getragen werden sollen.

Wir haben uns dann auf einen geänderten Staatsvertrag verständigt, der am 27.11.2002 unterzeichnet wurde und Ihnen jetzt in erster Lesung vorliegt. Einige Änderungen will ich kurz nennen.

Erstens. Die finanzielle Beteiligung unseres Nachbarlands an der Forschungsanstalt wird neu geregelt. Der institutionelle Förderbetrag wird auf 1,1 Millionen € festgelegt. Das ist die Abstufung, die ich Ihnen vorhin vorgetragen habe. Darüber hinaus wird es eine Projektförderung mit einem Festbetrag von jährlich 200.000 € geben.

Zweitens. Es werden insgesamt im Staatsvertrag auch klarere Vertretungsregelungen für den Verwaltungsrat und die Gremien festgelegt.

Drittens. Vor einer Entscheidung des Verwaltungsrats über die Genehmigung des Forschungsprogramms ist in den vertragschließenden Ländern eine Abstimmung über die Forschungsschwerpunkte vorgesehen, um eine Doppelung der Forschungsvorhaben in den beiden Ländern zu vermeiden.

Viertens. Im Staatsvertrag werden klarstellende Vertretungsregelungen für die Mitglieder des Kuratoriums festgelegt.

Fünftens. Es werden die konkreten Finanzbeträge des Landes Rheinland-Pfalz für die einzelnen Jahre – das laufende Haushaltsjahr 2002/2003 rückwirkend – und die Steigerungsmodalitäten ab dem Haushaltsjahr 2006 festgelegt.

Der Vertrag soll rückwirkend zum 1. Januar 2002 in Kraft treten, weil die Rheinland-Pfälzer, wie ich Ihnen vorge-tragen habe, einen Doppelhaushalt haben, der für die Jahre 2002 und 2003 veranschlagt ist.

Ich habe Ihnen vorhin schon vorgetragen, dass mit dieser Novellierung bedauerlicherweise eine Reduzierung des Finanzierungsbeitrags des Landes Rheinland-Pfalz ge-genüber dem bisher geltenden Staatsvertrag eingetreten ist. Die Differenz beträgt 194.500 € im Jahr 2002, und sie wird immer größer, sodass ab 2004/2005 477.400 € – also fast 1 Million DM – weniger aus Rheinland-Pfalz zur Ver-fügung stehen als bisher.

Meine Damen und Herren, wie wir eben vor Augen ge-führt haben, ist unsere Haushaltslage so beschaffen, dass wir nicht für die Kürzungen des Landes Rheinland-Pfalz einspringen können. Wir haben immerhin erreicht – dafür bin ich dem Finanzministerium dankbar –, dass wir den hessischen Beitrag, also unseren Anteil, auf der gleichen Höhe belassen wie bisher und dass wir bestimmte Pro-jektmittel, die in neue Forschungsbereiche gehen, aus dem Innovationsfonds finanzieren können.

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie, diesem veränderten, gleichwohl der gemeinsamen Interessenlage der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz dienenden Staatsvertrag zuzustimmen. Es handelt sich um ein For-schungsinstitut, das in der Tat einen hohen nationalen, aber auch internationalen Rang hat. Wenn ausgezeichnete Winzer aus Baden-Württemberg – meine Freunde wissen, an wen ich denke – ihre Söhne nicht nach Weingarten, sondern nach Geisenheim schicken, ist das ein schönes Zeichen für Geisenheim. – Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Damit ist der Gesetzentwurf eingebracht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Hoffmann für die SPD-Fraktion.

Christel Hoffmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Minis-terin Wagner hat auf die nationale und die internationale Bedeutung sowie auf die hervorragende Forschung der Forschungsanstalt Geisenheim hingewiesen. Ich denke, das ist in Ordnung. Das rühmen wir gemeinsam.

Von daher bedauern wir aber auch die Änderung des Staatsvertrags. Die Zahlen sind während der Fragestunde schon genannt worden. Wichtig ist, dass die Forschungs-anstalt finanziell so gestellt wird, dass sie ihre Forschung und ihre Arbeit in allen Bereichen gut weiterführen kann. Weinbau, Getränketechnologie, Gartenbau und selbst Spargelforschung werden in Geisenheim betrieben, und zwar schon jetzt – ohne Rheinbrücke – auf der linksrhei-nischen Seite.

(Michael Denzin (FDP): Trotzdem brauchen wir die Rheinbrücke!)

Wenn wir uns den Wirtschaftsplan anschauen, können wir allerdings feststellen, dass die Landesregierung auf die Reduzierung der Beiträge aus Rheinland-Pfalz nicht adä-quat reagiert, denn im Wirtschaftsplan sind die Beträge für Verkaufserlöse erneut erhöht worden. Wenn man weiß, dass in Geisenheim verstärkt auf Weinbauforschung gesetzt wird – das wird dort getan; der größte Teil der Ver-

kaufserlöse stammt aus dem Weinbau –, begreift man auch, dass dort oft Produkte aus der Resistenzzüchtung und aus Versuchen entstehen, die nicht marktgängig sind.

Deshalb wäre es angemessen gewesen, bei den Verkaufser-lösen zumindest nicht diese hohen Beträge einzustellen, weil das die Forschungsanstalt vor ganz erhebliche Zwänge stellt, da sie diese Verkaufserlöse höchstwahrscheinlich gar nicht erzielen wird. Wir kritisieren also den Wirtschaftsplan, weil in ihm solch hohe Beträge für die Verkaufserlöse eingestellt sind.

Ein anderer Aspekt, der uns ebenfalls unangemessen er-scheint: Die Kündigung des Staatsvertrages geht zurück auf den Beginn dieses Jahres. Aber die Diskussion über dieses Thema findet ausgerechnet in der letzten Plenarsitzung vor dem Ende der Legislaturperiode statt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Denzin hat das Wort für die FDP-Fraktion.

Michael Denzin (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es klingt vielleicht ein bisschen ungewöhnlich, wenn man die Min-derung des Beitrags eines Partners hier als Erfolg dar-stellt. Aber es ist in der Tat ein Erfolg. Es ist ein Erfolg, der für die Leistungsfähigkeit der Forschungsanstalt selbst spricht, dass sich Rheinland-Pfalz, das bei den durchaus vergleichbaren eigenen staatlichen Lehr- und Versuchs-anstalten von 1.600 Stellen 600 abbaut, dennoch vertraglich verpflichtet, weiterhin jedes Jahr 1,1 Millionen € plus die Projektförderung in Höhe von 200.000 € nach Geisen-heim zu geben. Das spricht für die Forschungsanstalt. Ich glaube, es ist angebracht, der Forschungsanstalt für ihre Leistungen hier einmal unseren Dank und unsere Aner-kenkung auszusprechen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Verehrte Frau Ministerin, es spricht aber auch für die Ver-handler in den Ministerien. Auch ihnen vielen Dank, dass das geklappt hat. Es war in der Tat nicht einfach. Nicht zum ersten Mal ist nämlich infrage gestellt worden, ob Rheinland-Pfalz überhaupt in dem Vertrag bleibt.

Es ist noch nicht angesprochen worden, dass über den Grundbetrag hinaus, den die Anstalt natürlich braucht, auch die Projektfinanzierung durch den Bund besonders wichtig ist. Wenn Rheinland-Pfalz ausgestiegen wäre, hät-ten wir hier große Probleme bekommen. Vielleicht wäre eine Fortführung der Bundesförderung sogar ausge-schlossen gewesen.

Ich sehe, dass die Forschungsanstalt in der Lage ist, durch eine Konzentration und Straffung der Arbeit und durch Umstellung auf einen kaufmännischen Betrieb das eine oder andere aufzufangen. Herr Prof. Schaller hat das öf-fentlich auch so vorgetragen.

Frau Kollegin Hoffmann hat gesagt, sie sei hinsichtlich der Erlössituation skeptisch. Dazu kann ich nur sagen: Ge-rade bei der Weinvermarktung ist die Anstalt in den letz-ten Jahren neue Wege gegangen. Sie gehen an die Front. Sie öffnen sich. Ich bin eigentlich ganz guter Dinge, dass sie die selbst gesetzten Ziele auch erreichen werden. Ich glaube, wir sind in eine Etappe gegangen, von der wir sa-gen können, dass angesichts all der Investitionen, die das

Land gerade vornimmt – ich sage als Stichwort nur dazu: Laborgebäude –, die Zukunft der Forschungsanstalt Geisenheim gesichert erscheint.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sorge. Sie spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da weitgehend Einigkeit besteht, mache ich es ganz kurz. In der Sache besteht Einigkeit. Herr Kollege, richtig erfreulich finde ich die Sache aber nicht. Denn der Rückzug des Landes Rheinland-Pfalz bedeutet eine Kürzung der finanziellen Mittel, auch wenn die Sache in der Kooperation jetzt relativ gut vonstatten gegangen ist. Dafür muss ich beide Länder loben. Da keine Verpflichtung besteht, werden wir den Änderungen leider notgedrungen zustimmen müssen. Natürlich wäre es aber schön gewesen, wenn Rheinland-Pfalz in bisheriger Höhe weiterhin finanziert hätte oder wenn Hessen das hätte auffangen können. Da kann ich auch nur loben. Allerdings müssen wir gucken, wie es dann in der Ausführung sein wird. Sie haben zugesagt, dass Projektförderungen auch aus dem Innovationsfonds erfolgen können. Das könnte ein bisschen helfen, den Ausfall dieser Gelder aufzufangen.

Ich denke, wir sollten weiterhin in Verhandlungen mit Rheinland-Pfalz bleiben. Hoffentlich kann man das sukzessive Herausziehen des Landes Rheinland-Pfalz irgendwann einmal stoppen. Vielleicht kann man dessen Finanzierungsanteil irgendwann auch einmal wieder erhöhen.

Die Wichtigkeit der Forschungsanstalt Geisenheim wurde hier schon dreimal genannt. Ich will das hier nicht noch einmal herausstellen. Natürlich ist sie sehr wichtig. Ich denke aber schon, dass die Kritik der Frau Kollegin Hoffmann hinsichtlich der Verkaufserlöse zum Teil berechtigt ist. Denn mit diesen Weinen wird auch geforscht. Aus diesem Grund können sie zum Teil dem Verkauf nicht zur Verfügung stehen.

Interessant wäre noch, zu erfahren, wo die Kürzungen bei der Forschungsanstalt Geisenheim genau vorgenommen werden sollen. Denn in einem Punkt herrscht Konsens: Die Forschungsanstalt Geisenheim genießt einen exzellenten Ruf auf allen Gebieten. Die Forschungsanstalt Geisenheim ist bundesweit eine der ältesten Forschungseinrichtungen des Weinbaus und des Gartenbaus. Das brauche ich hier nicht noch einmal gesondert zu betonen.

In Geisenheim geht es aber nicht nur um den Weinbau. Vielmehr gibt es dort auch noch andere Fachbereiche. Zum Beispiel gibt es dort auch die Garten- und Landschaftspflege. Diese Studiengänge haben in Geisenheim eine lange Tradition. Die enge Verknüpfung zwischen der Forschungsanstalt Geisenheim und der Fachhochschule Wiesbaden ermöglicht es, ein Studium an zwei Standorten durchzuführen, wodurch das Studium ausgesprochen praxisnah gestaltet werden kann.

Wie innovativ an beiden Standorten gearbeitet wird, zeigen auch die neu geschaffenen Möglichkeiten, das Studium mit einem Bachelor oder Master abzuschließen, was die nationale und internationale Anerkennung des Abschlusses nach sich zieht. Angesichts der Globalisierung

und der internationalen Zusammenarbeit eröffnet dies den Absolventen auch Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland. Das ist auch ein großer Beitrag zur Qualität der Forschung in Geisenheim.

Mir bleibt nur, noch einmal das zu sagen, was ich schon zu Anfang meiner Rede gesagt habe. Wir werden dieser Änderung des Staatsvertrages schweren Herzens zustimmen. Wir fordern Sie auf, mit Rheinland-Pfalz weiter im Dialog zu bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Kühne-Hörmann hat als nächste Rednerin das Wort.

(Stefan Grüttner (CDU): Am besten fängst du mit der Geschichte der Forschungsanstalt an!)

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns alle einig: Die Forschungsanstalt Geisenheim ist weltweit bekannt und berühmt. Wir in Hessen sind stolz darauf, sie hier zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eben wurde schon gesagt, dass der Markt für Wein und Gartenbauerzeugnisse den Schwerpunkt dieses Forschungs- und Wissenschaftszentrums darstellt. Alle, die etwas in der Welt mit Wein zu tun haben, wissen, dass der Forschungsanstalt Geisenheim dabei eine ganz besondere Aufgabe zuteil wird.

Ich bedauere sehr, dass sich Rheinland-Pfalz zu einem beträchtlichen Teil aus der Finanzierung verabschiedet hat. Ehrlicherweise muss ich auch sagen, dass das auch zeigt, wie wenig Rheinland-Pfalz unter Leitung des Ministerpräsidenten Beck an dieser Forschungseinrichtung interessiert ist. Trotzdem ist zu loben, dass der Staatsvertrag nun zustande gekommen ist. Immerhin gibt es in Rheinland-Pfalz das größte Weinanbaugebiet. Die Forschungsanstalt Geisenheim liegt sehr nah an der Grenze. Unter dem regionalen Gesichtspunkt kann man deshalb sagen, dass Rheinland-Pfalz in ganz besonderer Weise von der Forschungsanstalt Geisenheim profitiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir in Hessen machen das anders. Wir haben die Zukunft der Forschungsanstalt Geisenheim im Auge. Die Frau Ministerin hat es eben gesagt: Wir kürzen nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Walter Lübcke und Heide Degen (CDU))

Die Haushaltslage ist auch bei uns nicht gerade rosig. Wir haben etwas getan, was die Forschungsanstalt Geisenheim in Zukunft in einen noch besseren Stand versetzen wird. Ich möchte hier den Neubau des zentralen Laborgebäudes nennen. Der wird auch die zukünftige Entwicklung dieses Standortes sichern.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Das Land wird 18,7 Millionen € in dieses Gebäude investieren. Das ist eine Summe, die sich wirklich sehen lassen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heinrich Heidel und Michael Denzin (FDP))

Wir, die Vertreter der CDU, wollen, dass die international anerkannte Forschungsanstalt Geisenheim, die eine Forschungsanstalt ist, die an der Spitze liegt, weiterhin unterstützt wird. Denn dadurch wird der Wissenschaftsstandort Hessen weiter gestärkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Gesetzentwurf wurde in erster Lesung besprochen und wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Hauptausschuss, federführend, sowie dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, beteiligt, überwiesen.

Ich kann jetzt noch **Tagesordnungspunkt 5** aufrufen:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Hessen über die Errichtung der Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen – Drucks. 15/4727 –

Das Wort zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat Frau Sozialministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Durch den Staatsvertrag wollen wir eine gemeinsame Adoptionsstelle mit dem Land Rheinland-Pfalz errichten. Zum einen geht es darum, Synergien zu nutzen. Es geht aber auch darum, sicherzustellen, dass entsprechend dem Adoptionsrecht, wenn es also um die Adoptionsvermittlung geht, tatsächlich das Kindeswohl im Vordergrund steht. Gerade bei Adoptionen aus dem Ausland kommt es zum Teil vor, dass sich illegale Vermittler einschalten.

In dem Haager Übereinkommen vom Mai 1993, das die Bundesrepublik ratifiziert hat und das am 1. März 2002 in Kraft getreten ist, ist ausdrücklich vorgesehen, dass Länder bzw. Landesjugendämter gemeinsam eine zentrale Adoptionsstelle bilden können. Mit diesem Staatsvertrag wollen wir genau das umsetzen. Die zentrale Adoptionsstelle soll dann diese wichtigen Aufgaben übernehmen. Dazu gehören die Anerkennung von Adoptionsvermittlungsstellen und die Zulassung von Vermittlungen aus dem Ausland, die internationale Adoptionsvermittlung, die Gestattung der internationalen Adoptionsvermittlung, die Zustimmung zur Errichtung gemeinsamer Adoptionsvermittlungsstellen durch die Jugendämter benachbarter Gemeinden oder Kreise, die Unterstützung und Beratung und die Zusammenarbeit mit dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof als Bundeszentrale für Auslandsadoptionen.

Mit dieser gemeinsamen Adoptionsstelle wird es möglich sein, die Ressourcen zu bündeln. Vor allem wird es für beide Länder eine fachlich hoch qualifizierte Beratung geben. Ich denke, der Staatsvertrag bietet uns die Chance, eine hoch qualifizierte Stelle zu errichten, die mit entsprechendem Personal besetzt ist und die in beiden Ländern tätig werden kann. Das neue Recht, das es gerade hinsichtlich der internationalen Vermittlungen gibt, wird so organisatorisch besser umgesetzt werden können.

Ich bitte Sie, dem Staatsvertrag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das war die Einbringung des Gesetzentwurfs. Eine Aussprache wird nicht gewünscht. Die erste Lesung hat damit stattgefunden. Der Gesetzentwurf wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Hauptausschuss, federführend, und dem Sozialpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen.

Ich rufe jetzt noch **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (HAG/GSiG) – Drucks. 15/4766 zu Drucks. 15/4323 –

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Schönhut-Keil. – Frau Kollegin, bitte schön.

Evelin Schönhut-Keil, Berichterstatterin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 118. Plenarsitzung am 29.10.2002 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat die Kommunalen Spitzenverbände sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbände schriftlich zu dem Gesetzentwurf angehört.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 10. Dezember 2002 beraten und ist einstimmig zu der Beschlussempfehlung an das Plenum gelangt.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich danke für die Berichterstattung. – Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich komme nun in zweiter Lesung zur Abstimmung über den vorliegenden Gesetzentwurf. Wer stimmt ihm zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – In zweiter Lesung einstimmig angenommen und damit Gesetz.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag und zur Änderung anderer Gesetze – Drucks. 15/4668 zu Drucks. 15/4371 –

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Klär.

(Gerhard Bökel (SPD): Ist das der letzte Auftritt? – Hildegard Klär (SPD): Ja! – Gerhard Bökel (SPD): Achtung, letzter Auftritt! – Heiterkeit)

Hildegard Klär, Berichterstatterin:

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Ge-

setz zu dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag und zur Änderung anderer Gesetze:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Hauptausschuss in der 122. Plenarsitzung am 20. November 2002 zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Hauptausschuss hat sich mit dem Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 27. November 2002 befasst und einstimmig die Beschlussempfehlung abgegeben. – Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich danke für die Berichterstattung. – Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich komme in zweiter Lesung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig angenommen und damit Gesetz.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze – Drucks. 15/4742 zu Drucks. 15/4558 –

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Meixner-Römer.

(Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) überreicht der Berichterstatterin die Drucksache. – Gerhard Bökel (SPD): Vorsicht, er jubelt dir etwas unter! – Heiterkeit)

Renate Meixner-Römer, Berichterstatterin:

Ich hätte es sonst so gestaltet. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze:

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Rechtsausschuss in der 121. Plenarsitzung am 19. November 2002 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 4. Dezember 2002 beraten und einstimmig den eben wiedergegebenen Beschluss gefasst. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Danke schön. – Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich komme in zweiter Lesung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – In zweiter Lesung einstimmig angenommen und damit auch Gesetz.

Damit, meine Damen und Herren, machen wir für heute Schluss. Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh.

(Schluss: 17.54 Uhr)